

# AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 6/Juni 1986

17. Jahrgang

3 DM



## Exempel Libyen- krise

Südafrika • Mexiko  
Moçambique

## Inhalt

<b>Kommentar:</b> Lektion Libyenkrise	3
<b>Libyen</b> Der US-Angriff R. Reagans Fernsehrede Interview mit M. Ghaddafi M. Gorbatschows Vorschlag zur Entmilitarisierung des Mittelmeerraums Was ist die Reagan-Doktrin?	4 7 8 11 12
<b>Algerien</b> Akzentverschiebung unter Chadli Algerien-Daten Algerische Nationalcharta 1986	14
<b>Äthiopien</b> Reportage aus Eritrea Eritrea-Hearing der Grünen	19 21
<b>Moçambique</b> Die Schlinge der RNM-Terroristen zieht sich zusammen Reaktionen auf die RNM-Kriegführung Interview mit Zimbabwes Premier R. Mugabe	22 23 24
<b>Südafrika</b> SPD/SI auf Kurs gegen die Apartheid AAB-Aufruf zum Handeln	30 31
<b>Mexiko</b> „Wir wollen Bohnen, keine Tore!“	32
<b>El Salvador</b> Gewerkschaften mobilisieren gegen Duarte Massenbewegung für den Frieden	35 36
<b>Weltraumrüstung</b> Ratsiraká-Rede zu SDI und Alternativen der Dritten Welt	38
<b>Sowjetunion und Dritte Welt</b> Gespräch mit Mai Wolkow: Wirtschaftshilfe anderer Art	40
<b>Sowjetunion-Diskussionsforum</b> Kontroverses vom Syburger Sowjetunion-Seminar	43
<b>Kultur</b> Kritik des Literaturpreisträgers B. Breytenbach am Apartheidstaat	45
<b>Lesermeinungen zu Südafrika</b>	48
<b>BRD-Infodienst</b> Buchtips zu Nicaragua, Hessen-Nicaragua, Rüstungsexporte, Ausländerpolitik, AAB-Mitgliederversammlung, Türkei-Depesche	48
<b>Kurzinformationen</b> Sudan, Südafrika, Tunesien, Chile, Paraguay, Haiti, Indien, Pakistan, Afghanistan, Nichtpaktgebundenen, Weltwirtschaftsgipfel	50



## Libyenkrise

S. 3

Mit dem US-Angriff auf Libyen hat die Reagan-Administration ihre kriegerischen Absichten erhärtet. Ein neuer Waffengang gegen Libyen, Nicaragua, Syrien oder den Iran ist angedroht. Die Gefahr einer Kriegseskalation im Mittelmeerraum bleibt akut.

Welche Ziele verfolgt Washington damit? Wie verhalten sich die NATO-Verbündeten, wie Ghaddafi, wie die UdSSR? Wie steht es um den Druck der Gegenbewegung?

## Südafrika

S.30

Nach dem Tambo-Besuch in Bonn kam es im April d.J. zu aufsehenerregenden Aktivitäten von SPD und Sozialistischer Internationale (SI) zu Südafrika.

Stellten Willy Brandts Visite in Südafrika und die SI-Tagung in Gaborone die Weichen für einen härteren Anti-Apartheid-Kurs der Sozialdemokratie, für ihr Ja zu Wirtschaftssanktionen?

## Mexiko

S.32

Mexiko steht dieser Tage im Rampenlicht, diesmal des Sportgeschehens. Trotz der schweren Erdbebenschäden vom Herbst 1985 ist es Austragungsort der Fußball-Weltmeisterschaft.

Mexikos Präsident de la Madrid möchte von „Fortschritten“ reden, nicht aber von der Krise. Doch es gibt sie. Und sie ist derart tief, daß die Proteste der Unterprivilegierten nicht abreißen wollen.

## Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

**Anschrift** von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 06421/24672

**Herausgeber:** Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

**Redaktion:** Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, A. Ebte-haj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

**Ständige Mitarbeiter:** Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

**Weitere Mitarbeiter** dieser Ausgabe: A. J. Arndt, M. Fey, E. A. Hinterwirth, P. Imbusch, V. Maier

**Namentlich gezeichnete Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigefügt.

**Jahresabonnement:** Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

**Kündigungen** nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

**Adressenänderung** bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

**Konten:** AIB-Weltkreis-Verlag, Post giro Frankfurt/Main., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

**Verlag:** WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

**Druck:** Plambeck & Co., Neuss

**Anzeigen:** Solidaritätsshop Dritte Welt, ICFD Hamburg, Südostasien Informationen, Plambeck, ISP, Team-Reisen

**Redaktionsschluss:** 7. Mai 1986

**Fotonachweis:** V. Maier, AIB-Archiv, TASS, JANA, KA-Rundbrief, Afrique-Asie, Senal de Libertad, Afrika Buletinen

## Kommentar: Lektion Libyenkrise



Bei US-Außenminister Shultz kam eitel Freude auf, als sich auf dem Tokioer Wirtschaftsgipfel die sieben Westmächte einigten, den „Unterstützer“staaten des „internationalen Terrorismus“, voran Libyen, fortan mit vereinten „Gegenmaßnahmen“ zu begegnen. Immerhin hatten etliche NATO-Verbündete es gewagt, sich vom US-Luftangriff auf Libyen am 15. April d.J. zu distanzieren. In Tokio hatten Italiens Craxi und Frankreichs Mitterrand sich zunächst dagegen gewandt, Libyen namentlich als Hort des Terrorismus anzuprangern – um dann doch dem Drängen der Staatsterroristen aus Washington nachzugeben.

Diese nehmen das Zurückweichen der Westeuropäer als Ermunterung, den Konfliktkurs gegen ihren Buhmann Ghaddafi und andere „Terrorstaaten“ weiterzutreiben. Ronald Reagan hatte schon Ende April d.J. Nikaraguas Sandinistas beschuldigt, sie versuchten, „vor unserer Haustür ein Libyen zu errichten“ und böten wie dieses „eine Zuflucht für allerlei internationale Terroristen“.

Falls es ähnliche „Beweise“ gegen Syrien oder den Iran gäbe, würde man auch gegen diese losschlagen. In Washington werden einstweilen die Vorbereitungen für „einen zweiten Schlag“ gegen Libyen getroffen und offen debattiert. Und George Shultz scheute sich nicht, dabei den Einsatz von Cruise Missiles anzukündigen.

Nichts wäre angesichts dieser Sachlage törichter, als die Wiederholungsdrohungen Washingtons als bloßes Wortgeklänge abzutun, sie auf die leichte Schulter zu nehmen. Nach der US-Invasion Grenadas, nach der US-Militärintervention im Libanon und nach dem Übergang zum Luftkrieg gegen Libyen darf die Entschlossenheit der Reagan-Administration zum Gewalteinsatz schon gar nicht mehr unterschätzt werden, und mit ihr auch nicht die Gefahr einer regionalen bis weltweiten Kriegseskalation. Was sind die eigentlichen Motive für Reagans Libyenabenteuer und vorgeschützte

„lange Schlacht gegen den Terrorismus“?

Zum einen hat sich seine Regierung 1985/86, offenbar aus dem Mangel an zählbaren Erfolgen (außer Grenada, Krise der PLO, Moçambiques) in der Dritten Welt heraus, dafür entschieden, verstärkt den Sturz jener Revolutionsregimes zu betreiben, die ja schon seit 1981 auf ihrer Abschußliste ganz oben rangieren. Darauf deutet die drastische Erweiterung der US-Hilfe für die Contras in Nicaragua, Angola und Afghanistan hin, das signalisieren Angriffsvorbereitungen von US-Streitkräften gegen Libyen oder Nicaragua.

Die Reagan-Leute zielen darauf, mit ihnen Beispielprozesse des Antiimperialismus und sozialrevolutionärer Veränderungen zurückzurollen, um sodann beflügelt gerade in „geostrategisch“ wichtigen Gebieten verlorenes Terrain wiederzuerobern.

Es ist dies eine Politik der neokolonialistischen Revanche, mit der zugleich der gewachsene Einfluß des sozialistischen Lagers bzw. des Kontrahenten UdSSR eingedämmt, die Nichtpaktgebundenen und Befreiungsbewegungen eingeschüchtert, geschwächt werden sollen.

Zum zweiten bietet in diesem global angelegten Interventionskonzept (Neoglobalismus) eine Aggression gegen Libyen wichtige Vorteile. Sie läßt sich am glaubhaftesten rechtfertigen und scheint noch am geeignetsten, die NATO-Verbündeten stärker auf den Reagankurs zu verpflichten, sie enger in die US-Globalstrategie einzubinden.

Kriegerische Akte gegen Libyen lassen sich am ehesten als Gegenwehr, als „Selbstverteidigung“ gegen einen Vorposten des internationalen Terrorismus ausgeben. So dürftig Reagans „Beweise“ für eine libysche Beteiligung bei den neueren Bombenanschlägen in Westeuropa auch sein mögen, aufgrund gelegentlicher großsprecherischer Drohungen aus Tripolis mit dem Einsatz terroristischer Methoden und wegen behördlich inszenierter bzw. gutgeheißener Attentate auf libysche Opponenten im Ausland ließen sie sich als einigermaßen glaubhaft verkaufen.

Unter dem Vorzeichen der „Terrorismus-Bekämpfung“ wird es den Westmächten wiederum einfacher gemacht, den militärischen Interventionskurs Washingtons mitzutragen oder wenigstens hinzunehmen. Begünstigend für das Drängen auf Interventionsbeteiligung gegenüber den NATO-Verbündeten mußte ferner der Fakt wirken, daß Libyen als Mittelmeerrainer innerhalb des offiziellen Zuständigkeitsbereichs der Al-

lianzen liegt.

Zum dritten bietet das Schüren von Konfliktherden im Mittelmeerraum dem Pentagon Gelegenheit, diesen und das angrenzende Südwestasien als militärisches Aufmarschgebiet im globalen Kriegsplan weiter zu präparieren. Hier sind in Reichweite des obersten Angriffsziels Sowjetunion atomwaffenbestückte Cruise Missiles, strategische Bomber, mobile Eingreiftruppen u.a. stationiert, ist die Grenzlinie zu einer urplötzlichen globalen Kriegseskalation fließend.

Eben wegen dieses hohen Risikos unterbreitete die sowjetische Führung ihren bislang weitgehendsten Vorschlag zur Entmilitarisierung der Mittelmeerregion, drängte sie Ghaddafi zum Verzicht auf konflikteskalierende Gegenangriffe auf NATO-Ziele.

Die Reagan-Administration hingegen schlug dieses Verhandlungsangebot und auch jenes Ghaddafis in Sachen Libyen in den Wind; sie tat dies gerade so bei den vorausgegangenen radikalen Abrüstungsinitiativen Gorbatschows oder den Demilitarisierungsofferten Nikaraguas, Angolas usw.

Washingtons routinemäßiges Ausschlagen von Entspannungsangeboten macht nur einen Sinn: Das Anheizen von Regionalkonflikten und Androhen von „Zweitschlägen“ gegen Libyen, Nicaragua oder Syrien (hier stellvertretend durch Israel!) kann lediglich die globale Konfrontation verfestigen. Sie wiederum vermehrt nur den Unterordnungsdruck der USA auf die europäischen NATO-Alliierten. Und mit ihr wächst die Gefahr, daß gerade Bonn als US-Sonderverbündeter (WHNS-Abkommen, Air-Land Battle, Stationierer von Pershing II, Cruise Missiles, SDI-Geheimabkommen) in Reagans Kriegsabenteuer mit hineingezogen wird. Dies erhärtet die Tatsache, daß der US-Libyenangriff durch den NATO-Oberkommandierenden Rogers von Stuttgart aus geleitet und hier stationierte Pershings dabei startklar gemacht wurden.

Äußerste Wachsamkeit, breitestmöglicher Massendruck gegen weitere US-Interventionsakte und jede bundesdeutsche Beteiligung sind erforderlich. Bonn muß zur WHNS-Aufkündigung, zur Eskalationsabsage, zum Einsatz zugunsten politischer Verhandlungslösungen genötigt werden.

Die rund 80.000 bundesdeutschen Spontandemonstranten gegen den US-Überfall auf Libyen haben Mitte April d.J. ein positives Zeichen gesetzt. Dem Reagan'schen Neoglobalismus aber kann nur mit einem globalen Widerstand der Weg versperrt werden. **Wolfram Brönnner**



Libyen

## Ulrich Schnell Der US-Angriff

Monatelang hatten die USA ihren „Vergeltungsschlag“ gegen Libyen vorbereitet.<sup>1</sup> Aufklärungssatelliten und Spionageflugzeuge sammelten Daten, Einsatzplaner bestimmten mögliche Zielgebiete für einen militärischen Angriff, in Permanenz stattfindende Seekriegsmanöver der 6. US-Flotte vor der libyschen Küste demonstrierten Macht und zielten auf Einschüchterung.

Monatelang war eine massive Propagandakampagne gegen den nordafrikanischen Staat und den libyschen Revolutionsführer Muḥammad al-Ghaddafi in Szene gesetzt worden, die die Zustimmung für die geplante militärische Aktion im Vorfeld sichern sollte. Buchstäblich jede Meldung über einen Terroranschlag wurde mit dem Namen Ghaddafi versehen, seine Rolle als Buhmann sorgfältig aufgebaut.

Die über Libyen verhängten Wirtschaftssanktionen, die das verhaßte Regime „weichklopfen“ sollten, gehörten ebenso in den Kontext der Angriffsvorberei-

tungen der USA (siehe Reagans Destabilisierungsplan in: AIB 3/1986, S. 14-15). Die Probe für den entscheidenden Schlag begann am 24.3.1986 im Rahmen eines Manövers der US-Marine innerhalb der Luftkontrollregion von Tripolis und der Großen Syrte. 3 Flugzeugträger, 4 Lenkwaffenkreuzer, 7 Zerstörer und 12 Fregatten waren aufmarschiert. An Bord der Schiffe befanden sich rund 24.000 Marinesoldaten, 250 der modernsten US-Kampfflugzeuge und hunderte von Atomwaffen aller Art – eine Kampf- und Vernichtungskraft, die noch nie im Mittelmeer versammelt gewesen war. Die libysche Armee, deren politische Führung den Golf von Syrte seit 1973 als Territorialgewässer betrachtet, reagierte auf die US-Luftraumverletzungsprovokation mit dem Abschuß mehrerer Boden-Luft-Raketen auf eindringende US-Flugzeuge. Widersprüchliche Meldungen gab es darüber, ob diese ihre Ziele erreichten.

Die USA hatten jedenfalls jetzt einen

dankbaren Vorwand zum Handeln gefunden. In mehreren Wellen schossen sie zurück, in der Nacht – zu einem Zeitpunkt, wo die libyschen Raketenstellungen längst schwiegen. Versenkt wurden 2 libysche Patrouillenboote, bombardiert ein Stadtteil von Syrte. Am Tag darauf versenkten oder beschädigten US-Raketen 3 weitere libysche Schiffe.

Nach den Angriffen beteuerte US-Verteidigungsminister Weinberger seine Unschuld: Nie hätten die USA bei ihren Manövern die Absicht gehabt, Libyen zu provozieren. Die Manöver seien in „friedlicher Absicht“ geführt worden und sollten nur demonstrieren, daß die Große Syrte internationales Gewässer sei, das von den USA befahren werden dürfe.<sup>2</sup>

Die Fadenscheinigkeit dieser Argumente allerdings wird aus inoffiziellen Berichten von US-Regierungsangehörigen ersichtlich. Danach erfolgte die Planung der Manöver ganz bewußt im Hinblick darauf, durch eine militärische Abwehrreaktion der Libyer eine begrenzte militärische Konfrontation auszulösen, sie im Golf von Syrte in eine Falle zu locken.<sup>3</sup>

In Washington macht man kein Hehl daraus, daß die Frage der angeblichen Verletzung des freien Schiffsverkehrs durch Libyen nur der vordergründige Anlaß für die US-Manöver war. Die riesige US-Armada wurde in den Golf von Syrte geschickt, weil man eine libysche Reaktion darauf nicht etwa befürchtete, sondern erwartete, erhoffte, ersuchte.

Das Szenario war in den USA schon seit langem geplant: Bereits kurz nach den Bombenanschlägen auf die Flughäfen von Wien und Rom am 27.12.1985 hatte man damit begonnen. Vorbereitet unter dem Codenamen „Präriefeuer“ wurde das Vorhaben, in den Golf von Syrte einzudringen und Libyen in eine militärische Auseinandersetzung zu verwickeln, am 14. März d.J. persönlich von US-Präsident Reagan absegnet.<sup>4</sup>

### Operation „Präriefeuer“

Nach der vorzeitigen Beendigung der US-Manöver beglückwünschte Reagan seine Soldaten: „Sie haben der ganzen Welt gezeigt, daß die Vereinigten Staaten den Willen und durch sie die Fähigkeit haben, die Interessen der freien Welt zu verteidigen... Im Namen aller Amerikaner sage ich: Gut gemacht, und wir sind stolz auf sie.“ Gleichzeitig verlautete aus Kreisen hoher Regierungsbeamter in Washington, daß „wir ihn (Ghaddafi) vielleicht wieder herausfordern werden“.<sup>5</sup>

Der „Test“ war erfolgreich abgeschlossen, nun durfte es „ernst“ werden. Der propagandistischen Einläutung einer er-

neuten Militäraktion der USA dienten zwei Terroranschläge als Vorwand.

Am 2.4.1986 wurden bei einem Anschlag auf eine Boeing 727 der US-Fluggesellschaft TWA während eines Flugs von Rom nach Athen 4 Menschen getötet. Obwohl Ghaddafi sich umgehend von dem Anschlag distanzierte („Das ist ein Terrorakt gegen ein ziviles Ziel und ich bin kategorisch dagegen.“), und eine palästinensische Untergrundorganisation in Beirut die Verantwortung übernahm, stand es für Teile der US-Administration fest, daß Ghaddafi seine Hand im Spiel hatte.<sup>6</sup>

Am 5.4.1986 kam es zu einem Bombenanschlag auf die vorwiegend von US-Soldaten und anderen Ausländern besuchte Westberliner Diskothek „La Belle“. Ein US-Soldat und eine Türkin wurden getötet, über 200 Menschen verletzt.

Die libysche Spur wurde schon am gleichen Tag von der Washington Post gelegt. Sie berichtete, daß Westberlin zu den Städten in Europa zähle, in der libysche Agenten sehr aktiv wären. Regierungsbeamte in Washington verfügten über Informationen, aus denen hervorgehe, daß Libyen seine Auslandsagenten aufgefordert habe, gegen US-Einrichtungen tätig zu werden.

### Libysche Terrorspur eher dürftig

Wenig später präsentierten die USA Bonner Stellen Unterlagen, denen zufolge der US-Geheimdienst NSA nach dem Anschlag Funkbotschaften zwischen Tripolis und dem libyschen Volksbüro in Berlin (DDR) abgehört habe, worin Ankündigung und Vollzug des Bombenattentats gemeldet worden seien. Nähere Einzelheiten wurden nicht mitgeteilt. Was gefunkt wurde, blieb bisher unter Verschluss.

Für die Reagan-Administration und den Bonner US-Botschafter Burt war der Fall damit klar: Hinter dem Anschlag, der vom Berliner Volksbüro angeordnet worden sei, stehe Ghaddafi, dessen Schuld „direkt“, „präzise“ und „unwiderlegbar“ bewiesen sei.<sup>7</sup>

Demgegenüber zeigten sich deutsche Experten skeptisch und betrachteten das vorgelegte US-Material als „eher dürftig“. Politische Beobachter, erinnerten daran, daß Washington eine große Übung mit gefälschten und manipulierten Tonbändern habe.

Der Soziologe Norman Birnbaum, Professor an der Washingtoner Georgetown-Universität, meinte: „Je mehr von Ghaddafis Schuld geredet wurde, desto mehr wurde ich an den ehemaligen CIA-Beamten erinnert, der irgendwelche Enthüllungen unserer Regierung über Mittelamerika mit beruflicher Verachtung kommentierte: 'Ich habe viel bessere

Fälschungen eigenhändig gemacht.' Da die Disco eine freundliche Umgebung für schwarze Amerikaner und für Türken war, ist es nicht mal undenkbar, daß Berliner Neonazis hier zu Werke gingen. Wir tapen da in ein dunkles Milieu von Kriminellen und Geheimdiensten.“<sup>8</sup> Und wer an die kürzlich aufgedeckten Hintergründe um den Anschlag auf die Justizvollzugsanstalt Celle in der BRD vom 25.7.1978 denkt, den man seinerzeit „linken Terrorkommandos“ zuschrieb, wird es auch nicht mehr für unmöglich halten, daß Geheimdienstkreise das Attentat organisiert haben könnten. Einen konkreten Hinweis auf die Unglaubwürdigkeit des amerikanischen „Beweises“ gegen die Libyer liefert der Zeitpunkt, zu dem die verschlüsselte Vollzugsmeldung aufgefangen worden sein soll, nämlich am 5. April, exakt um 1.30 Uhr.

Merkwürdig nur, daß das Attentat erst um 1.49 Uhr, also 19 Minuten später stattfand.<sup>9</sup> Bis zum heutigen Tage gibt es keine Beweise für eine libysche Beteiligung an dem Westberliner Sprengstoffanschlag.

### „El Dorado Canyon“

Reagan aber handelte unverzüglich: Nur wenige Tage nach den beiden Anschlägen kündigte er „Vergeltung“ gegen Libyen an, nannte Ghaddafi einen „tollwütigen Hund im Nahen Osten“ und versetzte die 6. US-Flotte im Mittelmeer in Alarmbereitschaft.<sup>10</sup>

Auf Europareise ging der UNO-Botschafter der USA, Vernon Walters, um politischen Druck auf die Verbündeten auszuüben und eine politische Unterstützung für die bevorstehende US-Militäraktion zu erreichen. Mit der gleichen Absicht besuchte US-Vizepräsident Bush „befreundete“ arabische Staaten.

Mit Ausnahme von Großbritannien zeigten sich allerdings die meisten westeuropäischen Staaten sehr reserviert und hielten mit Kritik an dem amerikanischen Vorhaben nicht zurück. Ein Krisentreffen der EG wurde für den 14.4.1986 einberufen, um über die angespannte Lage im Mittelmeerraum zu beraten.

Während die EG-Konferenz in Den Haag für eine „friedlich-diplomatische Krisenbeherrschung“ plädierte und „mit großer Dringlichkeit“ von einer militärischen Aktion gegen Libyen abriet, erteilte Reagan im Weißen Haus den Einsatzbefehl zum Angriff mit der Codebezeichnung „El Dorado Canyon“.

Am 15.4.1986 bombardierten 33 Kampfflugzeuge der US-Luftwaffe und Marine – nach Darstellung der „Sunday Times“ handelte es sich sogar um 44 Bomber und damit um 11 mehr als von den USA offiziell angegeben – die liby-

schen Städte Tripolis und Benghazi. 24 Bomber des Typs F-111 starteten mit Genehmigung der Regierung Thatcher von ihren Basen in Südengland aus zu ihrem 5.200 km langen Flug nach Tripolis. Weil die NATO-Partner Frankreich und Spanien die Überflugrechte über ihr Territorium verweigert hatten, mußten die Flugzeuge einen großen Umweg machen und in der Luft aufgetankt werden.

Während die F-111 Ziele nahe der Hauptstadt Tripolis ansteuerten, konzentrierte sich die Marine, die von ihren Flugzeugträgern „Coral Sea“ und „America“ zahlreiche Angriffsflugzeuge starten ließ, auf Objekte jenseits der Großen Syrte. Und sie gab den Bombern zugleich Luftunterstützung.

### Bomben gegen „Schauspieler“

Die US-Maschinen warfen 500 bis 2.000 Pfund schwere Bomben ab, darunter auch Kugelbomben, und setzten laser gelenkte Waffen und ihre modernste Technik ein.

Nach Angaben des Generalsekretärs der Arabischen Liga forderten die Luftangriffe, bei denen auch an die 100 Wohnhäuser zerstört wurden, mindestens 70 Todesopfer, darunter ein großer Teil an Zivilisten. Außerdem wurden zahlreiche Menschen verletzt. Viele der Opfer sind Frauen, Greise und Kinder. Einige Mitglieder der Familie Ghaddafis wurden verwundet.

Die Krankenhäuser sind mit Verletzten überfüllt, darunter Bombenverstümmelte. Bei dem Luftangriff wurden auch mehrere diplomatische Vertretungen in Tripolis getroffen, so die Botschaften Frankreichs, Irans, Japans, der Schweiz und Rumäniens, in der 4 Botschaftsangehörige verletzt wurden.

Einen Tag nach diesem Überfall flog die US-Luftwaffe eine zweite Angriffswelle gegen libysche Städte. Die Angriffe richteten sich gegen Wohnviertel, Schulen und Krankenhäuser in Tripolis, Tarhuna und Wheelus Field. Bombardiert wurde auch der internationale Flughafen von Tripolis.

Mit Ausnahme eines F-111-Bombers, den die libysche Abwehr abschoß, sollen nach US-Angaben alle Militärflugzeuge wohlbehalten auf ihre Stützpunkte zurückgekehrt sein. Demgegenüber verlautete aus sowjetischen Regierungskreisen, daß die USA das wahre Ausmaß ihrer erlittenen Verluste verschwiegen hätten. Die UdSSR verfüge über Informationen, die auf den Verlust von 5 US-Maschinen hinwiesen.<sup>11</sup> Angesprochen auf die US-Bomben gegen die Zivilbevölkerung gaben US-Vertreter erst einmal Libyen die Schuld: Libysche Boden-Luft-Raketen seien – schlecht ge-

zielt — auf den eigenen Grund zurückgefallen und hätten die Schäden verursacht. Später wurde immerhin auch nicht ausgeschlossen, daß aus der abgeschossenen F-111 „versehentlich“ eine Bombe ausgeklingt wurde.

„Doch wie erklären sich dann die vielen weit auseinanderliegenden zivilen Ziele, darunter ein Heim für behinderte Kinder in der Stadt Benghazi?“, fragt der Stern vom 24.4.1986. Wer weiß, daß es zu den Zielen des US-Angriffs gehörte, einen Sturz Ghaddafis durch die Erzeugung von Unruhe in der Bevölkerung zu bewerkstelligen, der wird in Rechnung stellen müssen, daß die Bombardierung ziviler Ziele durch die USA bewußt und planmäßig erfolgte.

Den Gipfel an Zynismus aber bildete in diesem Zusammenhang die Äußerung von US-Außenminister Shultz, daß ein Teil der libyschen Bombenopfer nur schauspielerische In den USA über Verletzte unter der libyschen Zivilbevölkerung befragt, erwiderte Shultz: „Nun, wir haben im voraus gewußt, daß sie all diesen Leuten Bandagen verpassen würden.“<sup>12</sup> US-Präsident Reagan nannte den verbrecherischen Überfall, der den bisherigen Höhepunkt der libyenfeindlichen US-Kampagne darstellt, in einer Fernsehrede (siehe Kasten) einen „Erfolg“ und einen „Akt der Selbstverteidigung“, der in vollem Einklang mit dem Notwehrartikel 51 der UN-Charta stehe. Er habe ihn als „Vergeltungsschlag“ für das Westberliner Bombenattentat angeordnet, nachdem ihm „schlüssige Beweise“ für eine Urheberschaft Libyens vorgelegen hätten.

## Eine Rebellion inszenieren

Diese Argumentation ist ein Hohn. Unbeteiligte und unschuldige Zivilisten wurden aus politischen Gründen getötet. Der angebliche „Antiterrorismuskampf“ mündete selbst in einen terroristischen Akt, in Staatsterrorismus. Und: Er hat die terroristischen Aktivitäten in aller Welt keineswegs gestoppt, sondern geradezu beflügelt.

Um den Terror wirksam auszuschalten, muß man seinen Ursachen auf die Spur kommen. Und die liegen nach wie vor in den ungelösten Konfliktherden des Nahen Ostens begründet. Solange aber die USA durch ihre Politik der Konfrontation — auch politisch — dem Terror so massive Nahrung geben, werden künftig Terrorakte nie auszuschließen sein.

Die wirkliche Gewähr gegen den Terror heißt Frieden für den Nahen Osten und den Mittelmeerraum. Nichts haben die USA jedoch weniger mit ihren „antiterroristischen“ Aktionen im Sinn. Das wahre Ziel der gegen Libyen gerichteten Aktion wurde bald rüchbar.

Unter Berufung auf Informationen aus US-Regierungskreisen schrieb die New York Times, daß die Entsendung von US-Kriegsschiffen in die Große Syrte Ende März d.J. nicht erfolgt sei, um Libyen von möglichen Terrorakten abzuhalten, sondern um sein Militär und andere Bevölkerungsteile von der Notwendigkeit eines Putsches gegen Ghaddafi zu überzeugen.

„Was wir in der letzten Woche im Schilde führten“, so ein Mitglied des US-Kongresses, „war, eine kleine militärische Demonstration für das libysche Militär zu inszenieren. Dies war Teil einer allumfassenden Bemühung, diese Kerle dazu zu bringen, daß sie sagen: Schau her, das kostet uns zuviel.“<sup>13</sup>

Das Ziel der „Testaktion“ vom 24.3.1986 bestand darin, eine vermutete libysche Opposition dazu zu veranlassen, Ghaddafi zu stürzen. Das war geradeso beim Überfall vom 15.4.1986.

Unmittelbar nach dem Angriff wurde eine Botschaft der US-Regierung von der „Stimme Amerikas“ an das libysche Volk ausgestrahlt, in der es hieß: „Solange die Libyer Ghaddafis Befehlen gehorchen, müssen sie auch die Konsequenzen tragen.“<sup>14</sup>

Am 17.4.1986 verkündete US-Außenminister Shultz ganz offen, daß es bei den Angriffen auch darum gegangen sei, Ghaddafi zu stürzen bzw. eine libysche Opposition zu stärken. Dies spielte auch bei der Auswahl der Angriffsziele eine Rolle.<sup>15</sup>

## Auftrag „Kill Ghaddafi“

Washington spekulierte dabei ganz offensichtlich auf eine vorhandene Unzufriedenheit unter der libyschen Bevölkerung über die wachsenden Versorgungsprobleme und auf Differenzen zwischen der regulären libyschen Armee und den der allgemeinen Volksbewaffnung unterliegenden Milizen und Revolutionskomitees, und hofften auf einen Militärputsch.

Dieser Wunsch war so stark, daß die Phantasie der wenigen libyschen Auslandsoppositionellen und der USA seine Realisierung schlichtweg erfand. Am 16.4.1986 meldeten verschiedene westliche Quellen aufgrund von Gerüchten über Schießereien in Tripolis, daß eine Rebellion gegen Ghaddafi ausgebrochen sei. Die Washington Times wollte sogar wissen, daß Ghaddafi in den Nordjemen geflohen sei.<sup>16</sup>

Libysche Regierungsvertreter stellten klar, daß US-Flugzeuge, die am 16.4.1986 Tripolis im Tiefflug überflogen, kurzfristig für Verwirrung gesorgt und zu mehreren Feuerstößen aus Maschinenpistolen geführt hätten.

Im Lande selbst dürfte auch kaum eine

Basis für eine nennenswerte Opposition vorhanden sein. Selbst der in diesen Dingen zuverlässigere israelische Geheimdienst teilt die Hoffnungen des CIA hinsichtlich der Verwundbarkeit Ghaddafis nicht.<sup>17</sup>

Das Ziel der USA, Ghaddafi zu stürzen, um die Kontrolle über das nordafrikanische Land wiederzuerlangen, ist so neu nicht. Der CIA betreibt den Sturz Ghaddafis seit langer Zeit. Schon mehrfach wurde die reaktionäre Moslembruderschaft beauftragt, Ghaddafi mit Gift zu beseitigen — wie einst Fidel Castro.

Ein erst in jüngster Zeit von der US-Regierung geschaffenes „Komitee 208“, das verdeckte Operationen rund um die Welt organisiert, hat sich als neues Objekt die libysche Regierung unter Ghaddafi auserkoren.<sup>18</sup> Auch die US-Bevölkerung wurde auf die „Notwendigkeit“ des Mordens eingestimmt: Hemden mit der Aufschrift „Kill Ghaddafi“ wurden in der letzten Zeit ein Verkaufsschlager.

## Maßvolles Reagieren Libyens

Mit dem Bekanntwerden dieser Pläne ist jedenfalls die offizielle Rechtfertigung des US-Angriffs als Notwehrakt, der im Einklang mit der UN-Charta stehe, ad absurdum geführt. Die Politik Washingtons zielte offen auf die Ermordung des Staatsoberhauptes eines unabhängigen Landes.

Es verdient Beachtung, daß dieses Staatsoberhaupt trotz aller Aggressionen der USA eine große Besonnenheit an den Tag legte. Ungeachtet einigen verbalen Säbelgerassels, dem aber offenbar auch Widersprüche zwischen der Position Ghaddafis und dem für Presse und Rundfunk zuständigen libyschen Informationsministerium zugrunde liegen, bekundete Ghaddafi mehrfach seine Bereitschaft zu Verhandlungen über die territorialen Rechte in der Großen Syrte und auch zu einem Dialog mit den USA.<sup>19</sup>

In militärischer Hinsicht mußte ihm sogar US-Admiral Crowe, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs der US-Streitkräfte „vernünftiges Handeln“ bescheinigen.<sup>20</sup>

Mit Ausnahme von zwei Raketen, die Libyen am Tag des großen Angriffs auf eine Radarstation der NATO auf Lampedusa abfeuerte — sie verfehlten ihr Ziel — und des regulären Abwehrfeuers auf die angreifenden US-Flugzeuge, schwiegen die libyschen Waffen. Die libysche Führung erklärte, daß sie von der Möglichkeit abgesehen habe, einen Schlag gegen NATO-Stützpunkte in Südeuropa zu führen, weil sie eine Ausdehnung des Konflikts habe verhindern wollen und außerdem entsprechenden Aufrufen verschiedener Staaten gefolgt sei (siehe



„Anti-Terrorismus“-Psychose in den USA: Ghaddafi als Zielscheibe

## Fernsehansprache Ronald Reagans Ich habe Ghaddafi gewarnt

In einer Fernsehansprache vom 15.4.1986 lieferte US-Präsident Ronald Reagan seine Begründung des US-Angriffs auf Libyen. Laut dpa hat sie folgenden Wortlaut.

Meine lieben Landsleute. Heute abend, um 19 Uhr hiesiger Zeit, haben die amerikanische Luftwaffe und Marine eine Serie von Anschlägen gegen das Hauptquartier und die terroristischen und militärischen Einrichtungen, die die subversive Tätigkeit von Moammar el-Ghaddafi unterstützen, gestartet. Die Angriffe waren konzentriert und sorgfältig gezielt, um Opfer unter dem libyschen Volk, mit dem wir keinen Streit haben, möglichst klein zu halten. Nach den ersten Berichten haben unsere Streitkräfte ihre Aufgabe erfolgreich ausgeführt. (...)

Am 5. April explodierte in West-Berlin in einem Nachtclub, der von amerikanischen Soldaten besucht wurde, eine von Terroristen gelegte Bombe. Der Sergeant Kenneth Ford und eine junge Türkin wurden getötet und 230 andere verletzt, unter ihnen etwa 50 Angehörige der amerikanischen Streitkräfte. Diese ungeheure Brutalität ist nur der letzte Akt in Oberst Ghaddafis Schreckensherrschaft. Die Beweise sind nun schlüssig, daß der terroristische Bombenangriff auf die Diskothek La Belle auf direkte Anordnung des libyschen Regimes geplant und ausgeführt wurde.

Am 25. März, mehr als eine Woche vor dem Angriff, wurden Befehle von Tripolis an das libysche Volksbüro in Ost-Berlin geschickt, eine terroristische Attacke gegen Amerikaner auszuführen, um möglichst viele und unterschiedslose Opfer zu verursachen. Libyens Agenten legten dann die Bombe. (...) Oberst Ghaddafi ist nicht nur ein Feind der Vereinigten Staaten, sein Register von Subversion und Aggression gegen die Nachbarstaaten in Afrika ist gut dokumentiert und gut bekannt.

Er hat in zahllosen Ländern die Ermordung libyscher Landsleute angeordnet. Er hat Terrorakte sowohl in Afrika, Europa und dem Nahen Osten als auch in der westlichen Hemisphäre gebilligt. Heute haben wir getan, was wir tun mußten. Wenn nötig, werden wir es wieder tun. Es macht mir keine Freude, dies zu sagen, und ich wünschte, die Dinge stünden anders.

Ehe Ghaddafi 1969 die Macht an sich riß, war das Volk Libyens ein Freund der Vereinigten Staaten gewesen. Und ich bin sicher,

daß heute die meisten Libyer sich schämen und davor ekeln, daß dieser Mann aus ihrem Land überall in der Welt ein Synonym für Barbarei gemacht hat. Das libysche Volk ist ein anständiges Volk, das von einem Tyrannen im Griff gehalten wird.

Unseren Freunden und Verbündeten in Europa, die bei der heutigen Aktion mit uns zusammengearbeitet haben, möchte ich sagen, daß das amerikanische Volk Ihnen mit dauernder Dankbarkeit verbunden ist. Europäer, die sich an die Geschichte erinnern, verstehen besser als die meisten (Völker), daß die Beschwichtigung von Übel keine Sicherheit bringen kann.

Kern der westlichen Politik muß es sein, dem Terror keinen Schutzraum zu geben, und um eine solche Politik aufrecht zu erhalten, müssen freie Menschen und freie Nationen sich vereinigen und zusammenarbeiten. (...) Wenn unsere Staatsbürger auf direkte Anordnung eines feindlichen Regimes irgendwo in der Welt mißhandelt oder angegriffen werden, werden wir antworten, solange ich in diesem Oval Office sitze. Selbstverteidigung ist nicht nur unser Recht, sie ist unsere Pflicht. Dies stand hinter der heute unternommenen Aktion, einer Aktion, die mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen völlig in Einklang steht.

Wir glauben, daß diese vorbeugende Aktion gegen seine terroristischen Einrichtungen nicht nur die Fähigkeit Oberst Ghaddafis verringern wird, den Terror zu exportieren, sondern ihm auch Anreize und Gründe geben wird, sein kriminelles Verhalten zu ändern. Ich mache mir keine Illusionen, daß mit der heutigen Aktion über Ghaddafis Schreckensherrschaft der Vorhang fällt. Aber diese Mission, gewalttätig wie sie war, wird eine sichere Welt für anständige Männer und Frauen näherbringen. Wir werden standhaft bleiben. (...)

Ich habe gewarnt, daß es auf der Erde keinen Platz geben sollte, wo Terroristen sich ausruhen und trainieren und ihre tödlichen Künste üben können. Ich habe es ernst gemeint. Ich habe gesagt, daß wir nach Möglichkeit mit anderen zusammen und notfalls allein handeln würden, um sicherzustellen, daß Terroristen nirgendwo eine Zuflucht finden. Heute haben wir es getan. Ich danke Ihnen, und Gott sei mit Ihnen.

(Quelle: Frankfurter Rundschau, 16.4.1986)

auch Ghaddafi-Interview).<sup>21</sup> Für die Verbündeten der USA kam der Angriff nicht völlig überraschend. Bundeskanzler Kohl selbst bekennt: „Ich wußte, daß die Amerikaner etwas unternehmen würden. Ich wußte nur nicht, wann und wie.“<sup>22</sup>

Es ist allerdings anzunehmen, daß die westeuropäischen NATO-Staaten erst ganz kurz vor Beginn der Aktion informiert wurden. Der britische Außenminister Howe dürfte der einzige gewesen sein, der schon frühzeitig von dem US-Angriff unterrichtet war, da die USA das Einverständnis Großbritanniens für die Benutzung britischen Luftraums erhielten. Die wochenlange psychologische Kriegsvorbereitung der USA aber und die Europamission von Vernon Walters ließen kaum noch einen Zweifel daran, daß eine militärische Aktion geplant war.

Betrachtet man die Reaktionen auf den Überfall der USA, so äußerten die Westeuropäer nur sehr verhaltene Kritik an den USA oder schwiegen völlig (swu.) Einzig Großbritannien und Kanada verteidigten die USA.

Der israelische Ministerpräsident Peres rechtfertigte den US-Angriff als „Akt der Selbstverteidigung“.<sup>23</sup> Dagegen verurteilten zahlreiche Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ebenso wie die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die Ölländer der OPEC und der Weltgewerkschaftsbund den Überfall klar und deutlich. Eine Verurteilung durch den UN-Sicherheitsrat scheiterte am Veto der USA.

### Signale des Neoglobalismus

Die Außenminister der nichtpaktgebundenen Staaten bezeichneten den Angriff als „barbarischen Akt des Staatsterrorismus“. Einheitlich verurteilten die sozialistischen Länder die US-Politik. Dabei verlautete zugleich, daß im Gegensatz zu westlichen Behauptungen die UdSSR nicht im voraus über die Aktion der USA informiert worden sei.

Der sowjetische Außenminister Schewardnadse sagte aus Protest eine Reise in die USA ab. In einem persönlichen Schreiben Gorbatschows an Ghaddafi versicherte er ihn und das libysche Volk seiner Solidarität und kündigte an, „daß die Sowjetunion auch künftig die feste Absicht hat, die von ihr übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der weiteren Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Libyens zu erfüllen“.<sup>24</sup>

Nach dem US-Angriff besuchten Schiffe der sowjetischen Kriegsmarine libysche Häfen.<sup>25</sup>

Fragen wir nach den Hintergründen und Zielen der US-Aktion gegen Libyen, so ist folgendes festzuhalten:

Der Angriff ist zum ersten die praktische Realisierung der neuen Reagan-Politik des Neoglobalismus, die den kompromißlosen Einsatz militärischer Gewalt als Mittel der Diplomatie beinhaltet, d.h. sie ist die kriegerische Form imperialistischer Interessendurchsetzung. Im Fall Libyens zielt die US-Interventionspolitik darauf, seine antiimperialistische Position zunichte zu machen und die Errungenschaften der libyschen Revolution zu liquidieren.

Ökonomisch locken die USA Libyens reiche Ölvorkommen und profitable Kapitalanlagesphären und Absatzmärkte für die Waren ihrer Konzerne. Strategisch sind sie an der Wiedereinrichtung ihrer seit 1970 verlorenen Militärstützpunkte interessiert.

Wheeler Air Base war seinerzeit einer der größten Luftwaffenstützpunkte der USA in Libyen. Hier war das Hauptquartier für die Verbindung mit der 6. US-Flotte im Mittelmeer. Von hier aus leisteten die USA Israel direkte Hilfe im Suezkrieg 1956 und im Nahostkrieg 1967.

US-Stützpunkte in Libyen hätten für die USA wegen ihrer günstigen strategischen Lage zur Beherrschung des Mittelmeers und zur Vervollständigung ihres militärischen Aufmarschgebietes gegen die Südflanke der UdSSR im Rahmen der wohlbekannten „Einkreisungsstrategie“ einen hohen Stellenwert.

Darüber hinaus handelt es sich bei dem Libyenüberfall um einen gezielten Einschüchterungsversuch. Er ist gegen alle antiimperialistischen Kräfte in der Region, in der Dritten Welt gerichtet.

Die Strategie, den Entwicklungsländern zu zeigen, wie gefährlich es für sie ist, einen unabhängigen Kurs zu steuern, war z.B. auch ein Signal an die Adresse Nikaraguas. So konnte Reagan denn auch bald drohend Nikaragua mit Libyen vergleichen und äußern, die sandinistische Regierung wolle „ein Libyen vor der amerikanischen Haustür“ schaffen.<sup>26</sup>

## UdSSR – Schutzmacht des Terrorismus?

Endlich und schließlich aber ging es den USA um noch mehr. Schon nach dem „Test“-Angriff vom 24.3.1986 kamen aus Washington „Signale, die zeigten, wer mit dem Angriff auf Libyen gemeint war – die Sowjetunion, angeblich Schutzherr Ghaddafis...“<sup>27</sup>

Am 17.4.1986 gab die US-Regierung in offener Form der UdSSR und der DDR eine Mitschuld am „libyschen Terror“. Sie hätten es versäumt Ghaddafi zu bremsen, ja durch die Lieferung von modernen Waffen ihn geradezu ermuntert, „Risiken einzugehen“.<sup>28</sup>

Geschickt wurden die sozialistischen



Muhammar al-Ghaddafis Adoptivtochter wurde beim US-Luftangriff vom 15. 4. 1986 getötet.

## Muhammar al-Ghaddafi Eine Kriegseskalation nicht zulassen!

In einem Gespräch, das der libysche Revolutionsführer Muammar Ghaddafi am 23. April d.J. in Tripolis einer Gruppe ausländischer Journalisten gewährte, bekräftigte er seinen Verzicht auf jedwede konflikteskalierende Maßnahmen. Zugleich lobte er die Haltung der Sowjetregierung, die vor dem US-Überfall Libyen vorgewarnt und ihm weitere Unterstützung zugesichert habe. Ghaddafi begrüßte weiter den Vorschlag Michail Gorbatschows (siehe Kasten) zur Demilitarisierung des Mittelmeerraums.

Wir schätzen die Vorschläge des Genossen Michail Gorbatschow über den Abzug der Seekriegsflotten der UdSSR und der USA aus dem Mittelmeer hoch ein. Doch die amerikanischen Imperialisten haben diese konstruktiven Vorschläge abgelehnt.

Das taten sie, geleitet von den Zielen ihrer Hegemoniepolitik, konform mit dem zionistischen Israel gehend, in dem Versuch, die Länder des Mittelmeerraums, darunter auch die arabischen Staaten, unter Druck zu setzen.

Wir fordern die ganze Welt auf, die Initiativen der Sowjetunion zu unterstützen, die die Bereitschaft bekundete, ihre Kriegsschiffe aus dem Mittelmeer abzuziehen, wenn auch die Vereinigten Staaten dasselbe tun.

Wir sind der Ansicht, daß die USA im Zuge der Aggression gegen Libyen das militärische Zusammenwirken mit den NATO-Ländern für mögliche Operationen von größerem Umfang erprobt haben.

Libyen hatte eine Möglichkeit, einen Schlag gegen die 6. US-Flotte und gegen die NATO-Stützpunkte in Südeuropa zu führen. Es hat aber davon abgesehen. Die revolutionäre Führung Libyens, die ihre Verantwortung für die Sache des Friedens nüchtern einschätzte und den Appellen verschiedener Staaten, internationaler und gesellschaftlicher Organisationen Folge leistete, hat beschlossen, eine Eskalation der Kriegshandlungen nicht zuzulassen, die zu einer Erweiterung des Konfliktes führen könnten.

Wir wollen dem Imperialismus durch unseren mutigen Widerstand eine Niederlage beibringen, wobei wir uns nicht von Rachege-

fühlen leiten lassen. Durch die Verteidigung unseres Landes kämpfen wir gleichzeitig gegen den Imperialismus, der alle fortschrittlichen Kräfte der Welt bedroht.

Ich verweise auf den provokatorischen Charakter der Kriegsmanöver der Flotten der NATO-Länder, mit den USA an der Spitze. Wir fordern die Weltöffentlichkeit und unsere Freunde im sozialistischen Lager auf, aufmerksam die Entwicklung zu verfolgen und Wachsamkeit zu üben. Wir müssen eine breite Front der Völker schaffen, denen die Ideale von Frieden und Freiheit am Herzen liegen, um im Bund mit den sozialistischen Ländern, mit der UdSSR an der Spitze, dem Imperialismus und Neonazismus Widerstand zu leisten.

Die USA und Großbritannien verdienen es nicht, ständige Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates zu sein. Die Mitgliedschaft in diesem Gremium verpflichtet zur Verteidigung des Friedens und nicht zur Durchführung von bewaffneten Aggressionen.

Wir werden auch künftig dem USA-Imperialismus erbitterten Widerstand leisten. Erinnern wir uns an Vietnam. Der heldenhafte Widerstand der Vietnamesen, ihr Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus, haben der ganzen Welt vor Augen geführt, daß es unmöglich ist, ein freheitsliebendes Volk zu besiegen. Im Falle der Fortsetzung der amerikanischen Aggression kann Libyen für die USA ein zweites Vietnam werden. Washington muß eine Lehre aus der Vergangenheit ziehen.

(Quelle: APN, Tripolis, 24.4.1986)

Länder als Schutzmächte des internationalen Terrorismus aufgebaut. Die Spur des angeblichen Beweismaterials für das Westberliner Attentat führte direkt in die DDR. Beschuldigungen und Attacken gegen diesen Staat waren die Folge.

Den Kontext dieser Anwürfe bildet eine Konfrontationspolitik der USA, die seit dem Genfer Gipfeltreffen vom November 1985 erschreckende Ausmaße angenommen hat.

Mit Hochdruck angekurbelt wurde das Weltraumrüstungsprojekt SDI. Alle sowjetischen Abrüstungsvorschläge wurden mit einer Handbewegung vom Tisch gewischt. Am 13.3.1986 wurden sowjetische Hoheitsgewässer im Schwarzen Meer durch US-Kriegsschiffe verletzt, womit man laut New York Times – unter Hinweis auf Pentagonquellen – das Ziel verfolgte, „die sowjetischen Verteidigungsreaktionen auszutesten“.<sup>29</sup> Die Konfrontation mit Libyen, die Eskalation im Mittelmeer und die verschärfte Gangart der USA gegenüber der UdSSR hängen insofern unmittelbar zusammen, sind nur verschiedene Aspekte einer einzigen Politik Reagans. Noch immer träumen US-Militärs und Politiker den gefährlichen Traum von der Liquidierung des sozialistischen Systems, der Umkehr des Kräfteverhältnisses in der Welt.

Warum traf der „Vergeltungsschlag“ ausgerechnet Libyen und nicht ein anderes Land auf der Abschußliste, dem auch „terroristische Verbindungen“ nachgesagt werden? Dies dürfte damit zusammenhängen, daß das Risiko eigener Verluste und einer unmittelbaren Eskalation mit der UdSSR, die man immerhin noch vermeiden will, hier den US-Verantwortlichen vergleichsweise gering erschien.

## Westeuropa unterordnen

Ein zweites wichtiges Ziel der USA war es, die westeuropäischen Verbündeten zu einer verstärkten Unterordnung unter den Reagankurs zu bringen und zur Ausweitung des NATO-Aktionsraums zu bewegen.

Lawrence Eagleburger hielt es für die zentrale Frage des ganzen Luftangriffs, ob Reagans Politik es erreicht habe, dem Westen die Augen zu öffnen für die Notwendigkeit kollektiver Aktionen. „Wenn diese Aktion nichts mehr erreicht hat als den Anfang einer Bewußtseinsbildung hierüber, dann war sie es wert.“<sup>30</sup>

Daß es zwischen den USA und Westeuropa Differenzen gab in der Behandlung Libyens, war schon seit langem bekannt. In der Frage der wirtschaftlichen Sanktionen war keine Einigkeit zu erzielen und militärische Aktionen lehnten alle europäischen NATO-Staaten ab.



Die US-Bomber F 111 A starteten von Großbritannien

Als der US-Angriff vom 24.3.1986 begann, brachten mehrere Regierungen des Bündnisses ihre Besorgnis und auch Protest gegen die USA zum Ausdruck und rieten zur Mäßigung. Für viele war die Aktion „unannehmbar“. Selbst im Brüsseler NATO-Hauptquartier sah man sich veranlaßt zu betonen, hier handle es sich um keine Bündnisangelegenheit.<sup>31</sup>

Die USA verstärkten daraufhin ihre diplomatischen Aktivitäten und ihre Politik der Druckausübung. Und sie erreichten bereits im Vorfeld ihres großen „Vergeltungsschlages“, daß einige westliche Regierungen Angehörige der libyschen Botschaft in ihrem Land verschärften Kontrollen unterwarfen oder gar ausgewiesen, wie die BRD.

Gleichwohl warnten die Westeuropäer immer wieder vor den Konsequenzen eines möglichen „Vergeltungsschlages“. Noch kurz vor dem großen Angriff hoffte man mit der Einberufung einer EG-Sonderkonferenz nach Den Haag, mit einer Verschärfung von Sanktionsmaßnahmen gegenüber Libyen und mit der Befürwortung einer politischen Konfliktregelung die USA von militärischem Agieren abhalten zu können. Dies fruchtete jedoch wenig.

Offen brüskierte Reagan seine Verbündeten, als er kurz darauf den Angriff gegen Libyen befahl. Unmittelbar danach wurden die Vertreter des US-Kongresses informiert, daß die Verbündeten, „die Amerikas Schritt nicht befürworteten, sich wenigstens einverstanden erklärt hätten, diesen nicht öffentlich zu kritisieren“.<sup>32</sup>

Dies galt indessen nicht für die Ministerpräsidenten Italiens, Spaniens, Griechenlands und Dänemarks, die öffentlich erklärten, „sie seien nicht einverstanden mit der Methode, welche die Vereinigten Staaten benutzt“ hätten. Es müsse eine politische Lösung gefunden werden.

Die Bundesregierung wich wieder einmal zurück. In einer Regierungserklärung riet Bundeskanzler Kohl zwar weiterhin von Gewaltmethoden ab und ließ auch an-

derweitig deutliches Befremden über das Vorgehen der USA spüren. Er äußerte aber schließlich doch Verständnis für die Militäraktion. Libyen allein trage die Schuld, weil Ghaddafi „mit seiner Handhabung der Gewalt die amerikanische Vergeltung herausfordert“ habe.<sup>33</sup> Im Endeffekt bedeutete diese Erklärung, die noch nicht einmal ein Wort des Mitgeföhls für die getöteten Libyer zum Ausdruck brachte, eine Rechtfertigung der Aktion. US-Außenminister Shultz konnte denn auch befriedigt Kohls Erklärung als „bedachte und hilfreiche Äußerung“ begrüßen.<sup>34</sup>

## Die F-111-Option

Offen rechtfertigte den US-Überfall hingegen – gegen den Willen der Mehrheit ihrer Bevölkerung – die britische Premierministerin Thatcher. Sie hatte auch die Genehmigung zum Start der amerikanischen F-111 von britischem Boden aus erteilt.

Gleichwohl gab es Berichte, nach denen die britische Regierung dieser Idee zunächst widerstanden und die USA gebeten habe, keine britischen Basen zu benutzen.

Da die Beschränkung der in Großbritannien stationierten US-Truppen auf NATO-Aufgaben – im Unterschied zu anderen Staaten – freilich nirgendwo schriftlich fixiert ist, konnte Reagan leichter Druck ausüben. Er machte einfach klar, er würde die F-111 auch ohne britische Erlaubnis von ihren Stützpunkten losfliegen lassen – „eine Unverfrorenheit, die Margaret Thatchers Einwilligung nicht gerade den Stempel der Freiwilligkeit aufdrückt“.<sup>35</sup>

Militärisch gesehen wäre die Benutzung britischen Territoriums nicht erforderlich gewesen. Einsetzbar waren ebensogut die in den USA stationierten B-52-Langstreckenbomber oder die 160 Flugzeuge der US-Flugzeugträger im Mittelmeer.

Die F-111-Option wurde hauptsächlich

aus politischen Gründen gewählt: Washingtons Ziel war es einerseits, deutlich zu machen, daß es wenigstens die volle Unterstützung von einem europäischen Land habe. Andererseits wollte man den anderen NATO-Partnern zeigen, daß der „Fall Ghaddafi“ eine Bündnissache ist. Mithin ging es um die Einbeziehung der NATO in die US-Pläne.

Auch mit Hilfe anderer Kniffe versuchten die USA den Eindruck einer koordinierten NATO-Aktion zu erwecken und die Bündnispartner in Zugzwang zu bringen. Dies geschah durch eine Politik der gezielten Indiskretionen.

So erklärte der Oberkommandierende der US-Streitkräfte in Europa, der pikanterweise auch zugleich der NATO-Oberbefehlshaber ist, General B. Rogers, ohne Not, der US-Angriff gegen Libyen sei in der BRD, in Stuttgart, wo sich EUCOM, die Kommandozentrale der US-Streitkräfte für Europa, befindet, geplant und von deutschem Boden aus geleitet worden.<sup>36</sup>

Das muß nun natürlich noch nicht bedeuten, daß das alle NATO-Staaten oder die Bundesregierung wußten. Aber es war dazu angetan, die Differenzen zwischen Westeuropa und den USA in der Behandlung der Libyenfrage unter den Tisch zu kehren und die US-Aktion allzu leicht als „NATO-Angriff“ mißzuverstehen.

Wenig später lancierten die USA geschickt Informationen, wonach einige Verbündete u.U. bereit seien, mit den USA gemeinsam eine großangelegte Militäroperation gegen Libyen durchzuführen. Namentlich wurden Kohl und Craxi genannt. Sie hätten aber sogleich zu verstehen gegeben, daß sie diese Position nicht öffentlich vertreten könnten.

Das allerdings dementierte ein Vertreter des Bonner Außenministeriums mit der Aussage, daß „kein einziges europäisches Land“ mit den USA eine gemeinsame Militäroperation gegen Libyen durchführen werde.<sup>37</sup>

Aufgrund der US-Politik ist es jedenfalls zu tiefgehenden „Meinungsverschiedenheiten“ und „Zerwürfnissen“ im Bündnis gekommen. Der Stern vom 24.4.1986 brachte es auf den Punkt: „Es hat keinen Sinn länger so zu tun, als gäbe es die berühmten 'gemeinsamen Werte'... In Tripolis und Benghazi sind unter amerikanischen Bomben und Raketen nicht nur unschuldige Menschen umgekommen, sondern auch Bündnisloyalitäten... Wer wie Mr. Reagan die amerikanische Waffenliebe zum Stilmittel seiner Außenpolitik macht, wer, wie ein ordinarer Terrorist, schon mal ein paar Kinder über die Klinge springen läßt, kann ein Bündnis nicht führen... Ronald Reagan, nicht Michail Gorbatschow, ist der Mann, den man fürchten muß.“

Das Europäische Parlament verurteilte knapp, aber mehrheitlich die US-Militäraktion „als eklatante Verletzung des Völkerrechts und Gefährdung der internationalen Sicherheit und des Friedens“.<sup>38</sup>

Den Hintergrund der Differenzen zwischen den westeuropäischen Ländern und den USA bilden die andersgearteten wirtschaftlichen und politischen Interessen, die die Westeuropäer in der gesamten Konfliktregion haben.

Zwar tragen die NATO-Partner den US-Konfrontationskurs in vielerlei Hinsicht mit. Während aber die Reagan-Administration seit 1981 die UdSSR praktisch in allen Grundfragen der internationalen Beziehungen mit militanter Feindschaft

behandelt, müssen deren NATO-Verbündete in Rechnung stellen, daß sie in unmittelbarer Nachbarschaft zum sozialistischen Lager leben. Eine ungezügelter Konfrontationspolitik brächte erhebliche Sicherheitsrisiken für Westeuropa mit sich. Westeuropa hat daher ein Interesse am Dialog. Dies gilt selbstredend auch für militärische Konflikte in der Nahostregion, die alle die Gefahr einer globalen Eskalation in sich bergen.

Die USA hingegen ließen in letzter Zeit ein deutliches Unbehagen darüber verspüren, wie die Westeuropäer auf Dialogangebote oder Abrüstungsinitiativen der UdSSR reagierten.

Eine weitere Differenz besteht darin, daß die Abhängigkeit der westeuropäischen Staaten vom Erdöl des Nahen und Mittleren Ostens sehr viel höher ist als die der USA, und auch eine starke wirtschaftliche Verflechtung der Westeuropäer mit den Staaten dieser Region besteht. Diese Handelsbeziehungen wiederum mißfallen den USA.

## Auftakt einer „langen Schlacht“

Ferner existieren neben diesen Interessenunterschieden auch erhebliche Auffassungsunterschiede über die wirksamsten Methoden zur Absicherung westlicher Herrschaftsinteressen in der Region. Setzen die USA vor allem auf eine Politik der Status-quo-Bewahrung oder der militärischen Liquidierung, so plädieren die anderen NATO-Staaten zumeist für eine flexiblere Politik der „Schadensbegrenzung“. Sie läuft darauf hinaus, politische Prozesse mit politischen Mitteln in prowestliche Bahnen zu kanalisieren.

Aus all diesen Gründen stehen die europäischen NATO-Staaten einem massiven interventionistischen Einsatz von Streitkräften relativ vorsichtig und ablehnend gegenüber. Sie lehnen bisher eine formelle Einbeziehung der Region in den Geltungsbereich des Nordatlantikvertrages grundsätzlich ab.

Den USA gelang es – immerhin schon weitgehend genug – aufgrund massiven Druckes lediglich das Konzept der sog. Arbeitsteilung zu verankern, d.h. einer kollektiven Systemsicherung in der Dritten Welt mit verteilten Rollen.

Dabei sollen die europäischen NATO-Staaten in erster Linie mit ökonomisch-politischen Instrumentarien arbeiten, während die USA im „Gefahrenfall“ militärisch agieren. Für die BRD fand dieses „arbeitsteilige“ Konzept eine konkrete Umsetzung in dem am 15.4.1982 mit den USA vereinbarten „Wartime-Host-Nation-Support“-Abkommen.<sup>39</sup> Ausreichend fanden die USA das Konzept nie. Der Druck auf die Verbündeten in der Libyenkrise zum Schulter-schluß

US-Flugzeugträger als vorgeschobene Angriffsbasen: Von der „Coral Sea“ und der „America“ starteten die meisten Kampfflugzeuge (A 6, F 14 u. a.) zu den Angriffen auf Tripolis und Bengasi



mit den USA lehrt, daß die USA das Ziel einer völligen Einbindung der NATO in ihre Politik bzw. eine Erweiterung des NATO-Aktionsraumes nicht aufgeben haben.

Teilerfolge aufgrund ihres „Weichklopens“ der Verbündeten konnten sie wieder einmal verzeichnen. Die scharfen Beschlüsse der EG-Außenministerkonferenz in Luxemburg vom 21.4.1986, die auf eine Reduzierung des libyschen Botschaftspersonals, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit libyscher Diplomaten, einen EG-Nahrungsmittelboykott u.a. abzielten, die faktische Umsetzung dieser Beschlüsse in den meisten EG-Staaten sowie die antilibysche Terrorismus-Erklärung des Tokioer Weltwirtschaftsgipfels vom 5.5.1986 sind gefährliche Anzeichen für eine westeuropäische Politik der stärkeren Anpassung an die USA.

Auch in der Folgezeit werden die USA nicht davon ablassen, die europäischen NATO-Staaten mit allen Mitteln stärker in Konflikte hineinzuziehen und die latente Komplizenschaft schrittweise zur materiellen Tatsache werden zu lassen. Neben dem Versuch der USA, die westeuropäischen Länder in ihre Militärstrategie einzubeziehen, wurden ähnliche Anstrengungen auch bei einigen arabischen Staaten unternommen.

Besonders Ägypten sollte zu einem gemeinsamen militärischen Vorgehen mit den USA gegen Libyen überredet werden. Erst als dies in der Öffentlichkeit bekannt wurde, lehnte Ägypten ein solches Vorhaben ab. Aus anderen Quellen verlautete jedoch, daß die gemeinsamen Planungen für eine mögliche Attacke fortgesetzt wurden.<sup>40</sup>

## Arbeitsteilung mit der NATO

Andere Versuche der USA waren nicht von Erfolg gekrönt. In großer Einheitlichkeit verurteilte die arabische Staatenwelt die US-Aktion vom 15. April d.J. Problematisch erscheint nur, daß die innerarabischen Differenzen so tief sind, daß sich das Verhalten dieser Länder in verbaler Solidarität erschöpfte und bisher keine praktischen Konsequenzen zeitigte.

Ein weiteres Ziel der USA bestand im Test neuartiger Waffensysteme und Angriffstaktiken. Die eingesetzten Truppen konnten wertvolle Operationserfahrungen hinsichtlich ihrer Logistik und Kommunikationssysteme sammeln.

Getestet wurde der mit Elektronik nur so vollgestopfte F-111-Jagdbomber im Nachteinsatz. Getestet wurde dabei auch die hochmoderne Elektronik und „hochintelligente“ Munition wie lasergesteuerte Bomben, die ihr Ziel nach der Führung durch einen Laserstrahl anfliegen, der

## Michael Gorbatschow Vorschläge zur Demilitarisierung des Mittelmeerraums

Anläßlich eines Moskau-Besuchs des algerischen Präsidenten Chadli Bendjedid unterbreitete KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow am 26. März d.J. den bislang weitestgehenden Vorschlag zur Demilitarisierung des Mittelmeerraumes. Die Dringlichkeit von Entspannungsschritten in der Mittelmeerregion leitete er in seiner Rede ausdrücklich aus der neoglobalistischen Politik der Reagan-Administration und ihrem zusehends aggressiveren Vorgehen gegen Libyen ab.



(...) Das großmachtchauvinistische und räuberische Wesen der neoglobalistischen Politik hat sich gerade in diesen Tagen deutlich manifestiert. Vorgestern wurden amerikanische Waffen gegen das unabhängige und souveräne Libyen eingesetzt. Heute spart man in den USA nicht mit Worten, um diesen Aggressionsakt zu rechtfertigen.

Fakten beweisen indes unwiderlegbar, daß es sich dabei nicht um einen Zwischenfall handelt, der sich überraschend ereignet hat, sondern um eine Art „Strafaktion“, von langer Hand geplant und durchdacht. Nicht erst heute ist Libyen zu einer Zielscheibe geworden.

Als Drohung angelegte provokatorische Manöver einer Armada amerikanischer Schiffe vor seiner Küste sind zu einem Dauerzustand geworden. Hinzu kommen die Handels-, Finanz- und Technologieblockade und sonstige diskriminierende Maßnahmen gegen Libyen. Anders als Wirtschaftsterror können sie nicht qualifiziert werden. Auch der monatelange antilibysche, psychologische und propagandistische Krieg spricht Bände.

Das Vorgehen der USA ist eine Herausforderung an die ganze Weltöffentlichkeit, ein Affront gegen die allgemeingültigen zivilisierten Beziehungen. Diese Politik provoziert Regionalkonflikte und stellt den Weltfrieden und die internationale Sicherheit in Frage. Sie richtet sich gegen alle unabhängigen Völker und steht im Gegensatz auch zu den Interessen des amerikanischen Volkes. Wir verurteilen entschieden die antilibyschen Aggressionsakte der USA. Die Sowjetunion ist solidarisch mit dem libyschen Volk, das sein heiliges Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit gegen die imperialistischen Anschläge verteidigt.

Vor unseren algerischen Freunden möchte ich auf die Lage im Mittelmeerraum insgesamt eingehen. Die Situation in diesem Raum berührt viele Länder, darunter auch die Sowjetunion.

Die Sowjetunion tritt für die Umwandlung des Mittelmeerraums, dieser Wiege zahlreicher Zivilisationen, in die Zone eines dauerhaften Friedens und der Zusammenarbeit ein. Unsere Vorschläge über die Ausdehnung der abgesprochenen vertrauensbildenden Maßnahmen auf dieses Gebiet, die Reduzierung der Streitkräfte, den Abzug der Schiffe mit Kernwaffen an Bord aus dem Mittelmeer, den Verzicht auf ihre Stationierung auf dem Territorium der nichtkernwaffenbesitzenden Mittelmeerstaaten und die Übernahme der Verpflichtung durch die Kernwaffenmächte, derartige Waffen gegen alle Mittelmeerländer nicht anzuwenden, die ihre Stationierung bei sich nicht zulassen, bleiben weiter in Kraft.

Wir sind auch zu weiteren Schritten bereit. Für die Sowjetunion ist die ständige Präsenz ihrer Seekriegsflotte im Mittelmeer im Prinzip nicht notwendig. Sie muß nur aus dem einzigen Grund hier ständig ihre Schiffe halten – in unserer unmittelbaren Grenz Nähe befindet sich die mit nuklearen Raketenwaffen ausgerüstete 6. US-Flotte, die die Sicherheit der UdSSR, ihrer Verbündeten und Freunde bedroht.

Wenn die Vereinigten Staaten, die Tausende und aber Tausende Meilen vom Mittelmeerraum entfernt sind, ihre Flotte von hier abziehen würden, so würde das auch die Sowjetunion gleichzeitig tun. Wir sind bereit, umgehend in Verhandlungen über diese Frage zu treten.

In der ersten Etappe würde man keine Beschränkungen für die militärischen Aktivitäten der Anliegerstaaten des Mittelmeeres auf hoher See und für ihre maritimen Rüstungen einführen. Doch die weiteren Schritte zur Festigung der Sicherheit in diesem Raum könnten unseres Erachtens unter Berücksichtigung der sowjetischen Vorschläge festgelegt werden, die die Erklärung vom 15. Januar 1986 zur Beseitigung der Massenvernichtungswaffen enthält.

Die Initiativen der nichtpaktgebundenen Mittelmeerländer, die sich darauf vorbereiten, in diesem Jahr in Malta ihre zweite Konferenz abzuhalten, finden in der Sowjetunion Verständnis. Nach unserer Ansicht würde eine repräsentative Konferenz ähnlich der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit eine nützliche Rolle spielen. Daran könnten neben den Mittelmeerstaaten und den Anliegerstaaten dieses Raums auch die USA und andere interessierte Länder teilnehmen. (...)

(Quelle: Sowjetunion heute, Köln, Nr. 4/ April, S. III-IV)



## Was ist die Reagan -Doktrin ?

„Washington hat endlich begonnen, die Truman-Doktrin der 'Eindämmung' durch die Verpflichtung zu ergänzen, eine aktivere Politik der Verteidigung gegen den Prozeß der sowjetischen Expansion zu betreiben. In diesem Kontext ist die Bombardierung Libyens von noch nicht einschätzbare psychologischer und politischer Bedeutung. Der Westen kann nicht länger hoffen, daß die sowjetische Politik durch natürliche Ursachen allein aufgeweicht wird. Das sowjetische Machtstreben ist weit über das hinausgegangen, was die Grenzen westlicher Toleranz sein sollten.“

Wenn man in dieser Aussage der New York Times den Begriff „sowjetisches Machtstreben“ durch „Vordringen der nationalen Befreiungsbewegungen“ ersetzt, erhält man eine treffende Beschreibung der neuen außenpolitischen Strategie der USA, die mit den Begriffen Reagan-Doktrin oder Neoglobalismus umschrieben wird. Obwohl sie nirgendwo offiziell proklamiert wurde, lassen einige programmatische Reden und Aufsätze vor allem von Außenminister Shultz und Präsident Reagan selbst, sowie die Praxis US-amerikanischer Außenpolitik ein klares Konzept erkennen.

Ziel dieser Strategie ist es, weitere Positionsgewinne antiimperialistischer Kräfte zu verhindern und gleichzeitig verlorenen Boden wiederzugewinnen.

Solange gegenüber der Sowjetunion keine atomare Erstschlagsfähigkeit erreicht und der Widerstand in den USA gegen langandauernde Kriege nicht gebrochen ist, beschränken sich die Mittel dieser Politik auf wirtschaftliche und diplomatische Maßnahmen, auf kurzfristige militärische Operationen wie gegen Grenada und Libyen und auf die sog. „Kriegführung geringer Intensität“ (low intensity warfare). Letztere besteht in der Aufstandsbekämpfungspolitik (counter-insurgency) gegen Befreiungsbewegungen (El Salvador, Philippinen) und in Aufbau und Finanzierung von bewaffneten konterrevolutionären Banden, die gegen Revolutionsregimes in der Dritten Welt operieren.

Diese Art der Kriegführung, an der sich US-Truppen nicht massiv beteiligen, ist mittlerweile zum Hauptinstrument der Umsetzung der Reagan-Doktrin geworden. Dies gilt vor allem für Nicaragua, gegen dessen Revolutionsregierung Reagan den Krieg der Contras verstärken will. Aber auch die Contras

Afghanistans, Kampuchreas und neuerdings Angolas hängen am Geldhahn und Zügel der Reagan-Administration.

Da aber auch diese Art von Aggressionspolitik in den USA wie weltweit auf Widerstand stößt, bedarf sie der propagandistischen Untermauerung. Revolutionäre Staaten und Befreiungsbewegungen werden als Handlanger der Sowjetunion hingestellt, welche die US-Interessen und die USA selbst bedrohen. Die US-Politik hingegen diene der weltweiten Durchsetzung der Demokratie.

### Die UdSSR nicht gegen Rückschläge immun

Das mittlerweile zugkräftigste Propagandainstrument ist der Terrorismusvorwurf, der sich nicht nur gegen Libyen sondern auch gegen Syrien, den Iran und Nicaragua richtet.

Diejenigen, die meinen, daß diese Politik zu einer Konfrontation mit der Sowjetunion führen könnte oder die „nicht glauben, daß die Sowjets niemals die Unterstützung für ihre Klientel zurückziehen“ würden, weiß Reagan zu beruhigen: „Diese beiden Befürchtungen sind nicht gerechtfertigt, denn das Ziel ist es, die regionalen Konflikte zu verringern (durch Zerschlagung der revolutionären Kräfte; d. Red.), um eine sowjetisch-amerikanische Konfrontation zu verhindern und vor allem ist die Sowjetunion nicht von Natur her gegen Rückschläge immunisiert.“

Die Reagan-Doktrin schließt auch das Vorgehen gegen Diktaturen mit ein, die den USA freundlich gesonnen sind. Dies gilt jedoch nur dann, wenn ihre Weiterexistenz zur Stärkung von revolutionären Bewegungen führt und wenn US-freundliche Kräfte als stabile Machtalternative vorhanden sind. Paradebeispiele für diese Politik sind die Philippinen und Haiti. Auch auf die Diktaturen Chiles und Paraguays üben die USA Druck aus, um sie zu einer Übereinkunft mit der bürgerlichen Opposition zu bewegen. Der Sturz von Marcos und Duvalier und auch die sog. Demokratisierung in El Salvador, Honduras und Guatemala werden von der Reagan-Administration als Beleg dafür angeführt, daß es ihr auch im Krieg gegen Libyen, Nicaragua und andere Staaten nur um die Demokratie gehe.

A.I. Bresche

von einem Geleitflugzeug ausgesendet und vom Ziel reflektiert wird. Dadurch bleiben die Bomben für die gegnerische Abwehr „unsichtbar“.

Schließlich ging es den USA auch darum, die Wirkung der Libyen von der Sowjetunion zur Verfügung gestellten Luftabwehrraketen des Typs SAM-5 zu testen. Nach Auffassung des Kommandeurs der 6. US-Flotte, Vizeadmiral Frank Kelso, hätten die USA dabei einiges entdeckt, „was wir zuvor nicht wußten“.<sup>41</sup>

Ein weiterer Hintergrund der Libyenaktion war innenpolitischer Natur: Die Durchsetzung der Contrainstanz gegen die Regierung Nikaraguas, die Schaffung einer Atmosphäre, um weitere Erhöhungen des Rüstungshaushalts für das Finanzjahr 1987 durchzudrücken, die Ablenkung von inneren Problemen wie



Protestdemonstration vom 19. 4. 1986 in Bonn

Überschuldung, strukturelle Armut, Arbeitslosigkeit, Agrarkrise usw., all das dürfte eine Militäration gegen Libyen sehr befördert haben.

Massenpsychologisch gelang es Reagan denn auch, die Mehrheit der US-Bevölkerung auf der Welle eines neuen „Patriotismus“ hinter seinen aggressiven Kurs zu vereinen. 77% billigten laut Umfragen Reagans Überfall.<sup>42</sup>

Wie wird es weitergehen? Am 15.4.1986 bezeichnete Reagan den Bombenangriff gegen Libyen nur als den Anfang einer „langen Schlacht gegen den internationalen Terrorismus“. Der Kampf werde nicht enden, bis sich die „freien und anständigen Völker der Welt vereinigen, um die Geißel des Terrorismus“ zu vernichten. Und: „Wenn nötig, werden wir es wieder tun.“<sup>43</sup>

Die Interventionsdrohung gegen Libyen steht weiter im Raum. Vorbereitungen für einen zweiten Überfall werden schon getroffen.

Schon mehrfach benutzten US-Kampfflugzeuge mittlerweile Passagiermaschinen fremder Staaten als Deckung, um in deren Schatten in den libyschen Luftraum eindringen zu können. US-Kampf- und Aufklärungsflugzeuge begannen mit Patrouillenflügen vor der libyschen Küste.

Offen beratschlagten die USA inzwischen über den Einsatz von Cruise Missiles statt Kampfflugzeugen gegen Libyen, um das Leben von US-Piloten nicht zu gefährden. Offen wird in der Regierung darüber diskutiert, welche Ziele denn demnächst unter Feuer genommen werden sollen. Nach Informationen der US-Fernsehgeseilschaft CBS hat die US-Marine bereits Anweisung erhalten, zusätzliche Schiffe mit Marschflugkörpern ins Mittelmeer zu entsenden.<sup>44</sup>



Aber es bleibt nicht bei neuen Angriffs-vorbereitungen gegen Libyen. Wie sehr die Libyenattacke eingebettet ist in das gesamte neoglobalistische Konzept der USA beweisen nicht zuletzt die jüngsten Angriffe Reagans auf Syrien und den Iran. Ihnen wurde mit „Vergeltungsschlägen“ für den Fall gedroht, daß es Beweise für ihre Mitwirkung an Terroranschlägen gegen US-Bürger gäbe.

### „Fingerabdrücke“ Syriens

Das Strickmuster ist bekannt. Mittlerweile werden solche „Beweise“ von interessierter Seite zusammengetragen. So behauptete der israelische Verteidigungsminister Rabin, daß Syrien einen vereitelten Bombenanschlag vom 17. April d.J. auf ein Passagierflugzeug der israelischen Fluggesellschaft El-Al auf dem Londoner Flughafen Heathrow geplant und organisiert habe. US-Vizeprä-

sident Bush assistierte: „Wir sind überzeugt, daß die Akte des internationalen Terrorismus Syriens Fingerabdrücke tragen.“<sup>45</sup>

Auch der Sprengsatz für den Anschlag auf ein Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in Westberlin am 29. März d.J. soll von Syrien unterstützt worden sein – trotz heftigen Dementis von dieser Seite.

Auch Syrien ist ein Staat, der wegen seiner antiimperialistischen Position schon lange ins Visier der USA und Israels geraten ist. Die Diffamierung bedient sich der gleichen Taktik wie im Falle Libyens. Der Vorwurf lautet: Terrorismusexport.

Nur dürften sich diesmal die USA kaum selbst dieses Risiko eines Militärangeiffs aufbürden. Syrien ist – auch wegen seines militärischen Beistandsvertrags mit der UdSSR – ein ernstzunehmender Gegner. Aber die USA haben ihren Statthalter in der Region, der sich nach dem Libyenangriff der USA geradezu ermutigt fühlen dürfte, nun seinerseits etwas gegen Syrien zu unternehmen.

Amerikanische Geheimdienstmitarbeiter halten es inzwischen für möglich, daß Israel bald einen militärischen Schlag gegen Syrien führen könnte. Der UN-Botschafter der Arabischen Liga teilte am 8.5.1986 mit, die Israelis bereiten einen Angriff gegen das Land vor.<sup>46</sup>

Die Gefahr für den Weltfrieden wächst. Wenn es nicht bald gelingt, den verbrecherischen Akten der Reagan-Administration Einhalt zu gebieten, dann kann morgen jeder beliebige souveräne Staat zum Opfer einer Aggression werden. Daß solcherlei allmählich zu einer Eskalation von globalem Ausmaß führen muß, liegt auf der Hand.

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) und International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, je 26.3.1986
- 2) FAZ, 26.3.1986
- 3) IHT, 26.3.1986 und Washington Post, 25.3.1986
- 4) Laut: FAZ und IHT, je 26.3.1986
- 5) FAZ, 29.3.1986 und Süddeutsche Zeitung (SZ), 1.4.1986
- 6) Ebenda, 5.4.1986
- 7) Frankfurter Rundschau (FR) und FAZ, je 9.4.1986; Der Spiegel, 21.4.1986, S.20
- 8) Der Spiegel, 21.4.1986, S.135
- 9) Siehe: Die Tageszeitung (taz), Berlin-West, 19.4.1986; Stern, 24.4.1986, S.203
- 10) IHT und SZ, je 10.4.1986; FAZ, 11.4.1986
- 11) SZ, 23.4.1986
- 12) SZ, 18.4.1986
- 13) IHT, 4.4.1986
- 14) FAZ, 16.4.1986
- 15) Vgl. FR und SZ, je 19.4.1986; taz, 18.4.1986
- 16) FAZ, 17.4.1986
- 17) Newsweek, New York, 28.4.1986, S.12
- 18) Washington Post, 9.3.1986
- 19) Vgl. IHT, 28.4.1986; SZ, 29.3.1986; FAZ, 19.4.1986

- 20) SZ, 29.4.1986
- 21) FAZ, 25.4.1986
- 22) Quick, 24.4.1986, S.22
- 23) FAZ, 16.4.1986
- 24) taz, 17.4.1986; Neues Deutschland, Berlin-DDR, 17.4.1986
- 25) FAZ, 24.4.1986
- 26) Ebenda, 17.4.1986
- 27) Der Spiegel, 31.3.1986; vgl. auch IHT, 28.4.1986
- 28) FAZ, 18.4.1986
- 29) Zit. nach: Neue Zeit, Moskau, Nr. 13/1986, S.1
- 30) Time, Washington, 28.4.1986, S.23
- 31) FAZ, 26.3.1986
- 32) Ebenda, 16.4.1986
- 33) Ebenda und 17.4.1986
- 34) SZ, 17.4.1986
- 35) Vgl. ebenda, 26.4.1986; Die Zeit, 18.4.1986 und The Middle East, London, Mai 1986, S.8
- 36) taz, 21.4.1986; FR und taz, je 23.4.1986
- 37) SZ und FR, je 23.4.1986
- 38) SZ, 19.4.1986
- 39) Siehe: AIB-Sonderheft 2/1984, S. 45ff.; AIB 9/1983, S. 42ff.
- 40) SZ, 4.4.1986
- 41) IHT, 29./30.3.1986; The Middle East, Mai 1986, S.8
- 42) FR, 21.4.1986
- 43) FR, 17.4.1986; FAZ, 16.4.1986
- 44) SZ, 7./8.5.1986
- 45) FAZ, 25.4.1986 und 9.5.1986
- 46) Ebenda, 10.5.1986



### AIB-Hintergrund zur Libyenkrise

Als hektographiertes Hintergrundmaterial zur Libyenkrise bieten wir ab sofort an

- N. Biver, Rambo an der „Todeslinie“
- ASK-Erklärung, „Hände weg von Libyen!“
- sowie Kopien aus AIB 3/86:
  - U. Schnell, Angriffsziel Libyen
  - Dokumentation des geheimen Reagan-Plans zur Wegbereitung der militärischen Aktion gegen Ghaddafi
  - Bonn und die Libyenkrise, Feindbild Ghaddafi
  - Reden von Reagan, Kohl zum Luftangriff

20 Seiten, Preis 2 DM

Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken) zuzügl. 0,60 DM Porto je Exemplar.

AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1, Tel. 06421/24672

Joachim Becker

## Akzentverschiebung unter Chadli



Präsident Chadli: Erdgasverflüssigungsbetrieb in Skikda, ein Beispiel für die ehrgeizigen Industrialisierungspläne

„Die sozialistische Option steht auf dem Kongreß nicht zur Diskussion, denn sie ist irreversibel“,<sup>1</sup> erklärte Zhor Ounissi, Berichterstatterin des außerordentlichen Parteitagess der regierenden Front der Nationalen Befreiung (FLN), der vom 24.-26. Dezember 1985 stattfand. Der Parteitag befaßte sich allein mit der Neufassung der Nationalcharta, des 1976 verabschiedeten politischen Grundsatzdokuments.

Anpassungsmaßnahmen, so Präsident Chadli Bendjedid im Vorfeld des Parteitags, seien wegen „der Entwicklung der algerischen Wirtschaft, der Erfahrung, die wir aus unserer institutionellen Praxis gewonnen haben, und einer Mannigfaltigkeit anderer Zwänge“ erforderlich.<sup>2</sup>

### Zwänge des Weltmarktes

Zu diesen „anderen Zwängen“ zählt insbesondere der Rückgang der Öl- und Gaspreise auf dem Weltmarkt, der sich in den letzten Monaten zu einem Sturz scheinbar Bodenlos steigerte.

„Die Kohlenwasserstoffe (Öl- und Gasprodukte; d. Verf.)“, so die neue Nationalcharta, „haben eine entscheidende Rolle bei der Finanzierung der nationalen Entwicklung gespielt und spielen diese auch weiterhin.“ (S. 27) Kohlenwasserstoffe erbringen 98% der Exporterlöse und, wenn auch mit sinkender Tendenz, etwa die Hälfte der Staatseinnahmen.<sup>3</sup>

Allerdings hat Algerien enorme Anstrengungen der Diversifikation seines Öl- und

Gassektors, den es seit den Nationalisierungen 1971 kontrolliert, unternommen. Ölraffinerien wurden errichtet. Die Gasvorkommen besser genutzt. Als erstes Land realisierte es eine industrielle Gasverflüssigungsanlage, es besitzt heute weltweit die größten Verflüssigungskapazitäten und erhebliche Erfahrung auf diesem Gebiet.

Daß diese Anstrengungen Früchte trugen, wird an der veränderten Exportstruktur deutlich: War Rohöl 1980 mit 69,5% an den Einnahmen aus dem Export von Kohlenwasserstoffen noch der wichtigste Devisenbringer, so hatte sich dieser Anteil 5 Jahre später auf 26% vermindert. Hingegen betrug der Anteil raffinierter Produkte 1985 22% (1980: 13,6%), der Kondensate 24% (knapp 10%), des Natur- und verflüssigten Gases 24% und des verflüssigten Petroleumgases 3,5% (1980: zusammen kaum 6%).<sup>4</sup> Aufgrund dieser Diversifikationspolitik war Algerien, innerhalb der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) Verfechter eines harten Kurses, von Produktionsbeschränkungen weniger stark betroffen als andere Mitgliedsländer.

Dennoch trifft der Ölpreisverfall auch Algerien sehr hart. Auch beim Gas ist die Situation nicht rosig.

Einige ausländische Vertragspartner kommen ihren Kaufverpflichtungen, die sie in langfristigen Verträgen eingingen, nicht nach.

Die Gaspreise sind in diesen Verträgen an die Rohölpreise gebunden, so daß auch sie rückläufig sind. Die algerische Regierung mußte und muß Sparmaßnahmen erlassen.

Die nationale Selbständigkeit will die Regierung Algeriens nicht durch eine überzogene Auslandsverschuldung gefährden. Tatsächlich hat Algerien in den letzten Jahren trotz hoher Investitionsquoten seine Auslandsschulden sogar abgebaut. Betrogen nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IMF) die Auslandsschulden 1980 noch gut 16 Mrd US-Dollar, so waren sie bis Ende 1982 bereits auf 13,5 Mrd Dollar abgebaut worden, dieses Jahr sollen sie sogar auf 11 Mrd Dollar reduziert werden.<sup>5</sup>

### Industriern umstrukturiert

Befriedigt konstatierte die algerische Tageszeitung El Moudjahid am letzten Jahresende, Algerien habe seine Entscheidungsautonomie bewahren können. Dennoch ist sich die FLN bewußt, daß die begrenzte Exportpalette eine Hypothek darstellen kann und wegen der absehbaren Erschöpfung der Ölvorkommen und des steigenden Inlandsverbrauchs die „Nachölära“ vorbereitet werden muß.

Daher müsse auch in anderen Bereichen eine Exportfähigkeit erreicht werden.<sup>6</sup> Hiervon ist Algerien allerdings noch sehr weit entfernt.

Investitionsschwerpunkt war in den staatlichen Investitionsplänen der Jahre 1967-78 neben dem Energiesektor die Schwerindustrie. Die Eisen- und Stahl und die Chemieindustrie sollten als „Industrialisierungsindustrien“ die Errichtung nachgelagerter Industriezweige wie Fahrzeugbau, Elektrotechnik oder Ma-

schienenbau nach sich ziehen.

Im Rahmen dieser Industrialisierungsstrategie wurde das Schwergewicht auf kapitalintensive Großprojekte höchsten technischen Standards gelegt. Diese wurden meist „schlüsselfertig“ im Ausland gekauft.

Die Strategie führte zu starken Verzerrungen in der Industriestruktur. Wegen eines Mangels an Fachkräften und erheblicher technischer und Leitungsprobleme war die Kapazitätsauslastung oft sehr unbefriedigend. Sehr kritisch vermerkt die neugefaßte Nationalcharta (S. 27) die ungenügende nationale Integration der Industrie und die immer noch hohe Abhängigkeit vom – kapitalistischen – Ausland.

Um eine größere Rentabilität der staatlichen Industrieunternehmen, von denen 1980 65% mehr als 10.000 Beschäftigte hatten, zu erreichen, wurde diese re-dimensioniert und restrukturiert.<sup>7</sup> Hierbei ging es namentlich um eine größere Spezialisierung der einzelnen Betriebe. Tatsächlich gelang es, die Kapazitätsauslastung von 50% im Jahr 1980 auf 75% im Jahr 1983 zu erhöhen.<sup>8</sup> Planungsminister Ali Oubouzar konstatierte in einem Interview mit El Moudjahid (22.6.1985) eine bessere Meisterung des Produktionsapparats und eine steigende Produktqualität. In den letzten Jahren wurde die Warenpalette verbreitert, wesentliche Bedürfnisse der Bevölkerung an Konsumgütern, bei gleichzeitiger Steigerung der Mindestlöhne, in

größerem Umfang als bisher befriedigt.<sup>9</sup> Auf der Basis des Erreichten soll die intraindustrielle Verflechtung gestärkt werden. Hierbei sei für die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit, so die Nationalcharta von 1986 (S.27), eine verstärkte Herstellung von Produktionsmitteln von großer Wichtigkeit. Aber auch die Konsumgüterindustrie soll ausgebaut werden.

Bisher ist durch die Industrialisierung die Importabhängigkeit bereits deutlich abgebaut worden (Importquote: 1979 37%, 1985 25%).<sup>10</sup> Die Importe unterliegen einer ziemlich strikten Kontrolle des staatlichen Außenhandelsmonopols. Nationale Unternehmen sollen – so Präsident Chadli – auch dann Vorrang bei der Lieferung haben, wenn ihre Produkte wesentlich teurer als Importe sind.<sup>11</sup>

### Achillesferse Landwirtschaft

Die Achillesferse der algerischen Wirtschaft ist die Landwirtschaft, in der immer noch etwa 40% der Bevölkerung beschäftigt sind.

Bereits direkt nach der Unabhängigkeit wurde mit den von den französischen Siedlern verlassenen und enteigneten Farmen ein „selbstverwalteter sozialistischer Sektor“ gebildet. 1971 wurden auch algerische Landbesitzer von einer Landreform erfaßt, doch scheint sich ein ganzer Teil der Großgrundbesitzer der



Um die Lebensmittelimporte zu verringern, soll die Landwirtschaft verstärkt gefördert werden

Landreform entzogen zu haben.<sup>12</sup> Der „sozialistische selbstverwaltete Sektor“ umfaßt heute 2,3 Mio ha, der „Sektor der Agrarrevolution“, dessen Genossenschaften schrittweise zu „selbstverwalteten Betrieben“ umgebildet werden sollen, 1,1 Mio ha und der Privatsektor 4,1 Mio ha.<sup>13</sup>

Der gesamte Landwirtschaftssektor erhielt bis vor kurzem kaum staatliche Unterstützung. Die Hektarerträge für Getreide lagen in den Jahren 1980-82 kaum über denen der Jahrhundertwende.<sup>14</sup> Die Regierung versuchte das landwirtschaftliche Mehrprodukt abzuschöpfen, die Produzentenpreise waren lächerlich

## Algerien – Daten

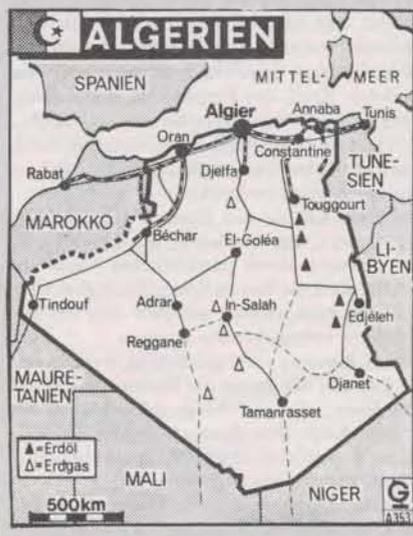
**Territorium:** 2.381.700 qkm (zehnfache Fläche der BRD)

**Bevölkerung:** 23,5 (1985)

**Hauptstadt:** Algier, ca. 2,4 Mio Einwohner (1982)

**Religion:** Der Islam ist Staatsreligion

**Sprache:** Arabisch ist Amtssprache. Auch Französisch ist noch gebräuchlich, gebietsweise spielen auch Berbersprachen eine Rolle



**Währung:** Algerischer Dinar (DA); 1 DA = 0,55 DM (Ende September 1985)

**Staatsordnung:** Algerien ist eine Demokratische Volksrepublik. Die Partei der Nationalen Befreiungsfront (FLN) ist die einzige zugelassene Partei

**Wirtschaft und Soziales:** 1982 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf 1.992 US-Dollar. Der Kohlenwasserstoffsektor ist der zentrale Bereich der algerischen Wirtschaft (ca. 25% des BIP). Die verarbeitende Industrie ist relativ weit entwickelt (ca. 10% des BIP). Die Landwirtschaft stagniert und weist nur eine sehr ungenügende Produktion auf (ca. 7% des BIP; Bauwirtschaft und öffentliche Arbeiten: 14% des BIP; der Rest entfällt auf Handel, Dienstleistungen und die Regierung; alle Zahlen für 1984).

Kohlenwasserstoffprodukte erbringen 98% der Exporterlöse. Die Importe bestehen zu 74% aus Rohstoffen, Zwischenprodukten und Produktionsmitteln, zu 20,4% aus Nahrungsmitteln und zu 5% aus industriellen Fertigwaren (1985).

Die wichtigsten Außenhandelspartner sind Frankreich, die USA, Italien und die BRD. RGW- und Entwicklungsländer spielen nur eine sehr untergeordnete Rolle.

Die Auslandsverschuldung betrug Ende 1983 13,1 Mrd Dollar, der Schuldendienst verschlang 1983 etwa 34%, 1985 etwa 22% der Exporterlöse.

Lebenserwartung: 56 Jahre (1981); An-

alphabetenrate: 65% (1980); 1980 waren 89% der Jungen und 65% der Mädchen eingeschult.

#### Geschichte:

- 1519 Eroberung durch die Türken
- 1711-1830 Formal dem Osmanischen Reich zugehörig, faktisch unabhängig
- 1830 Beginn der kolonialen Eroberung durch die Franzosen
- 1902 Frankreich kontrolliert das gesamte Staatsgebiet des heutigen Algerien
- 1954 Beginn des bewaffneten Befreiungskampfs unter Führung der FLN
- 1962 Erringung der nationalen Unabhängigkeit
- 1965 Sturz der Regierung Ben Bella. Ein Nationaler Revolutionsrat unter Houari Boumedienne übernimmt die Macht
- 1971 Nationalisierung des Erdöl- und Erdgassektors. Dieser untersteht nun staatlicher Kontrolle
- 1976 Die Nationalcharta wird in einem Referendum angenommen
- 1978 Tod Houari Boumediennes
- 1979 Chadli Benjedid wird zum Präsidenten gewählt
- 1986 Die Neufassung der Nationalcharta wird in einem Referendum angenommen

# Algerische Nationalcharta 1986

Am 16. Januar d.J. bestätigten die Algerier bei einer Volksabstimmung mit 98,4% Ja-Stimmen die Neufassung der erstmals 1976 in Kraft getretenen Nationalcharta. Dieses Dokument, das die Grundlinien der algerischen Politik festschreibt, war Ende Dezember 1985 auf einem außerordentlichen Kongreß der regierenden Partei der Nationalen Befreiungsfront (FLN) verabschiedet worden. Die folgenden Auszüge entstammen dem ersten Teil der Charta, der die ideologischen Grundsätze festlegt.

## Kapitel I: Der Islam und die Erfordernisse des Jahrhunderts

Das algerische Volk ist ein arabisches und moslemisches Volk.

Der Islam ist die Staatsreligion. Er ist einer der wesentlichen Bestandteile der nationalen Identität der Algerier. Es steht fest, daß der Islam ein wesentlicher Faktor war bei der Mobilisierung der Widerstandskräfte gegen die ausländischen Invasionsversuche und ein unverwundbares Bollwerk, das es dem algerischen Volk erlaubte, alle Pläne zu vereiteln, die seine Identität antasten wollten. (...) Die Bejahung der Bindung an den Islam und das Bestehen auf der Wahl des Sozialismus leiten sich beide von den Wurzeln der Novemberrevolution her... Der Islam hat der Welt eine noble Auffassung von Menschenwürde gebracht, die den Rassismus verurteilt und den Chauvinismus und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verwirft. (...)

Es wird also eine gebieterische Notwendigkeit für das algerische Volk wie für jedes andere moslemische Volk, sich der positiven Errungenschaften seines kulturellen und geistigen Erbes bewußt zu sein und es sich in seiner Gesamtheit wieder anzueignen, im Licht der Werte und des vor sich gehenden Wandels im zeitgenössischen Leben. (...)

## Kapitel II: Der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft

(...) Der Sozialismus in Algerien setzt sich im wesentlichen ein dreifaches Ziel:

1. Die Festigung der nationalen Unabhängigkeit.
2. Die Errichtung einer von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreiten Gesellschaft.
3. Die Förderung des Menschen und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit.

Es handelt sich darum, zunächst die nationale Unabhängigkeit zu sichern, durch Beseitigung aller Formen von imperialistischem oder neokolonialistischem Einfluß... Das setzt eine richtige Konzeption der sozialisti-

Außerordentlicher Kongreß der FLN-Partei im Dezember 1985



schen Demokratie voraus, die sich grundlegend von den formalen Demokratiemodellen unterscheidet.

### Von der volksdemokratischen Revolution zum Aufbau des Sozialismus

(...) Der nationale Befreiungskrieg gegen das fremde Joch hat sich umgewandelt in eine volksdemokratische Revolution. Die volksdemokratische Revolution hat einen dreifachen Inhalt: einen antiimperialistischen, einen antifeudalen und einen das Volk angehenden. (...)

#### Hauptziele des sozialistischen Aufbaus.

1) Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. (...)

Es ist klar, daß die Konkretisierung des Sozialismus der Produktionsmittel durch einen öffentlichen Sektor von sozialistischem Charakter das Problem des Privateigentums und seiner wirtschaftlichen und sozialen Funktion stellt.

Praktisch definieren sich Platz und Rolle des nationalen Privatektors im Licht des Prinzips, das verlangt, daß das Privateigentum keine Quelle sozialer Herrschaft werden darf, ebenso daß es kein Alibi werden darf, um aus den Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter ein Ausbeutungsverhältnis zu machen. Das Privateigentum ist erlaubt innerhalb der Grenzen, wo es den Interessen der werktätigen Massen keinerlei Schaden zufügt und keinerlei Bremse ist für die Entwicklung der Gesellschaft zum Sozialismus.

Der Sozialismus erkennt das nichtausbeuterische und redliche Privateigentum an, in der Gesellschaftsorganisation und in den Entwicklungsplänen. Das nichtausbeuterische Privateigentum umfaßt alles, was der persönlichen oder familiären Nutzung dient, ebenso die Produktionsmittel und Dienstleistungen, die für die Entwicklung der Volkswirtschaft nützlich sind.

So akzeptiert der Sozialismus das nichtausbeuterische Privateigentum, auch wenn er ein fortgeschrittenes Stadium erreicht, nicht aus taktischen Augenblickserwägungen, sondern aufgrund einer ideologischen Entscheidung. Das erfordert eine intensive politische Aktion, um aus ihm einen Bundesgenossen der Revolution zu machen.

Es muß vom parasitären und spekulativen Privatektor unterschieden werden, der mit den Interessen der neokolonialistischen Gesellschaften, den Monopolen und dem ausländischen Kapital verbunden ist, und der eine Gefahr darstellt für den Sozialismus und für jegliche unabhängige Wirtschaftsentwicklung des Landes. (...)

Der Sozialismus verlangt nicht nur die Entwicklung, er ist ihre Seele und Triebfeder. Indem er die Entwicklung in ihre richtige historische Perspektive einordnet, nämlich in den Rahmen einer umfassenden Umgestaltung der Gesellschaft, sichert ihr der Sozialismus die wichtigsten Erfolgsbedingungen.

Zu diesem Zweck wird die Planung bejaht als ein Werkzeug zur Leitung und Demokratisierung der Wirtschaft und als ein Mittel zur gerechten Verteilung der Früchte und Lasten der Entwicklung. (...)

Er betrachtet die Arbeit als Grundfaktor der

Produktion und der Akkumulation und als Hauptquelle von jedem sozialem Fortschritt und wirtschaftlichem Reichtum. (...)

Ausgehend vom Prinzip der Gleichheit der Geschlechter bejaht die algerische Revolution den Platz der Frau in der Familie und in der Gesellschaft und hält ihren Beitrag zu den gesellschaftlichen und produktiven Tätigkeiten für eine Notwendigkeit für die Entwicklung des Landes.

Die Arbeit muß entlohnt werden nach Menge und Qualität der geleisteten Arbeit. Das erlaubt es, die Anstrengung zu vergüten, die Initiative zu stimulieren und die Produktion zu fördern.

Der Sozialismus verwirft den primitiven Egalitarismus, der die persönlichen Verdienste und die individuellen Begabungen außer acht läßt und die Mittelmäßigkeit honoriert.

### Vorrangige Befriedigung der Grundbedürfnisse der Volksmassen

Indem er Ungerechtigkeit und Ausbeutung ausmerzt und die Arbeit aufwertet, muß der Sozialismus die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Volksmassen sichern. (...)

### Die sozialen Kräfte der Revolution.

Die algerische Gesellschaft ist heute durch sehr große Veränderungen gekennzeichnet. Einerseits sehen die Volksmassen — Arbeiter, Bauern — wie sich ihre sozialökonomische Rolle erweitert, ihr politisches Gewicht an Bedeutung gewinnt, infolge der strukturellen Veränderungen, die von der Revolution verwirklicht werden. Andererseits beobachtet man das Auftauchen einer neobourgeoisen Tendenz, besonders im Kompradonen-Bereich, deren politische und ideologische Wirkung keinesfalls unterschätzt werden darf. (...)

Die Hauptkräfte der Revolution sind die Arbeiter, die Bauern, die Soldaten, die Jugend und die revolutionären patriotischen Elemente. Von unterschiedlicher sozialer Herkunft haben letztere, Kämpfer der ersten Stunde und Freiheitskrieger, geschmiedet im Schmelztiegel der Nationalen Befreiungsfront und der Nationalen Befreiungsarmee, seit der Unabhängigkeit ihren Auftrag unermüdet fortgesetzt, in den Reihen der Partei, der Nationalen Befreiungsarmee, und in den anderen Räderwerken und Organen des Staates.

So wie die Revolution, deren authentisches Produkt sie sind, haben sie sich von der anti-kolonialistischen Position zur antiimperialistischen Position und von letzterer zur sozialistischen Position entwickelt.

Es ist dieser revolutionäre patriotische Kern, der die sozialistische Entwicklung in Gang gesetzt hat und in Gemeinschaft mit den anderen sozialen Kräften der Revolution weiterhin sein Schicksal lenkt; als qualitativ wichtige Kraft der Revolution, deren Kontinuität und Schöpfergeist sie weitergibt, übernimmt er die Rolle der Avantgarde beim Entstehen eines nationalen, fortschrittlichen und sozialistischen Denkens.

Dadurch, daß sie das Bündnis der Arbeiter, der Bauern, der Soldaten, der Jugend und der revolutionären patriotischen Elemente festigt, wird die Revolution unbesiegbar werden und entschlossen auf dem Weg des Sozialismus voranschreiten können.

Dieses Bündnis wird geschaffen werden unter Leitung der Partei der Nationalen Befreiungsfront, die als einzige fähig ist, bis zu seinem Ende den ideologischen und politischen Kampf zur Umwandlung des sozialistischen Bewußtseins zu führen. (...)

(Quelle: Projet de Charte Nationale 1986, in: El Moudjahid, Algier, Januar 1986)

niedrig. „Ich arbeite hart für meinen Kühlschrank, Auto und andere Dinge“, so ein Fernfahrer aus der Kabylei, „aber der Fellahe (Bauer; d. Verf.) arbeitet härter als ich, nur um sich zu ernähren.“<sup>15</sup>

Die Regierung räumt inzwischen der Landwirtschaft eine deutlich höhere Priorität ein, eine drastische Erhöhung des Anteils der Landwirtschaft an den Investitionen im laufenden gegenüber dem letzten Fünfjahrplan ist jedoch nicht vorgesehen.

Die Produzentenpreise wurden hingegen in der letzten Zeit angehoben, seit 1980 dürfen die Bauern ihre Produkte frei verkaufen. Der staatliche Sektor wird reorganisiert. 1985 stieg die landwirtschaftliche Produktion um über 30%, was es seit zwei Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat.<sup>16</sup> In den Jahren zuvor war der Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln ständig gesunken, 1984 wurden 60% der Nahrungsmittel importiert.

Die Malaise in der Landwirtschaft ist von kapitalfreundlichen Kräften in Algerien mit Erfolg zum Vorwand genommen worden, auf eine Stärkung der Privatinitiative in der Landwirtschaft zu drängen.

### Privatsektor aufgewertet

Tatsächlich hebt die Regierung seit einigen Jahren die Wichtigkeit der privaten Landwirtschaft hervor. Aber auch gesamtwirtschaftlich hat der Privatsektor, der etwa 35% zum Bruttosozialprodukt beiträgt, in den letzten Jahren eine Aufwertung erfahren.

In den 70er Jahren konnte sich algerisches Privatkapital in den Nischen der Leichtindustrie, der Bauwirtschaft und des Handels entfalten und besitzt eine solide Basis für seine Fortentwicklung. Es hat sich ein Bündnis zwischen Industrie-, Handels- und Agrarbourgeoisie und einem Teil der Spitzenkader der staatlichen Bürokratie herausgebildet.<sup>17</sup> Dieses Bündnis hat in den letzten Jahren einige Maßnahmen durchsetzen können, die das Privatkapital begünstigen. Noch sind allerdings der Expansion des Privatkapitals durch ein 1982 erlassenes Gesetz Schranken gesetzt.

Unüberschbar ist die Aufwertung des Privatsektors in der Nationalcharta. So fordert die Nationalcharta 1986 „eine intensive politische Aktion, um aus ihm einen Verbündeten der Revolution zu machen“ (vgl. Auszüge der Nationalcharta von 1976 in AIB 1/1977, S. 22f. und in diesem Heft). In der neuen Nationalcharta wird auch sein Tätigkeitsfeld nicht mehr so eingegrenzt wie 1976.

Die zentrale Rolle des Staatssektors steht derzeit nicht zur Debatte. „Die

strategischen Sektoren“, so Premierminister Abdelhamid Brahimi, „bleiben in staatlicher Hand.“<sup>18</sup> Der Staatsanteil an der Industrieproduktion betrug Anfang der 80er Jahre fast 80% (1969: 34%).<sup>19</sup>

Auch die Neufassung der Nationalcharta setzt den „Aufbau der sozialistischen Gesellschaft“ als Ziel (vgl. Auszüge).

### „Ehrerbietung“ der Frau

Die Charta von 1986 begründet ausführlich die Vereinbarkeit von Islam und sozialistischer Option. In seiner Parteitagssprache kritisierte Präsident Chadli explizit die Haltung „integristischer“ Kräfte.<sup>20</sup> Unter Hinweis auf Islam und Tradition versuchen starke Kräfte in der algerischen Gesellschaft, die Emanzipation der algerischen Frau zu blockieren. Dies wurde an der Diskussion um ein Familiengesetz sehr deutlich. Der Gesetzentwurf von 1982 wies der Frau eine völlig untergeordnete Position zu, wonach sie praktisch ständiger Vormundschaft von Männern unterworfen worden wäre.

Nach Protesten von Frauen in der FLN und kleinen feministischen Gruppen, die ihren Schwerpunkt an der Universität haben, wurde der Entwurf überarbeitet. Auch das 1984 verabschiedete Gesetz benachteiligt die Frauen, ist jedoch gegenüber dem ursprünglichen Entwurf ein Fortschritt. Konkret diskriminierende Bestimmungen wurden durch die Klausel ersetzt, daß „die Ehefrau ihrem Ehemann gehorchen und ihm jene Ehrerbietung erweisen muß, die ihm in seiner Qualität als Chef der Familie zukommt“.<sup>21</sup>

Das Erbrecht ist für die Frauen äußerst ungünstig. Das Recht auf Arbeit auch für die Frau ist im Gesetz nicht unzweideutig fixiert, wohl aber in der Verfassung. Anfang der 80er Jahre stellten Frauen nur 5,9% der abhängigen Beschäftigten.<sup>22</sup>



5. Juli 1962: Algerien ist unabhängig

Sie haben bei der Arbeitsaufnahme große gesellschaftliche Widerstände zu überwinden. Diese Abwehrhaltung wird dadurch gestärkt, daß bei einer Arbeitslosenquote von 16,9%<sup>23</sup> selbst viele Männer keinen Arbeitsplatz finden. Die algerische Frau unterliegt im öffentlichen Leben vielen weiteren sozialen Beschränkungen.

Die algerische Regierung ist sich dessen bewußt, daß die bestehende Weltwirtschaftsordnung die sozioökonomische Transformation erschwert. Daher ist Algerien in der Dritten Welt einer der wichtigsten Fürsprecher einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO), die allerdings derzeit in den relevanten internationalen Gremien nicht mehr diskutiert wird, gewesen. Die NIWO wird auch in der Nationalcharta von 1986 gefordert (S.14).

Die algerische Regierung spricht sich für

Der Hafen von Algier



eine verstärkte Süd-Süd-Kooperation aus. Wenn auch der Handel mit anderen Entwicklungsländern gering ist, so haben doch algerische Experten und Techniker zahlreiche afroasiatische Staaten (z.B. Angola, Kongo, Syrien, Jemen) im Bereich der Erdölförderung beraten und gegenüber den Ölmultis gestärkt.

Besonders liegt der algerischen Regierung eine verstärkte Zusammenarbeit im Maghreb am Herzen. Diese Orientierung schlug sich im März 1983 in einem Abkommen mit Tunesien nieder, das eine enge Kooperation vorsieht. Allerdings geht es nicht mehr um einen „Maghreb der Völker“, wie er noch vom 1978 verstorbenen Präsidenten Houari Boumediène gefordert wurde, sondern eher um einen „Maghreb der Regierungen“. Das ändert jedoch nichts an der konsequenten algerischen Unterstützung für den Befreiungskampf des saharaischen Volkes – und dem daraus folgenden sehr gespannten Verhältnis mit Marokko. Sehr stark unterstützt die FLN-Regierung auch den Kampf der Palästinenser. Hierbei versucht sie, zu einer Überbrückung der Gegensätze zwischen dem Arafat-Flügel und der palästinensischen Linken beizutragen.

In aktiver Solidarität ist sie mit der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) verbunden. In-

samt spielt Algerien momentan in der Bewegung der Blockfreien keine ganz so aktive Rolle wie in den 70er Jahren.

Hingegen sind die Beziehungen mit den westlichen Ländern, mit denen Algerien den Löwenanteil seines Außenhandels abwickelt, insgesamt wärmer geworden. So reiste Präsident Chadli Benjedid im Frühjahr 1985 erstmals in die USA. Eines der Ziele der Reise war es wohl, den USA die Gefahren der Expansionspolitik Marokkos zu verdeutlichen. Der US-amerikanischen Mittelmeerpolitik steht die FLN-Regierung kritisch gegenüber. Die aktuelle US-Aggression gegen Libyen hat sie scharf verurteilt.

Ein Zeichen für die verbesserten Beziehungen mit westlichen Ländern ist auch darin zu sehen, daß Algerien mittlerweile dort Waffen kauft, während es seit dem Befreiungskrieg auf diesem Gebiet fast ausschließlich mit der UdSSR zusammengearbeitet hatte. Die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit den Staaten des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wird fortgesetzt, die Nationalcharta von 1986 charakterisiert die Beziehungen mit diesem Staatenblock ausdrücklich als „freundschaftlich“ (S.15).

Sowohl in der Wirtschafts- als auch in der Außenpolitik ist seit dem Regierungsantritt Chadli Benjedids eine Akzentverschiebung zu beobachten. Die grundsätz-

liche Orientierung steht jedoch derzeit nicht infrage.

#### Anmerkungen:

- 1) Le Monde (LM), Paris, 27.12.1985
- 2) El País, Madrid, 30.11.1985
- 3) Middle East Review 1985, London 1985, S. 60; Afrique-Asie (AA), Paris, 7.4.1986
- 4) El Moudjahid (EM), Algier, 31.12.1985
- 5) Middle East Review 1985, S. 60; AA, 7.4.1986
- 6) Parti du Front de Libération Nationale; Projet de Charte Nationale 1986, Algier 1986, S.20
- 7) Le Monde Diplomatique (LMD), Paris, November 1982
- 8) LM, 4.11.1983
- 9) E. Jacob; Die praktische Anwendung des Konzepts der „industrialisierenden Industrien“ in der DVR Algerien; in: asien, afrika, lateinamerika, Berlin (DDR), Jg. 13, Nr. 2/1985, S. 242
- 10) EM, 5.11.1985
- 11) LM, 7.3.1984
- 12) Vgl. AIB 1/1977, S. 16f.; MERIP Reports, New York, September 1981
- 13) cadernos do terceiro mundo (ctm), Lissabon, März 1986
- 14) AA, 7.4.1986
- 15) South, London, Dezember 1985
- 16) EM, 5.11.1985
- 17) LMD, November 1982
- 18) LM, 4.11.1983
- 19) E. Jacob, Die praktische Anwendung..., a.a.O., S. 236
- 20) LM, 28.12.1985
- 21) Zit. nach: Sozialismus, Nr. 5/1985; vgl. auch: LM, 25.4., 1.6., 20.6.1984; Middle East, London, April 1985
- 22) LMD, Dezember 1982
- 23) ctm, März 1986

## Ausgewogen, unabhängig, überparteilich...



„Ausgewogen, unabhängig, überparteilich“ – das ist der Nebel, den Rundfunk, Presse und Fernsehen verbreiten. Wer den Nebel durchblickt, stellt fest, daß die Medien einseitig, abhängig und parteilich sind.

Die UZ ist anders. Als Zeitung der DKP hat sie einen klaren parteilichen Standpunkt: im Interesse der arbeitenden Menschen und aller demokratischen Kräfte unseres Landes. Gegen Kohl und Kapital. Täglich.



Die  
Zeitung der  
arbeitenden Menschen.  
Zeitung der DKP.

Die **UZ** können Sie probelesen:  
14 Tage kostenlos und unverbindlich.  
Anruf genügt: 02101/590321, Kollege Duisberg.  
Oder schicken Sie uns diesen Coupon.

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Coupon einsenden an:  
Plambeck & Co, Postfach 101053, 4040 Neuss 1

01-02-AIB-006-86-011

## Eva-Maria Hinterwirth Reportage aus Eritrea

„Wie heißt du?“  
„Sarah.“  
„Wie alt bist du?“  
„Ich bin 13 Jahre alt.“  
„Seit wann bist du hier im Rückkehrerzentrum?“  
„Seit 6 Wochen.“  
„Warum bist du hier?“  
„Ich bin geflohen.“  
„Vor wem?“  
„Vor Shaabia.“  
„Wie bist du zu Shaabia gekommen?“  
„Sie haben mich gezwungen.“  
„Wie?“  
„In unserem Dorf wurde ein Fest vorbereitet. Wir Mädchen haben unsere Haare gekämmt, unsere Kleider geschmückt. Plötzlich kamen Shaabia-Leute. Sie umzingelten unser Dorf. Dann haben sie unsere Eltern gezwungen, ihre Kinder herzugeben – Söhne und Töchter. Ich bin das einzige Kind meiner Eltern, so mußte ich mitgehen... Das war vor 2 Jahren.“

Sie nennen sich selbst „Red Flowers“ (Rote Blumen), sind zwischen 7 und 17 Jahre alt und kämpfen. Mit einem Ge-

wehr, zwei Handgranaten am Gürtel und einem Messer ausgerüstet, schickt sie die Shaabia, die Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) ins Feuer – gegen die äthiopische Armee, die die eritreische Bevölkerung angeblich ausrotten will, gegen die „schwarze Kolonialmacht Äthiopien“, die angeblich nicht davor zurückschreckt, um den „Preis des Blutes Tausender“ eine Lostrennung Eritreas vom äthiopischen Territorium zu verhindern.

### Zwangsrekrutierungen der Shaabia

Die „Red Flowers“ treten an in einem furchtbaren Fanatismus und Fatalismus gegen die äthiopische Armee, die ihre Gefangenen mit „kochendheißem Wasser übergießt“, „ihre Geschlechtsorgane zertrümmert“, „überlicherweise“ foltert

und quält. Mit der für diese Kinder furchtbaren Lügenpropaganda, die die EPLF unter ihren „Mitgliedern“ verbreitet, kämpfen die „Roten Blumen“ gegen den Aufbau der äthiopischen Provinz Eritrea, gegen den Sozialismus in Äthiopien und vor allem gegen die eigene Bevölkerung.

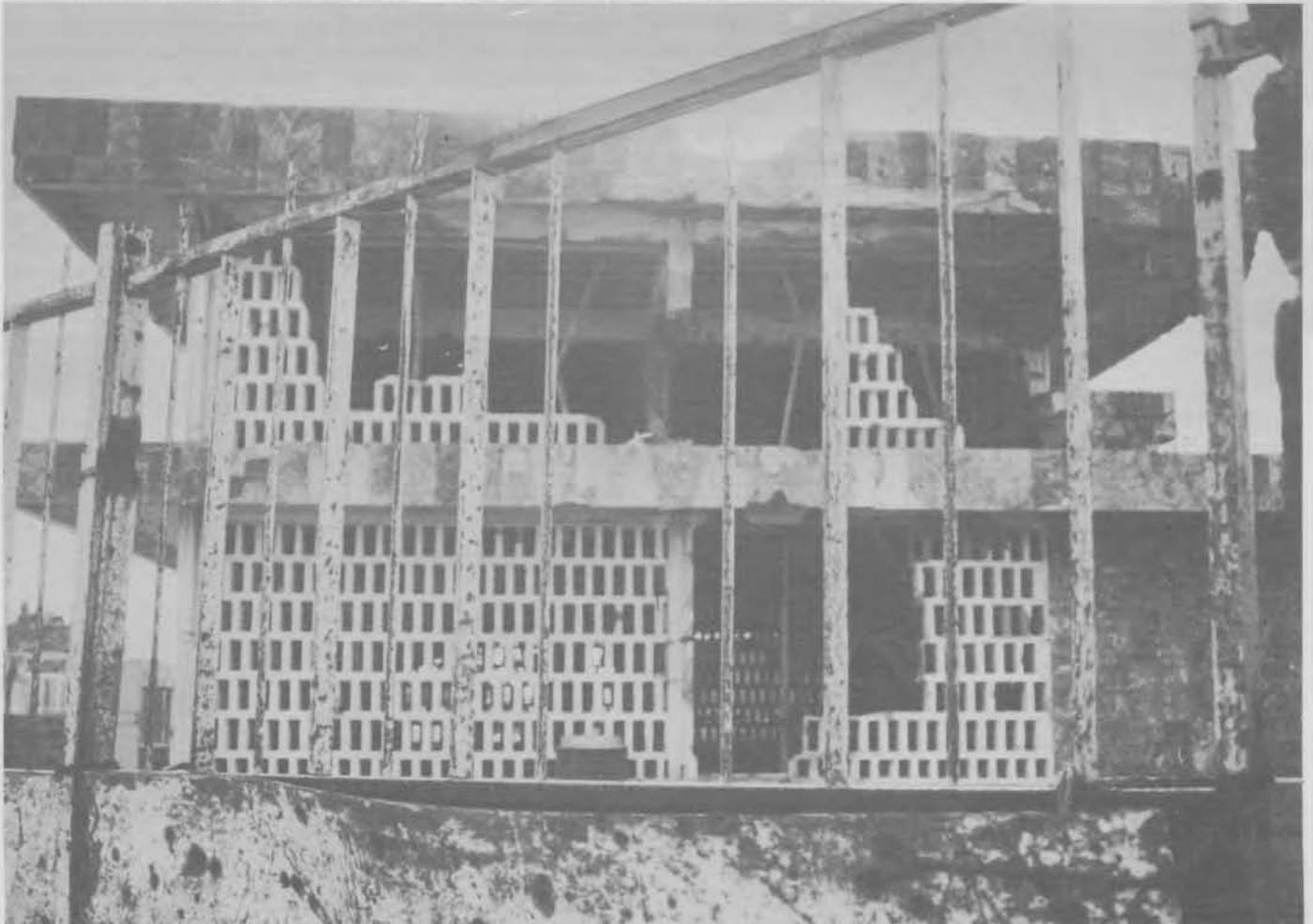
Auf den Steinbänken auf dem Gelände des Rückkehrerzentrums in Asmara, der Provinzhauptstadt Eritreas, sitzt Sable Gabre-Sadelle und wartet auf ihren Sohn. Seit 3 Jahren hat sie von ihm nichts mehr gehört – bis gestern, als sie von einem Mann verständigt wurde, ihr Sohn sei gefunden worden.

„Für eine Mutter ist es ein wunderbares Gefühl des Glücks, ihr Kind wieder bei sich zu haben“, sagt die Sechzigjährige. Was wünscht sie sich für die Zukunft? „Daß mein Sohn diese Erfahrung nie mehr zu machen braucht. Ich werde ihn in meine Arme schließen und ihn lange halten.“

Sables Sohn war 3 Jahre lang bei Shaabia. Auf unsere Frage, warum er sich den Separatisten angeschlossen hat, sagt sie: „Das ist die Frage, die ich ihm stellen werde: Warum hast du gegen uns gekämpft?“

Das Rückkehrerzentrum, das „Reception Centre for Returnees“, das wir besuchen, besteht seit 8 Jahren. Rund

Zerstörungen durch EPLF-Angriffe



14.350 Männer und Frauen waren in dieser Zeit hier. Sie haben das Amnestieangebot der äthiopischen Regierung angenommen, das all jenen Straffreiheit gewährt, die freiwillig zurückkehren.

Für die meisten von ihnen bedeutete das Flucht – Flucht aus den Lagern der Shaabia, Flucht vor Terror und Zwang. Denn 80% allein dieser Rückkehrer wurden – so wie Sarah – von den sog. „organizer“ der Shaabia aus ihren Dörfern entführt.

Mit vorgehaltenen Gewehren zwingen Shaabia-Leute jede Familie eines überfallenen Dorfes, zumindest einen Sohn oder eine Tochter herzugeben. „Public Relation“ – so nennt sich der Job bei Shaabia, durch den die Bauern um ihr Getreide, um ihre Ernte gebracht werden. In der Nacht werden die „Steuern eingehoben“.

Seit 25 Jahren – so heißt es in westlichen Medien – tobt am Horn von Afrika auf äthiopischem Staatsgebiet ein Krieg, der unter dem Titel eines Befreiungskampfes seine Legitimierung aus der kolonialen Vergangenheit bezieht.



Stellung der EPLF

Aber dieser Krieg müßte seit der Revolution in Äthiopien beendet sein, wäre er unter den Prämissen geführt worden, die die EPLF vorgibt. Denn die äthiopische Volksrevolution des Jahres 1974 hat nicht nur die nahezu 60 Jahre andauernde autokratische Herrschaft Kaiser Haile Selassies beendet, sondern sie hat – wie auch von der EPLF verbal gefordert – mit einer umfassenden Bodenreform und einer unmittelbar darauf vollzogenen Nationalisierung der wichtigsten Industrie- und Verwaltungsinstitutionen immense sozialökonomische Veränderungen eingeleitet.

Die fortschrittliche Militärregierung hat gleichzeitig den Grundstein gelegt für eine gleichmäßige und gleichberechtigte Entwicklung jeder einzelnen der 14 äthiopischen Provinzen.

Mit der Realisierung ihrer Programmatik hat die äthiopische Regierung, der Derg, einen qualitativen Wandel in Äthiopien vollzogen – ein Wandel, dessen Anerkennung die EPLF bis heute ablehnte und nicht mitvollzog. Die Gründe dafür sind vielschichtig; die widersprüchliche Präsentation des Problems durch die zahlreichen Vertreter der EPLF im – kapitalistischen – Ausland schaffen auch innerhalb der internationalen Solidaritätsbewegung Verwirrung, nicht zuletzt auch Uneinigkeit.

### „Schwarze Kolonialmacht“?

Die EPLF nahm einige Jahre lang für sich in Anspruch, eine marxistische Gruppe zu sein, die angeblich für die Befreiung Eritreas vom Kolonialjoch kämpft, in Wirklichkeit aber lediglich die Lostrennung der Provinz Eritrea von Äthiopien fordert. Und war es zur Zeit Haile Selassies der Kampf um Gleichberechtigung und Autonomie, so wird die Schlacht heute gegen die „schwarze Kolonialmacht Äthiopien“ geführt.

Legitimiert wird dies durch die Tatsache, daß Eritrea als einziger Teil Äthiopiens rund 60 Jahre lang Gegenstand der Ausbeutung weißer Kolonialmächte, nämlich Italiens und Großbritanniens war, und in dieser Zeit eine eigenständige Entwicklung „genossen“ hat. Tatsächlich schlug die Geburtsstunde der secessionistischen Bewegungen erst **nachdem** die Briten und Italiener Eritrea verlassen mußten, zählten die Mitglieder der verschiedenen damals noch existierenden antikolonialen Bewegungen vor der Revolution in Äthiopien nicht mehr als rund 700.

Im Gewande eines „Glaubenskrieges“

zwischen Moslems und Christen, im Gewande eines konstruierten Nationalitätenproblems widerfuhr damit der EPLF dasselbe Schicksal wie „Befreiungsbewegungen“ ihrer Art oft. Und am Erbe des „Scrambles for Africa“, des Kampfes der imperialistischen Staaten um die Aufteilung Afrikas, trägt Äthiopien heute noch schwer an den Früchten dieser auf ihrem Territorium gesäten Saat.

Unterstützt durch vorgeschobene und zum Teil selbst schiebende reaktionäre arabische Regime – die auf ihren Landkarten Eritrea als Teil ihrer arabischen Welt eingezeichnet haben – führt die EPLF heute objektiv einen Kampf gegen den Sozialismus und gegen ihre eigene Bevölkerung.

Im Sembel-Gefängnis in Asmara sprechen wir als erste Journalisten mit politischen Gefangenen der äthiopischen Regierung. Es sind Männer, die in unmittelbaren Kampfhandlungen gegen die äthiopische Armee gefangengenommen wurden; sie sind hier zwischen 1 Monat und vier Jahren inhaftiert.

### „Wir wollten keinen Separatismus“

Wir sprechen mit Takea Seresque, einem 42jährigen ehemaligen Schuldirektor, der sich 1977 der Shaabia angeschlossen hat.

„Das Regime von Haile Selassie“, so erzählt er uns, „war zutiefst reaktionär, die Menschen im ganzen Land waren unterdrückt.“ Takea war vor der Revolution Student in Addis Ababa, der Hauptstadt Äthiopiens gewesen. „Und die Jugend, wir Studenten, wir wollten ein fortschrittliches Äthiopien. Wir wollten schnell den Sozialismus, Veränderungen. Und Anfang der 60er Jahre schon, als die EPLF gegründet wurde, glaubten wir

Takea Seresque, ehemaliger EPLF-Mitstreiter



noch, daß Shaabia uns das bringen würde. Wir hatten damit plötzlich ein Ziel, Menschen, die Äthiopien verändern wollten. Wir wollten keinen Separatismus, wir wollten Freiheit für ein geeintes Äthiopien."

Takea hat sich der EPLF nach der Revolution angeschlossen, nachdem es bereits den Militäratt Derg gab, nachdem Äthiopien bereits auf dem Weg zum Sozialismus war. Warum? „Die Shaabia-Propaganda geht in zwei Richtungen“, so sagt er. „Zum einen ist da das, was sie ihren Mitgliedern und denen sagen, die sie für sich gewinnen wollen. Sie sagen, daß sie die Vertreter des 'wahren Sozialismus' wären, daß die äthiopische Regierung eine 'imperialistische Macht' sei."

Auf der anderen Seite steht die Shaabia außerhalb des Landes. „Da ist keine Rede mehr vom Sozialismus, weil sie dort Unterstützung von den Imperialisten brauchen – finanziell und moralisch, sie brauchen Waffen.“ Wir fragen ihn, an welche Imperialisten sich Shaabia wendet. „In erster Linie ist das wohl der US-Imperialismus."

Welches Interesse hat die USA am Eritrea-Problem? „Eritrea ist eine strategische Hauptzone für die USA. Die Beherrschung des Roten Meeres – das ist ihr Ziel."

## Die EPLF ist zurückgedrängt

Als wir Takea fragen, warum sich in den ersten Jahren nach der Revolution Menschen der EPLF angeschlossen haben, sagt er: „Shaabia hat auf die Unwissenheit der Leute gesetzt. Die Bauern waren unter dem früheren Regime Haile Selassie unterdrückt, Analphabeten. So haben viele anfangs geglaubt, was sie sagten: Sie wären Marxisten und für die Befreiung."

Aus den Worten Takeas spricht Zorn: „6, 7 Jahre früher, da hatte Shaabia eine Massenbasis. Das war zu der Zeit, als die Menschen noch unbewußt waren. Aber heute, da das Bewußtsein der Menschen steigt und sie erkannt haben, daß die äthiopische Regierung auf ihrer Seite steht, geht niemand mehr freiwillig zur EPLF. Heute zwingt Shaabia Männer und Frauen, sich ihnen anzuschließen." Shaabia ist heute zurückgedrängt. Ihre Bastion ist eine kleine Region im Norden Eritreas, Sahel genannt, das aus unwegsamem Gebirgsland besteht. Wir fragen Takea nach der Zukunft der Shaabia. „Shaabia“, so antwortet er, „wird heute von den Menschen gehaßt, weil sie ihnen Söhne und Töchter wegnimmt, ihre Ernte stiehlt, und das, was die Menschen schaffen, zerstören. Shaabia hat keine Zukunft, weil die Menschen heute mit der Regierung das schützen, was sie lieben."

## Eritrea-Hearing der Grünen



Noch selten wurde so deutlich wie in der vom 27.-29. April d.J. im Bonner Bundestagsgebäude abgehaltenen öffentlichen Anhörung der Grünen, daß die Partei der Alternativen in weltpolitischen Fragen gelegentlich in des Kaisers neuen Kleidern herumläuft.

An 2 Tagen wollten die Grünen den Versuch unternehmen, entsprechend dem selbstgestellten Thema „Den Krieg in Eritrea beenden“ einen Beitrag zur friedlichen Lösung des Eritrea-Konfliktes zu liefern. Tatsächlich aber beschränkte sich die Veranstaltung auf eine einseitige Darstellung des Problems, blieb sie bei jeder inhaltlichen Perspektive.

### Überholte „Tatsachen“

Die von den geladenen Experten vorgestellten Fakten waren zum größten Teil seit Jahren überholt bzw. umstritten – so stammten zum Beispiel die Unterlagen eines Referates zum Thema „Ständiges Völkertribunal“ aus dem Jahre 1979. Präsentierte „Tatsachen“ – wie etwa jene, daß die Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) immer noch 80% des Territoriums der Provinz Eritrea „unter Kontrolle“ habe – stimmten ganz einfach schon lange nicht mehr.

Genauso wenig gibt es die beschworene „Einheit“ der verschiedenen separatistischen Gruppen, die wohl eher der Phantasie denn der Wirklichkeit entspringt. Und Fakten neueren Datums, die eine realistische Beurteilung des Eritrea-Problems zugelassen hätten, wurden von den Veranstaltern massiv abgewehrt.

So verblieb denn auch für die meiste Zeit der Diskussion – entsprechend den einleitenden Statements der Referenten – lediglich eine seit Jahren auf der Stelle tretende Völkerrechtsdebatte. Um von der Faktendürftigkeit abzulenken, wurde eine Schwäche der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) konstruiert sowie eine angebliche Ignoranz der afrikanischen Staaten gegenüber den Separatistenbewegungen in Eritrea beklagt.

Ziel der EPLF war es offensichtlich, eine im Bundestag vertretene, in sich heterogene Partei als Plattform für ihre antiäthiopische und gegen die OAU gerichtete Propaganda zu

benutzen. Und sie kam damit wohl der in bestimmten Teilen der Grünen vorhandenen antisowjetischen Haltung entgegen.

Explizit verneinte ein Mitglied des Zentralkomitees der EPLF, daß es sich bei den Separatisten um eine marxistische Gruppierung handle. Sie strebe vielmehr ein nicht näher definiertes bürgerlich-demokratisches System an. Auf die berechtigte Frage eines Teilnehmers an der Tagung, wie sich denn die EPLF als demokratisch bezeichnen könne, wenn sie ohne Befragung ihrer angeblichen sozialen Basis in Eritrea für sich den Anspruch erhebe, die einzigen Vertreter der eritreischen Bevölkerung zu sein, gab es keine Antwort.

Die unüberhörbar geäußerte Diskreditierung der äthiopischen Revolution und ihrer sozialökonomischen, politischen und kulturellen Errungenschaften kulminierten schließlich in der inhumanen Forderung, die Hilfsleistungen nach Äthiopien generell einzustellen und statt dessen ausschließlich die secessionistischen Bewegungen im Lande zu unterstützen.

### Hilfsleistungen stoppen!

Die Veranstaltung der Grünen rückte damit in eine gefährliche Nähe der Vorstellungen der Reagan-Administration. Diese hatte vor wenigen Wochen ausdrücklich erklärt, die Hilfe in Äthiopien einzustellen und gleichzeitig alle Bewegungen zu unterstützen, die am Horn von Afrika für „Freiheit“ und „Unabhängigkeit“ kämpfen – im Einklang also mit jenen USA, die in ein kriegerisches Abenteuer gegen den äthiopischen Verbündeten Libyen verstrickt sind und alles tun (siehe jüngst enthüllte CIA-Aktivitäten), um das revolutionäre Äthiopien zu destabilisieren.

Während afrikanische Befreiungsbewegungen, die diesen Namen verdienen, es ablehnen, die Separatisten in Eritrea zu unterstützen, geraten die Grünen gemeinsam mit der EPLF erhobene Forderungen auf eine schiefe Ebene. Um sich von den US-imperialistischen Destabilisierungsmühen abzusetzen, stünde ihnen ein engagiertes Hinwirken auf eine politische Kompromißlösung in der Eritreafrage besser an.

E.M. Hinterwirth/V. Maier

Andrew Meldrum

## Die Schlinge der RNM-Terroristen zieht sich zusammen



Staatschef Machel (r.) inspiziert gefangen genommene RNM-Banditen

Das Nkomati-Abkommen, das die Regierungen Moçambiques und Südafrikas 1984 schlossen (siehe AIB 4 und 5/1984), hat Pretorias Destabilisierungsaktivitäten gegen Moçambique nicht beendet. Wie A. Meldrum aus dem Landesinneren berichtet, ist die Situation jetzt kritisch.

Quelimane zeigt immer noch die Spuren der netten Provinzhaupt- und Hafencity, die sie vor Jahren gewesen sein muß. Die Gebäude mit ihren Veranden und Balkonen im portugiesischen Stil sind zwar heruntergekommen, aber hübsch.

Immer noch promenieren Familien abends am palmgesäumten Hafen entlang, und es ist immer noch möglich, zum Abendessen eine Portion von Moçambiques berühmten Garnelen aus dem Indischen Ozean zu erstehen.

Einbäume und eine Fähre durchqueren den Hafen hin zu dichten Dschungelsümpfen, die zum Delta des Sambesi-Flusses 100 km südlich führen.

### Belagertes Quelimane

Quelimane ist eine träge, dunstige Stadt, die bessere Tage gesehen hat – in einer Erzählung von Gabriel Garcia Marquez wäre sie nicht fehl am Platz.

Quelimane ist außerdem die strategische Hauptstadt der moçambikanischen Provinz Zambezia und wird von dem von Südafrika unterstützten Nationalen Widerstand Moçambiques (RNM) belagert. Häufig ist das Wasser für Tage abgestellt, Grundbedarfsgüter wie z.B. Seife sind in den Geschäften nicht erhältlich. Viele

der Einwohner sind in Lumpen gekleidet und die staatliche Elektrizitätsgesellschaft muß mit der Armee zusammenarbeiten, um die Stromleitungen aufrecht erhalten zu können. Am beunruhigendsten sind die Angriffe der Terroristen auf Fabriken und Bauernhöfe, die nur 35 km vom Stadtzentrum entfernt liegen.

Vor kurzem sabotierte der RNM eines der größten Cashew-verarbeitenden Werke und eine große Sägemühle knapp außerhalb Quelimanes, in Nicuadala. Solche Aktivitäten haben die Stadt eingekreist. Auf den Straßen ist die Gefahr von Anschlägen aus dem Hinterhalt derart groß, daß die Elektrizitätsgesellschaft ein kleines Flugzeug einsetzt, um ihre Mechaniker zu Reparaturen an Stromleitungen und Umspannwerken durch die gesamte Provinz zu fliegen.

„Die Angelegenheiten hier im Gebiet um Quelimane mögen übel aussehen, aber ich weiß, daß es auf dem Land noch schlimmer ist“, meinte ein Mitarbeiter von Médecins Sans Frontières (MSF ist eine konservative französische Hilfsorganisation; d. Red.), der häufig per Flugzeug durch das gesamte kriegerschnitterte Gebiet Moçambiques reist.

„Quelimane ist eine Stadt, die einige Annehmlichkeiten bietet. Sie liegt am Meer und die Menschen können ihren Nah-

rungsbedarf immer noch durch Fischerei decken“, sagt er. „Aber in den ländlichen Gebieten im Landesinneren sind die Menschen viel zu verängstigt, um sich aus ihren Dörfern herauszubewegen. Obwohl es jetzt dort genügend Regen gibt, haben sie Angst, auf den Feldern zu arbeiten. Ein großer Teil der internationalen Hilfe an Saatgut und Material für jene Bauern hat diese nie erreicht.“

Regierungsbeamte äußerten, sie könnten ihre Funktionen auch weiterhin ausüben – auch wenn sie im zunehmendem Maße von den ländlichen Gebieten abgeschnitten wären.

Die Provinz Zambezia bestreitet normalerweise 70% der Exporte Moçambiques – mit der Produktion von Cashews, Kokosnüssen, Seefrüchten, Tee, Reis und Tantalit. Aber die tobende Rebellen Gewalt untergräbt die Produktivität der Provinz. Straßen, Brücken, Fabriken und Bauernhöfe werden regelmäßig beschädigt.

Der französische Entwicklungshelfer sagte, daß Unterernährung wegen der fortgesetzten Gewalttätigkeiten überall auf dem Lande weit verbreitet sei.

### Grassierende Unterernährung

„Selbst in Uganda leben die Menschen viel besser als hier“, meinte ein schwedischer Journalist, der jüngst beide Länder bereist hat. Die furchtbare Situation ist in vielen anderen Gebieten Moçambiques ähnlich.

Nahezu das gesamte Tal des Sambesi-Flusses, der das Land durchquert, wird nach offiziellen Angaben als in den Händen des RNM befindlich angesehen. Die Hauptstadt Moçambiques, Maputo, ist inzwischen regelmäßigen Angriffen auf Fabriken in den Vororten Matola und Machava ausgesetzt. Maputo hat außerdem das Grauen miterlebt, wie am Stadtstrand explodierende Landminen Einwohnern der Stadt Gliedmaßen abrisen.

Noch im letzten Jahr sah es so aus, als könne Moçambique seine RNM-Probleme lösen. Etwa 12.000 Soldaten aus Simbabwe waren in Zentralmoçambique eingesetzt worden, um den strategischen

Straßen-, Eisenbahn- und Pipelinekorridor zu schützen, der sich über die Länge von 300 km zwischen Mutare (zimbabwische Stadt an der Grenze zu Moçambique; d. Red.) und dem moçambikanischen Hafen Beira erstreckt.

Die Streitkräfte Zimbabwes eroberten das Hauptquartier der Rebellen, „Casa Banana“ auf dem Gorongosa-Massiv und schwärmten in die Provinzen Manica, Sofala, Sambesi und Tete aus, um das Rebellenproblem in den Griff zu bekommen.

Dennoch konnte der RNM nicht so leicht unter Kontrolle gebracht werden. Mit ständigem Nachschub aus Südafrika und den Stützpunkten, die er augenscheinlich im nördlichen Nachbarland Malawi hat, hat er seine terroristischen Aktivitäten über das gesamte Land ausgedehnt.

Im Februar 1986 gelang es ihm, „Casa Banana“ zurückzuerobern. Wie verlautet, ist Zimbabwe derartig entmutigt, daß es seine Truppenstärke auf 5.000 verminderte. Diese beschränken sich dar-

auf, den Mutare-Beira-Korridor zu schützen.

Seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1975 hat Moçambique sich vielen Problemen und trostlosen Perioden gegenübergesehen, aber die momentane Situation könnte die schlimmste sein. Laut westlichen Diplomaten in Maputo und Harare hat Pretoria trotz des im März 1984 unterzeichneten Nkomati-Nichtangriffspaktes seine Unterstützung für den RNM verstärkt.

Moçambikanische Regierungsbeamte haben Südafrika scharf für die Finanzierung der Zerstörung Moçambiques kritisiert. Zur gleichen Zeit setzten sie allerdings die Treffen mit offiziellen Vertretern Südafrikas, wie z.B. Außenminister Roelof „Pik“ Botha, der Maputo am 26. Februar d.J. besuchte, in der Hoffnung fort, daß Pretoria endlich seinen Teil der Nkomati-Verpflichtungen einlöst.

Stattdessen scheint es eher so zu sein, daß Pretoria neue Forderungen an Maputo stellt. So wurde der Frelimo-Regierung Präsident Samora Machel mitge-

teilt, der einzige Weg, Frieden in das Land zu bringen, seien Verhandlungen mit dem RNM. Westliche Diplomaten äußern, daß solche Gespräche „unvermeidlich“ seien und deuten so an, daß sie ihrerseits Moçambique zu Verhandlungen mit dem RNM drängen.

Solche Gespräche wurden bis jetzt immer abgelehnt. „Mit wem würden wir verhandeln?“, fragte ein Beamter in Moçambique. „Mit diesen Söldnerbanditen, die unser Land terrorisieren? Die haben doch nicht die Spur einer politischen Motivation.“

„Südafrika ist der Schlüssel zum Frieden in Moçambique“, meint ein schwedischer Diplomat. „Die Regierung mag einige Fehler gemacht haben, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Südafrikas Destabilisierungstaktik bildet aber unter allen Gründen für das Elend Moçambiques den wichtigsten. Ich weiß nicht, wie sich das ändern soll, ehe Südafrika befreit ist.“

(Quelle: AfricAsia, Paris, Nr. 28, April 1986, S. 22-23)

## Reaktionen auf die RNM-Kriegsführung

Am 10. Februar d.J. eroberte der konterrevolutionäre Nationale Widerstand Moçambiques (RNM) sein Hauptquartier im Gorongosa-Massiv in Zentralmoçambique, das er im August 1985 in einer Großoffensive der Truppen Zimbabwes und Moçambiques verloren hatte, zurück. Die Regierungstruppen gaben nach Presseberichten das Lager fast kampflos auf. Sie hatten, so wird berichtet, seit 3 Wochen keinen Nachschub mehr erhalten.

Die Regierungstruppen (FPLM) erlitten diese Niederlage, nachdem sie mit massiver Unterstützung zimbabwischer Truppen seit letztem Sommer die militärische Situation hatten verbessern können. Am ernstesten ist die Situation anscheinend in Zentralmoçambique. Die Südafrikaner, welche die RNM massiv unterstützen, sind insbesondere daran interessiert, die Transitwege Zimbabwes, die durch Zentralmoçambique laufen, zu blockieren. Die RNM kann hier von Basen in Malawi aus operieren.

Die Existenz von RNM-Basen in Malawi, dessen Sicherheitskräfte weitgehend von Südafrika und Israel ausgebildet sind und in des-

sen Armee, Polizei und öffentlichem Dienst sich zahlreiche FRELIMO-Deserteure und Kollaborateure mit der portugiesischen Kolonialmacht befinden, wurde kürzlich in einer Reportage des US-Söldnermagazins Soldiers of Fortune bestätigt. Weiterhin hat Südafrika den RNM insbesondere auf verstärkte Angriffe in der Provinz Maputo, in der die Hauptstadt liegt, angesetzt.

### Militärische Gegenmaßnahmen

Seitdem Moçambiques Sicherheitsminister Sergio Vieira am 30.9.1985, die massive Unterstützung des RNM durch Südafrika auch nach Abschluß des Nkomati-Vertrags, wie sie mit den im RNM-Hauptquartier erbeuteten Dokumenten eindeutig belegbar war, offenlegte, nahmen die Versorgungsflüge der Südafrikaner für die RNM drastisch zu. Im Rest Südmoçambiques und in Nordmoçambique ist die Sicherheitslage deutlich besser. Nach der Niederlage in Gorongosa traf sich das Politbüro der FRELIMO zu einer 15tägigen Sitzung über die nationale Krise. Prio-

rität solle, so das Politbüro, einer Verbesserung in der Logistik gegeben werden. Insbesondere müsse eine regelmäßige Versorgung mit Nahrung, Uniformen, Waffen und Löhnen sichergestellt werden.

Auf einer Konferenz der Jugendorganisation OJM im März d.J. wurden schwere Mängel in der Logistik und Zwangsrekrutierungen kritisiert. So sagte der Delegierte Armando Machove: „Die Verteidigung ist das wichtigste Thema, das wir diskutieren, aber es gibt Leute im Logistiksektor, die den Soldaten Nahrung stehlen und sie auf dem Schwarzmarkt verkaufen.“ Die FRELIMO versucht derartige Praktiken abzustellen und reorganisiert die FPLM.

Kurz nach der Politbürositzung wurde Ende März das Kabinett umgebildet. Die Position Alberto Chipandes, in den letzten 3 Jahren Provinzgouverneur in Nordmoçambique, als Verteidigungsminister wurde bestätigt. Die Politbüro-Mitglieder Mario Machungo, Armando Guebuza und Jorge Rebelo übernahmen jeweils die Kontrolle über mehrere Ministerien.

Vom 29. März bis 1. April d.J. reiste Präsident Samora Machel überraschend nach Moskau. Zu den wichtigsten Gesprächspunkten zählte u.a. die militärische Zusammenarbeit. Die UdSSR sagte Moçambique Unterstützung zu.

Die Westöffnung hat für Moçambique kaum Früchte getragen. Trotz der bewiesenen südafrikanischen Unterstützung für den RNM haben die westlichen Länder den Apartheidstaat nicht zur Vertragseinhaltung gedrängt. Gerade sie hatten aber Moçambique zum Abschluß des Nkomati-Vertrags gedrängt. Die BRD ist weiterhin eine Drehscheibe der RNM, für April d.J. hatte die RNM hier ein weltweites Treffen angesetzt. Der Krieg hat auch sehr schwerwiegende wirtschaftliche Konsequenzen. Das Sozialprodukt ging allein 1985 um ca. 20% zurück. Die Lebensumstände in den Städten werden immer schwieriger.

J. Becker

Lastwagen, der auf der Straße nach Zimbabwe von RNM-Banditen zerstört wurde.



# Robert Mugabe Das bedrohte Moçambique mitverteidigen

In einem Interview, das er Mota Lopes kurz nach den gemeinsamen Aktionen von Streitkräften Moçambiques und Zimbabwes gegen die Festung der RNM in der Region Gorongosa in Moçambique, umreißt Premierminister und Präsident der regierenden Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU), Robert Mugabe, die Auswirkungen der südafrikanischen Destabilisierung in der Region. Und er erklärt, warum das Militär Zimbabwes dem Nachbarland Moçambique bei seiner Bekämpfung der Rebellen hilft.

**FRAGE:** Was sind die Hauptformen süd-afrikanischer Destabilisierung gegen Ihr Land?

**R. MUGABE:** Südafrika ist dazu übergegangen, eine Strategie der Destabilisierung zu betreiben, welche sich hinsichtlich der Taktik in der Region des Südlichen Afrika von Land zu Land unterscheidet.

Wo sie eine bereits bestehende Banditengruppe vorgefunden haben, wie es in Moçambique mit dem Nationalen Widerstand Moçambiques (RNM, einer Schöpfung der Rhodesier) der Fall war, bilden sie sie weiter aus, bewaffnen sie, rüsten sie aus, und verstärken sie durch Söldner. In der Ausführung ihrer Destabilisierungs-Handlungen sind sie dann auf sie angewiesen.

In Angola ist es ähnlich, wo sie die UNITA (Nationale Union für die Vollständige Unabhängigkeit Angolas; d. Red.) benutzt haben und weiterhin benutzen. Aber darüber hinaus haben sie auch ihre eigenen groben Aggressionshandlungen durch die südafrikanischen Streitkräfte durchgeführt. Und das haben sie sowohl in Moçambique als auch in Angola getan.

## Pretoria schickt uns das Chaos

Was Zimbabwe angeht, haben sie schon 1981-82 versucht, Kommandogruppen, die aus Weißen und Schwarzen dieses Landes bestanden, einzuschleusen, aber wir haben jede Gruppe beim Hereinkommen vernichtet.

Sie haben damit aufgehört und verlegten sich viel stärker auf die wirtschaftliche Destabilisierung Zimbabwes, indem sie den Banditen in Moçambique bei Angriffen auf das Eisenbahnsystem, das uns dient, – die Maputo- und die Beira-Strecke – auf die Pipeline und auf das Straßennetz halfen.

Uns hat das tatsächlich während der letzten 3 oder 4 Jahre in Mitleidenschaft gezogen. Zusammen mit den Moçambikanern haben wir es jedoch geschafft, die Pipeline, die Eisenbahnstrecken und die von Beira kommende Straße zu beschützen.

Aber jetzt nimmt die südafrikanische Strategie eine weitere Form an. Sie werben abtrünnige Elemente aus der Afrikanischen Nationalunion Zimbabwes (ZAPU) – die früheren ZIPRA-Elemente (bewaffneter Arm der ZAPU; d. Red.) –, frischen ihre Ausbildung auf, bewaffnen sie und leiten sie an. In kleinen Gruppen suchen sie unsere Leute heim und bringen sie um. Wir sind äußerst beunruhigt darüber, daß Südafrika damit fortfährt, unser Volk in dieser groben Weise ständig zu überfallen und Mordtaten auf unserem Staatsgebiet zu verüben, und es fertigbringt, ungestraft davonzukommen.

Das nämlich ist die Art und Weise, in der Südafrika seine eigene Strategie zur Destabilisierung Zimbabwes verfolgt. Im Grunde besteht die Strategie darin, politisches und

wirtschaftliches Chaos im Lande zu erzeugen, das zu einem Sturz unserer Regierung führt.

**FRAGE:** Sie erwähnten die Aktionen der RNM in Moçambique als ein anderes Mittel, Zimbabwe zu destabilisieren. In welchem Maße sind sie eine Bedrohung für Ihr Land?

**R. MUGABE:** Die RNM-Banditen sind in zweifacher Hinsicht eine sehr ernste Bedrohung der Unabhängigkeit von Zimbabwe: direkt, weil sie das Eisenbahnnetz in Moçambique angreifen, das Zimbabwe dient – die Strecken nach Maputo und Beira. Sie greifen auch die Pipeline an und die Straßen, die wir benutzen, nach Beira, Tete und nach Malawi. (...)

Darüber hinaus kostet die Infrastruktur, die in Moçambique geschaffen wurde, Geld, und wenn sie die Infrastruktur dort zerstören, zerstören sie tatsächlich Kapitalinvestitionen von Moçambique. Das ist also die direkte Art und Weise, in der sie uns destabilisieren. Indirekt tun sie das, indem sie den Versuch des Umsturzes in Moçambique betreiben. Damit ziehen sie die Unabhängigkeit Moçambiques in Mitleidenschaft, und damit ziehen sie auch unsere Unabhängigkeit in Mitleidenschaft.

Man darf nicht vergessen, daß unsere Unabhängigkeit aus der Unabhängigkeit Moçambiques geboren wurde, und daß die Unabhängigkeit unserer beiden Länder miteinander verflochten ist. Für uns ist das ein Prozeß, das eine hat zum anderen geführt.

Es gab auch eine Wechselwirkung zwischen unseren beiden Bewegungen, FRELIMO (Befreiungsfront von Moçambique, seit 1975 Regierungspartei; d. Red.) und ZANU, in der Errichtung unserer Unabhängigkeit und im Versuch, sie zu festigen. Falls also Moçambiques Unabhängigkeit so stark in Mitleidenschaft gezogen wird, wird unsere ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. Wenn die von Präsident Samora Machel geführte Regierung fällt, dann wissen wir, daß es dem Gegner gelungen ist, ein reaktionäres Regime in Moçambique zu schaffen und den sozialistischen Trend umzukehren, der dort in Bewegung ist.

Letztlich würde das bedeuten, daß der Prozeß in Zimbabwe auch umgekehrt würde, daß die politische Ordnung, die wir geschaffen haben, geschädigt würde. Und vielleicht würde auch unsere Regierung gestürzt. Wie wir das sehen, ist das Überleben Moçambiques unser Überleben. Und es gibt auch noch die Einheit in der Natur unseres Kampfes.

Wie ich zuvor gesagt habe, hilft sich Zimbabwe selbst, wenn es Moçambique hilft. Die militärische Hilfe, die wir Moçambique geben, geben wir uns selbst.

**FRAGE:** Worin bestand die Bedeutung und Wichtigkeit von Moçambiques Unabhängigkeit für den Befreiungskampf und die Unabhängigkeit Zimbabwes?



**R. MUGABE:** Die Bedeutung von Moçambiques Unabhängigkeit für Zimbabwe ist in der Tat sehr groß. Einige Leute neigen dazu zu vergessen, daß wir vor Moçambiques Unabhängigkeit riesige Schwierigkeiten hatten, unseren Kampf hier durchzuführen.

Von 1972 bis etwa 1974 haben wir Kräfte in Tete mit der FRELIMO zusammengefaßt, um unserem Guerillakampf eine Orientierung zu geben. Die FRELIMO hatte einen frühen politischen, ideologischen und militärischen Beginn (Gründung 1962, Beginn bewaffneter Widerstandsaktionen 1964; d. Red.), weshalb wir der Meinung waren, wir sollten einige unserer führenden Kader durch die Zusammenfassung mit FRELIMO-Kampfkadern in Tete weiterbilden. So konnten sie Erfahrung auf dem Gebiet der Durchführung des Befreiungskampfes sammeln.

Nachdem sie das getan hatten, 1972, begannen sie eine neue Front im nordöstlichen Teil unseres Landes, und das ging weiter bis 1974. Der Feind wurde sehr zitterig und sehr verängstigt. Daraufhin wurde ein Dialog begonnen, Ende 1974, um die Einstellung des Kampfes zu erreichen, der im nordöstlichen Teil unseres Landes zu diesem Zeitpunkt an Schwung gewann. All das war aus der Erfahrung Moçambiques abgeleitet.

Als dann Moçambique 1975 unabhängig wurde, gab es direkt neben uns ein ganzes Land, nicht nur mit einer längeren Erfahrung in der Durchführung eines Befreiungskampfes, sondern jetzt auch noch mit einem geographischen Gebiet, das uns bereitwillig zur Verfügung gestellt wurde. Und wir nutzten es.

Wir schufen rückwärtige Stützpunkte in Manica, Sofala, Tete und Gaza. Und auf der starken Grundlage dieser rückwärtigen Stützpunkte begannen wir unseren siegreichen Kampf, besonders seit Anfang 1976 bis Ende 1979, als die Lancaster-House-Konferenz einberufen wurde.

## Für Südafrikas Angriff bereithalten

In Moçambique erfreuten wir uns nicht nur der bestehenden geographischen Grundlagen, sondern auch der Unterstützung der FRELIMO, der Unterstützung der von Präsident Samora Machel geführten Regierung und der Unterstützung des Volkes. All das war ein Beitrag – ein wirklich sehr großer – zu unserem Kampf.

Kurz vor dem Ende hatten wir auch FPLM (Streitkräfte Moçambiques)-Soldaten direkt hier in Zimbabwe, die mit Hand anlegten, ihre Kräfte mit unseren eigenen ZANLA-Streitkräften vereinigten und einen gemeinsamen Feind bekämpften. Das ist die Einheit, die die Geschichte aus unseren beiden Völkern hervorgebracht hat. (...)

(Quelle: Africa Report, USA, Januar-Februar 1986)

- Ich abonniere das AIB ab Nr. \_\_\_\_\_ / ab sofort
- Ich bestelle \_\_\_\_\_ Ex. AIB-Nr. \_\_\_\_\_
- Ich bestelle \_\_\_\_\_ Ex. AIB-Sonderheft Nr. \_\_\_\_\_

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto);\* Förderabo (50 DM oder mehr); \_\_\_\_\_ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorausbezahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weitkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, oder auf das Konto AIB-Weitkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr.  BLZ

Name, Vorname

Straße  Beruf

Postleitzahl, Ort  Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift  Datum

**Vertrauensgarantie:** Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.  
Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift  Datum

**Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in**  
**Vertrauensgarantie:** Ich habe am \_\_\_\_\_ das AIB-Die Dritte-Weit-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.  
Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.



Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen

An

**AIB-Weltkreis-Verlag**

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir erworben:

Mein Name: \_\_\_\_\_

Meine Adresse: \_\_\_\_\_

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

**Solidaritätsshop Dritte Welt**

Produktions · Verlags · Vertriebs GmbH



## Wer wir sind:

Für die aktive Solidarität sind wir da. Mehr als 150 Artikel halten wir bereit. Für die aktive Solidarität mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas: Bücher und Broschüren, Buttons und Plakate, Postkarten und Aufkleber, Dia-Serien und Wandzeitungen, Schmuck und Kunstposter. Mit den Befreiungsbewegungen arbeiten wir zusammen. Auch ihre Materialien vertreiben wir. Und wir sind selbst Teil der Solidaritätsbewegung. Eng verbunden mit dem ASK (Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika). Und wir tun auch was zur Steigerung des ASK-Spendenaufkommens, z.B. mit Kaffee, Nicaragua-Kaffee. Rund 300.000 DM konnte das ASK mittlerweile der FSLN zur Verfügung stellen. Zur freien Verfügung. Zum Einsatz dort, wo es am nötigsten ist. Das soll noch mehr werden. Unser „Solishop“ wird seinen Beitrag leisten. Helft mit. Fordert unseren neuen Gesamtkatalog an. Spendet auf das ASK-Konto: Sonderkonto Prof. Wulff, Postgiroamt Frankfurt/Main, Konto-Nr. 527 055-602, Kennwort „Nicaragua“.

# Freiheit für Nelson Mandela



**Ich fordere die sofortige Freilassung  
des ANC-Führers Nelson Mandela und  
aller anderen politischen Gefangenen!**

**I demand the immediate release of  
ANC leader Nelson Mandela and all  
other political prisoners!**

.....  
(Ort und Datum)

.....  
(Unterschrift)

**Solidaritätsshop Dritte Welt**  
Produktions · Verlags · Vertriebs GmbH



## Gegen die US- Intervention

**Regelmäßig Kaffee aus Nicaragua trinken —  
ein einfacher Weg der praktischen Solidarität!**

Das nicaraguanische Volk befreite sich von dem US-hörigen Somoza-Regime. Die Einkünfte aus der eigenen Arbeit fließen nicht mehr in die Kassen von Großgrundbesitzern und Konzernen. Sie kommen jetzt dem Volk selbst zugute, dienen dem Aufbau des Landes. Dabei spielt der Kaffee eine zentrale Rolle — und unsere Solidarität.

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich — direkt ins Haus. Kein Vergessen, kein Suchen — und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig. Einfach bestellen (3/6/9/... Pfund) beim Solishop, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main 90 (Tel.: 069/778863).

VERTRAUENS GARANTIE: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der Solishop 3. Welt GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, in schriftlicher Form zu widerrufen. Mir ist bekannt, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

# Kaffee-abo

Absender:

---



---



---

Ich bestelle hiermit ein Solidaritätsabonnement Nicaragua-Kaffee. Es sollen regelmäßig monatlich ab Bestelldatum 3 Pfund zum Preis von DM 50,— incl. Versandkosten an die o.g. Anschrift geliefert werden. Dieser Preis ist für mindestens 2 Monate ab Bestellung garantiert. Rücktritt von dieser Bestellung ist jederzeit innerhalb einer Frist von 2 Monaten möglich. Die Zahlung erfolgt per Überweisung/Scheck/Lastschrift.

Ort/Datum

Unterschrift

**VERTRAUENS GARANTIE:** Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der Solidshop 3. Welt GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, in schriftlicher Form zu widerrufen. Mir ist bekannt, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

Ort/Datum

Unterschrift

## POSTKARTE

Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen

An  
**Solidaritätsshop**  
**Dritte Welt**  
 Hamburger Allee 52

6000 Frankfurt/Main 90

Absender:

---



---



---

**P. W. Botha**  
**Union Buildings**  
**Pretoria**  
**SOUTH AFRICA**

70 PF

# Probeleser

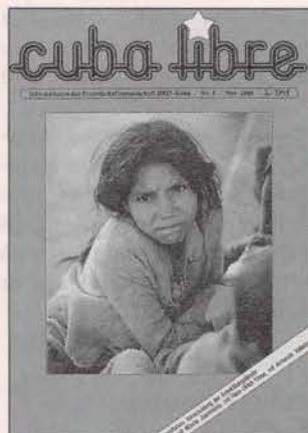
Wir halten für Sie ein kostenloses Probeexemplar bereit, damit Sie unser Zeitschriftenprogramm in aller Ruhe prüfen können.



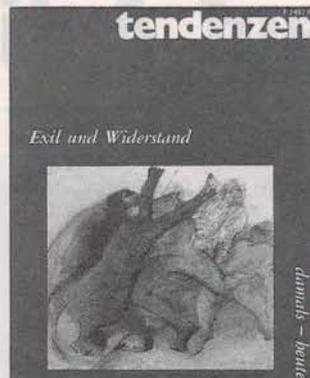
Die Zeitschrift von Frauen für Frauen. Gesellschaftspolitisch engagiert in frauenspezifischen Fragen und Problemen.



Standpunkte und Diskussionen zur sozialkritischen Fotografie. Herausgegeben vom Verband Arbeiterfotografie e.V.



Die Zeitschrift über die rote Insel der Karibik. Neues und Wissenswertes aus Politik und Gesellschaft.



Zeitschrift für engagierte Kunst. Entstanden aus der Initiative „Künstler gegen den Atomtod“.



Das bunte Monatsmagazin aus der Sowjetunion. Reportagen, Erzählungen, Informationen und Berichte aus erster Hand.

**plambeck & co**  
Druck und Verlag GmbH  
**Zeitschriftenprogramm**  
Postfach 101053  
4040 Neuss 1  
Telefon (02101) 5903-0

*kostenlos*

Schicken Sie mir bitte von folgenden Zeitschriften ein kostenloses Probeexemplar:

Meine Anschrift: \_\_\_\_\_

Coupon ausschneiden und einschicken an:  
Plambeck & Co  
Postfach 101053  
4040 Neuss 1

## Christoph Sodemann SI/SPD – Übergang auf Anti-Apartheid-Kurs

Mit einer Reihe hochkarätiger politischer Aktivitäten hat die SPD im April 1986 die Neuorientierung sozialdemokratischer Südafrikapolitik nach der Wende in Bonn vorläufig abgeschlossen. Innerhalb von 2 Wochen folgten nacheinander der Besuch des ANC-Präsidenten Oliver Tambo in Bonn auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung (siehe Tambo-Rede in AIB 5/1986), eine einwöchige Informationsreise einer SPD-Delegation nach Südafrika und eine Präsidiumssitzung der Sozialistischen Internationale (SI) in Botswana mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Südafrika“.

Die intensiven Bemühungen der SPD, der eigenen Position zum Südlichen Afrika gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein klareres Profil zu verleihen, haben vor allem zwei Ursachen:

Zum einen sind es die Auseinandersetzungen in Südafrika, „bei denen es keine Neutralität geben kann“ (W. Brandt), und deren dramatische Eskalation, die eine deutlicher sichtbare Parteinahme der SPD verlangen. Zum anderen ist es der verheerende Zustand der von internen Reibereien gekennzeichneten Afrikapolitik der Bonner Regierungskoalition, die dabei immer mehr in das Fahrwasser des erst jüngst aus seinen eigenen Reihen zum weltbesten Afrika-Kenner gekürten CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß gerät.

Eine Regierungsluft witternde SPD wird hier zwangsläufig zur Präsentation alternativer Vorstellungen auf den Plan gerufen. Vielleicht erschien der SPD-Baracke auch die wetterwendische Jahreszeit der geeignete Augenblick, um mit dem frischen Wind des Neuanfangs äußerst unangenehme Erinnerungen an sozialdemokratische Regierungspolitik in den 70er Jahren aus der politischen Landschaft wegzublasen. Denn die politische Linie unter Bundeskanzler Helmut Schmidt, während dessen Ära sich die Bundesrepublik überhaupt erst neben den USA zu dem wichtigsten Alliierten des Apartheidregimes entwickelte (siehe AIB-Sonderheft 1/1986, S. XXV ff.), läßt sich nur schwer mit dem vereinbaren, was die Sozialdemokraten heute fordern.



Begegnung von W. Brandt (r.) und W. Mandela in Südafrika

In Botswanas Hauptstadt Gaborone verabschiedete das Präsidium der Sozialistischen Internationale (SI) einmütig einen Aufruf zu Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika. Außerdem soll künftig die Unterstützung für den ANC sowie die Frontstaaten Angola, Botswana, Moçambique, Sambia und Zimbabwe verstärkt werden.

Am Ende des dichtgedrängten „Nord-Süd-Dialoges“ war vor allem mit Spannung erwartet worden, ob und wie konkret sich die SPD in der Sanktionsfrage festlegen würde. Und das Resümee muß lauten: Der Durchbruch ist erfolgt, aber nur scheinbarweise.

### Durchbruch in Gaborone

Das Präsidium der SI forderte in Botswana gezielte Wirtschaftssanktionen, mit denen der politische Druck auf das Apartheidregime verstärkt werden soll. Zu diesen Maßnahmen gehören eine Ausweitung des Ölembargos auf alle Ölprodukte, ein Stop für die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus Südafrika, eine Ausweitung des Rüstungsembargos auf den Polizeibereich, die Beendigung des Imports südafrikanischer Kohle und der Abbruch der Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet, einschließlich der Einfuhr von Uran und Uranprodukten. Ausdrücklich heißt es in der SI-Erklärung, daß Wirtschaftssanktionen den Wünschen der schwarzen Mehrheit entsprechen. Dem Appell des Afrikanischen

Nationalkongresses (ANC), des südafrikanischen Gewerkschaftsdachverbandes COSATU und anderer nach einem vollständigen Boykott Südafrikas, wie ihn im übrigen die UNO-Vollversammlung wiederholt gefordert hat, mochten sich die sozialistischen Parteien indes nicht anschließen.

Der wohl maßgeblich von der SPD beeinflusste SI-Beschluß von Gaborone entspricht damit im wesentlichen den Forderungen, die die SPD-Bundestagsfraktion am 28.8.1985 kurz nach Verhängung des Ausnahmezustands in Südafrika erhob. Zwei Forderungen wurden jedoch neu in den Maßnahmenkatalog aufgenommen: Die Unterstützung des hierzulande von den Evangelischen Frauen initiierten Früchteboykotts und der Stopp jeglicher Kohleeinfuhren.

Dies ist insofern bemerkenswert, weil noch im Januar 1986 die Mehrheit der SPD-Abgeordneten im Wirtschaftsausschuß des Bundestages den Ankauf von 700.000 t südafrikanischer Kohle durch die Volkswagen AG gebilligt hatte, und ähnliche Beschlüsse auch im Landtag von Nordrhein-Westfalen verabschiedet worden waren.

Worin liegt nun der Wert dieser zunächst papiernen SI-Erklärung?

Erst im Sommer 1985 hatte doch der Rüstungskonzern MBB, an dem die sozialdemokratischen Landesregierungen von Bremen und Hamburg Anteile besitzen, Polizeihubschrauber nach Südafrika geliefert. Hatten doch ungeachtet der Entschließung der Bundestagsfraktion sozialdemokratische Spitzenpolitiker bis in die jüngste Vergangenheit erklärt, sie wären entschieden gegen einen Handelsboykott.

Und war doch – von der Frankfurter Allgemeinen bewußt mit bloßstellender Absicht direkt vor dem Tambo-Besuch plaziert – eine Rede von Hans Koschnick an die Öffentlichkeit gelangt, mit der er sich alles andere als auf die Seite des Widerstands stellte. Ausgerechnet vor der mit dem Südafrikanischen Konsulat in Bremen kooperierenden „Gesellschaft Südliches Afrika“ hatte Koschnick, im SPD-Präsidium zuständig für internationale Beziehungen, solch essen-

tiellen Forderungen wie der sofortigen Einführung des allgemeinen Wahlrechts eine Absage erteilt.

Dokumentiert dieser SI-Beschluß also nur eine neue Variante der bemerkenswerten Fähigkeit der SPD, geradezu aprilwetterhaft schier Unvereinbares in der Politik der Partei zu vereinbaren? Um die eigentliche Absicht und die Bedeutung solcher Beschlüsse beurteilen zu können, ist – ähnlich wie bei Gesetzestexten – der begleitende Kommentar oft wichtiger.

So gab der sichtlich beeindruckte SPD-Vorsitzende Willy Brandt nach seiner Rückkehr aus Südafrika zu Protokoll, daß auch er bislang skeptisch gegenüber dem Nutzen von Wirtschaftssanktionen gewesen sei. Nun habe er aber zur Kenntnis nehmen müssen, daß in der Tat alle Sprecher der schwarzen Bevölkerungsmehrheit mit Nachdruck auf einen internationalen Boykott gedrängt hätten. Insofern scheint die Reise von Brandt, Koschnick und Verheugen nach Südafrika eine hilfreiche Lektion gewesen zu sein.

Bedauerlich nur, daß es dazu dieses Aufwandes bedurfte. Denn die offiziell von der deutschen Botschaft in Pretoria gemanagte Infotour hat erneut das Botha-Regime als gesprächsfähig aufgewertet. Oder hat Willy Brandt zuvor nicht gewußt, daß der Chef dieses Terrorregimes ein unverbesserlicher Diktator ist, mit dem sich nicht reden läßt? Der vor der Reise gar zu dick aufgetragene Gestus des Uninformierten stand der SPD nicht gut an.

Zu den positiven Aspekten der sozialdemokratischen Südafrika-Diplomatie gehört der erstmalige Besuch des ANC-Präsidenten O. Tambo in der Bundesrepublik. Nur wenige Wochen, nachdem die Bundesregierung den Angestellten des Rassistenregimes, Gatsha Buthelezi, in Bonn hofiert hatte, lud die SPD den Mann, mit dem die Regierung vorrangig reden sollte. Von der Regierung Kohl hingegen gab nur Außenminister Genscher dem ANC-Präsidenten Zeit für eine knappe Stipp-Visite.

Während die Regierungskoalition offensichtlich bis zum letzten an ihren Verstrickungen mit dem Apartheidstaat festhält, ist die SPD rechtzeitig vor dem heute schon absehbaren Untergang der weißen Minderheitsherrschaft auf Distanz zu den Rassisten gegangen und hat sich auf seiten der Anti-Apartheid-Bewegung gestellt.

Auf nationaler Ebene ist dies ein bedeutender Fortschritt. International wird die BRD jedoch daran gemessen, ob aus der politischen Bewegung auch wirkungsvolle Schritte gegen Apartheid folgen. Dies ist aber nicht ein sozialdemokratisches, sondern ein bundesdeutsches Problem.

## Soweto 1976-86 AAB-Aufruf zum Handeln



Am 16.6.1976 protestierte Sowetos Jugend gegen die Unterdrückung in den Schulen. Ihr Protest setzte sich im ganzen Land fort. Seither töteten Polizei und Militär Tausende und verletzte Ungezählte. Zig-Tausende wurden inhaftiert, gefoltert, flohen ins Ausland.

Seither nahmen die Aktionen der Bevölkerungsmehrheit Jahr um Jahr zu. In allen den Unterdrückten aufgezwungenen Wohnghettos wurden und werden Unterrichte boykottiert, Mieterhöhungen für die staatlichen Mini-Wohnräume, Buspreiserhöhungen und Einkäufe in den Geschäften der Weißen verweigert. Den staatlich verordneten Wahlen „nichtweißer“ Ghetto-Räte und Parlamentsmitglieder blieben mehr als 80% der Wahlfähigen fern. Ganze Wohnghettos und Regionen verweigern mitunter tagelang die Arbeit; schwarze Arbeiter bestreiken hunderte von Betrieben.

Die politischen und militanten Aktionen der Befreiungsbewegung, des ANC, sind unübersehbar. Die täglichen Beerdigungen der vom Regime Getöteten ersetzen die seit 1976 verbotenen politischen Veranstaltungen, meist unter Teilnahme vieler Tausender. Jedes Wohnghetto der Bevölkerungsmehrheit ist inzwischen zu einem „Soweto“ geworden, wo Polizei und Militär töten, verletzen, inhaftieren, foltern – mit Vorliebe Jugendliche und Kinder.

Die Bevölkerung ist im Begriff, dieses System zu beseitigen. Sie erwartet vom Ausland, besonders von den westlichen Industriestaaten, die sofortige Einstellung ihrer bisherigen Unterstützung dieses Regimes und wirksame, umfassende Sanktionen.

Die herrschenden wirtschaftlichen und politischen Kreise in der Bundesrepublik sind dazu nicht bereit. Sie paktieren noch immer mit den Unterdrückern, profitieren von deren Unrecht und vom Leid der Bevölkerungsmehrheit und setzen das menschenverachtende Verhalten deutscher Politiker und Wirtschaftler der 30er und 40er Jahre in veränderter Weise fort.

Deshalb fordert die AAB in der Bundesrepublik und West-Berlin, in Übereinstimmung mit zahlreichen Bürgern und Gruppen in der Bundesrepublik, Regierung, Wirtschaft und Parteien auf:

– den Sanktionserwartungen der südafrika-

nischen Mehrheitsbevölkerung nachzukommen,

- ihre Befreiungsbewegung, den ANC, anzuerkennen und mit ihr zu verhandeln und sie materiell zu unterstützen,
- auf die sofortige Freilassung Nelson Mandelas und aller politischen Gefangenen zu drängen.

Sie ruft die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik auf:

- entsprechenden Druck auf die Herrschenden auszuüben, unter anderem durch Veranstaltungen und Aktionen anlässlich des 10. Jahrestages des Soweto-Aufstandes, z.B. am Weltgebets- und -fastentag zu Südafrika am 15.6.1986,
- wirksame und materielle Hilfe für die Flüchtlingslager in Morogoro und Daka-wa (Tanzania) zu leisten,
- das Projekt des geplanten Freiheitssenders „Nelson Mandela“ des ANC tatkräftig zu unterstützen.

Verabschiedet von der Mitgliederversammlung der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) am 20. April 1986 in Bonn, Resolution 6

### Unterstützt den Freiheitssender Mandela!

Damit die Wahrheit  
unüberhörbar  
wird





Die Fußball-WM soll auch von den sozialen Problemen ablenken; Elektrizitätsarbeiter protestieren gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung

## Peter Imbusch „Wir wollen Bohnen, keine Tore!“

Der sportinteressierten Öffentlichkeit scheint Mexiko immer dann präsentiert zu werden, wenn es vor großen inneren Problemen steht. 1968 – bei den Olympischen Spielen, eine Woche nach dem Massaker an hunderten von Demonstranten im Stadtteil Tlatelolco, 1986 – die Fußballweltmeisterschaft, in der größten Wirtschaftskrise seiner Geschichte, die noch erschwert wird durch die Folgen des Erdbebens vom September 1985.

In der Fernseh- und Presseberichterstattung über die Katastrophe wechselte hierzulande allerdings die Sorge um die Opfer, die in die Tausende gingen, mit der Sorge darüber, ob die Fußballweltmeisterschaft überhaupt noch stattfinden könne. Der Zynismus ging soweit zu fragen, ob die benötigten Hotelkapazitäten noch zur Verfügung stünden, wie stark die Stadien beschädigt seien, und ob das Quartier der bundesdeutschen Mannschaft in Querétaro noch nutzbar sei.

### Die Stadien stehen noch

Die Fußballfans in aller Welt können jedoch beruhigt sein, die Stadien stehen noch. Es hatte schon etwas Absurdes, als die FIFA-Delegation wenige Tage nach dem Beben inmitten des Chaos und der Verzweiflung diese Erklärung abgab.

Die mexikanische Regierung legte sehr viel Wert darauf, zuerst das stellenweise stark beschädigte Stadtzentrum von den Schuttmassen zu befreien und wieder aufzubauen. Verkehrstechnische Gründe mögen eine Erklärung sein. Eine andere muß wohl auch in der Abhängigkeit vom Tourismus gesehen werden, vor allem im Hinblick auf die herannahende Weltmeisterschaft. Präsident Miguel de la Madrid gab deshalb auch die Devise aus: „Man muß von Fortschritten und Programmen

reden, aber nicht von der Krise.“<sup>1</sup>

Das scheint auch notwendig zu sein, denn die Krise ist allgegenwärtig. Nach den fetten Jahren des Erdölbooms (1977-81), der dazu beigetragen hat, die Probleme des Landes zu überdecken und eine Verschuldung von heute rund 100 Mrd Dollar möglich machte, sind mit der Krise 1982 die mageren Jahre eingeleitet.

Auf der Grundlage der Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) von 1982 wurde von der Regierung eines der härtesten Austeritätsprogramme umgesetzt: Haushaltskürzungen, Reallohnkürzungen, Anreize für ausländisches und einheimisches Kapital, Begünstigung von Konzentrations- und Monopolisierungsprozessen, restriktive Geldpolitik, Reprivatisierung von staatlichen Unternehmen und eine Neuverhandlung der Auslandsschuld machten 1983 und 1984 Anpassungserfolge möglich, die Mexiko in Finanzkreisen den Ruf eines Musterschuldners einbrachten.

Doch seit 1985 befindet sich die mexikanische Wirtschaft wieder auf einer rasanten Talfahrt.

1983 und 1984 wurde aus dem traditionellen Defizit der Handelsbilanz ein Überschuß von 13,8 bzw. 12,8 Mrd Dollar, was einzig auf Importbeschränkungen zurückzuführen ist. Allein von Januar bis Oktober 1985 verringerte sich wegen des zunehmenden Protektionismus auf dem Weltmarkt und des Preisverfalls für mexikanische Exportprodukte, vor allem des Erdöls, der Handelsbilanzüberschuß um 42%.

Die Inflation konnte zwar von 100% 1982 auf gegenwärtig 60% gedrückt werden, aber sie liegt immer noch weit über der mit dem IMF vereinbarten Marke. Sie trifft die breite Masse der Bevölkerung, deren Kaufkraftverlust in den letzten 4 Jahren über 50% betrug, so daß sich

als eine Folge davon ihre Ernährungssituation erheblich verschlechterte. Nach dem üblichen Ritual der Erhöhung der Minimallohnsätze wird der Kaufkraftverlust 1986 auf mindestens 34% veranschlagt.

Seit dem Regierungsantritt M. de la Madrid wurde der Peso gegenüber dem Dollar um 614% abgewertet. Die Abwertungstendenzen beschleunigten sich besonders 1985. Bekam man noch im Dezember 1984 für 209 Pesos einen Dollar, muß man heute über 500 Pesos dafür bezahlen.

### IMF-Rezepte gegen die Krise

Dies heizte sowohl die Spekulation als auch die Kapitalflucht wieder an. Die Reserven der Banco de Mexico, der Zentralbank, müssen heute wie vor dem Ausbruch der Krise wieder dafür verwendet werden, die Spekulation zu finanzieren. Sie betragen heute noch 4 Mrd Dollar, gegenüber 9 Mrd im November 1984. Die

Arbeitslose Facharbeiter suchen eine Anstellung



Kapitalflucht zwischen 1983 und 1985 wird auf 4,6 Mrd Dollar geschätzt, zusätzlich zu den in der Zahlungsbilanz für 1985 offiziell ausgewiesenen 1,5 Mrd Dollar. In der Realität dürfte sie noch erheblich höher liegen.

Die Investitionen gehen aufgrund der zunehmenden Enge des Binnenmarktes und der verminderten kaufkräftigen Nachfrage weiter zurück. Kapitalanlagen in den USA werden bevorzugt.

Die Politik der Regierung besteht hauptsächlich darin, durch hohe interne Zinssätze von 60-85% das Kapital im Land zu halten; höhere Inflation und weitere Verringerung der Währungsreserven sind die Folge, da man nicht zu einer strikten Devisenbewirtschaftung übergehen will. Andererseits wurden neue Austeritätsmaßnahmen verkündet.<sup>2</sup> Preiserhöhungen für einige Grundnahrungsmittel und Erdölprodukte um 40-50%, Reduzierung der Geldmenge sowie Steuererhöhungen und Ausgabenbeschränkungen des Staates sollen helfen, die Staatsfinanzen zu konsolidieren und das Haushaltsdefizit zu verringern, das statt vereinbarter 5,4% des Bruttosozialprodukts 9% beträgt.

Als der mexikanische Wirtschaftsminister Hector Hernandez kürzlich zur Lage der Nation befragt wurde, sagte er, daß ein weiterer Fall der Erdölpreise auf 10-15 Dollar pro Barrel (169 L) einem Umschlag von Quantität in Qualität gleichkomme.

Nachdem der Ölpreis schon 1985 von 28 auf 23 Dollar gefallen war, sackte er von Anfang Januar 1986 bis Mitte Februar auf 15 Dollar ab. Dies bedeutet für Mexiko einen Jahresverlust von 6 Mrd Dollar, was 80% des Handelsüberschusses von 1985 entspricht. Die Ölexporte werden dieses Jahr nur ca. 8 Mrd Dollar ins Land bringen, etwas mehr als die Hälfte der 15 Mrd Dollar, die noch 1982 erwirtschaftet wurden.

Die fallenden Ölpreise haben Mexiko er-

neut an den Rand des Bankrotts und um seine finanziellen Handlungsspielräume gebracht, da es 75% seiner Exporterlöse und knapp 50% seiner Staatseinnahmen aus Ölverkäufen erzielt. Wirtschaftspläne und das mit dem IMF ausgehandelte Sanierungsprogramm sind somit Makulatur.

Mexiko kann schlicht und einfach nicht mehr zahlen, nicht mal mehr den Schein der Zahlungsfähigkeit aufrechterhalten. Denn die Erdöleinnahmen reichen nicht mehr aus, um den Schuldendienst zu leisten, der sich 1986 auf ca. 15 Mrd Dollar belaufen wird. Hinzu kommen Zins- und Tilgungszahlungen auf die interne Verschuldung, für die in den nächsten 12 Monaten 25 Mrd Dollar beschafft werden müssen.

Rechnet man noch die Belastungen in Höhe von 10 Mrd Dollar hinzu, die sich aus dem Wiederaufbau nach dem Erdbeben ergeben, so läßt sich annähernd der ganze Umfang der Misere erfassen.

Der nötige zusätzliche Kreditbedarf wird allein 1986 auf wenigstens 10 Mrd Dollar beziffert. Die einseitige Ausrichtung des Landes auf den Öllexport rächt sich jetzt bitter.

### „Teufelskreis durchbrechen!“

Wenn es auch noch unterschiedliche Meinungen im Kabinett über die Verschuldung und deren Lösungen gibt, setzt sich doch unter der sich verschlechternden wirtschaftlichen Umständen auch in der mexikanischen Regierung zunehmend die Meinung durch, daß die Schulden selbst beim besten Willen unbezahlbar seien und als politisches, nicht nur wirtschaftliches oder technisches Problem betrachtet werden sollten. Äußerungen des ansonsten für seine neoliberale Haltung bekannten Finanzministers Silva Herzog gehen in diese Richtung.<sup>3</sup>

Auch M. de la Madrid beunruhigte jüngst die Bankenwelt, als er verlauten ließ, daß es so wie bisher nicht mehr weitergehen könne. Der unendliche Teufelskreis, neue Kredite aufzunehmen, um alte zu bedienen, müsse durchbrochen werden.<sup>4</sup> War Mexiko 1982/83 noch der wichtigste Stoßkeil, um das Zustandekommen eines lateinamerikanischen Schuldnerkartells zu hintertreiben, so kann es sich dies aufgrund seiner Probleme heute nicht mehr leisten.

Vor dem Hintergrund der Krise und der Nachfrage nach neuen Krediten gerät Mexiko außenpolitisch vor allem seitens der USA immer mehr unter Druck.

Dies wurde z.B. bei dem Treffen Ronald Reagans mit M. de la Madrid Anfang dieses Jahres in Mexicali deutlich.<sup>5</sup> Während das vorrangige Interesse Mexikos darin bestand, neue Kredite zu erhalten, wies Reagan auf die den US-Interes-

sen entgegenstehende Haltung Mexikos im Mittelamerikakonflikt hin.

Sowohl in der Bewertung des Konflikts, als auch seiner Ursachen bestehen zwischen beiden Staaten unterschiedliche Meinungen. M. de la Madrid verteidigte zwar die prinzipielle Haltung Mexikos, zu einer friedlichen Lösung über Verhandlungen zu kommen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu respektieren, sowie der Nichtintervention, aber die Politik Mexikos gegenüber Nicaragua besteht zunehmend in der Einschränkung der offenen Unterstützung der sandinistischen Regierung, der Verringerung von billigen Erdölverkäufen und einer geringeren Aktivität im Contadora-Prozeß.

In Bezug auf neue Kredite verwies Reagan auf den Baker-Plan (siehe AIB 4/1985) und machte die Vergabe neuer Kredite von neuen Anpassungsmaßnahmen abhängig. Doch die Mexikaner sind mit dem Baker-Plan nicht so recht zufried-



Die Krise verstärkt die Einwirkungsmöglichkeiten Washingtons: Präsidenten de la Madrid (r.) und Reagan

den. Sie würden z.B. eine Zinssenkung vorziehen.

Würden nämlich die Zinsen vom gegenwärtigen Niveau auf den Stand von vor 10 Jahren gesenkt, ergäbe sich allein für die im Baker-Plan genannten 15 Länder innerhalb von 3 Jahren eine Ersparnis von ca. 20 Mrd Dollar, also ungefähr die Summe, die die privaten Banken im Rahmen des Plans zur Verfügung stellen sollen. Die Ersparnis für Mexiko würde jährlich 1,8 Mrd Dollar betragen.

Reagan sicherte aber Hilfe bei der Erlangung von 4 Mrd Dollar für notwendige Zinszahlungen zu. Denn ein durch die wirtschaftliche Krise auch politisch instabil werdendes Mexiko wird von den USA als weitaus größeres Problem und Sicherheitsrisiko betrachtet, als etwa Nicaragua.

„Ein kommunistisches Nicaragua“, so Reagan, „ist eine Zwei-Tages-Reise ent-



Allen Reagans  
zum Trotz:  
SOLIDARITÄT  
MT  
NICARAGUA!



### Solidaritätsreise Nicaragua

26.06. - 12.07.1986 und 29.07. - 15.08.1986  
Umfangreiche Rundreise mit zahlreichen Begegnungen, Gesprächen und Besichtigungen ab/bis Berlin-Schönefeld, Doppelz., Halbpens.

DM 3279,-

### ...oder nach Cuba und auf eigene Faust

1 Woche ab B.-Schönefeld oder Düsseldorf  
incl. Frühst./Transfer

ab DM 1445,-

**team hat viele gute Seiten,  
nicht nur im neuen Katalog:  
Unsere Heimat ist das Mehr!**

Begegnungsreisen - Informationsreisen  
Studienreisen - Bildungsreisen - Sprachreisen  
Erlebnisreisen - Gruppenreisen - Billigflüge  
Individualreisen - Busreisen - Schiffsreisen  
politisch reisen - aktiv reisen - team reisen

040 / 491 60 66

Eppend. Weg 105  
2000 Hamburg 20

## Umsiedlungen und Flüchtlinge in Nicaragua

- Was sind die Hintergründe?
- Wie sind die Lebensbedingungen?
- Was ist der Sinn des Projektes?

Der ICFD (Internat. Christl. Friedensdienst) hat eine Broschüre zu diesem Thema herausgebracht. Sie enthält Augenzeugenberichte und Informationen über die Asentamientos (Flüchtlingssiedlungen) in der Region Las Segovias im Norden Nicaraguas.



Bezugs- und Kontaktadresse:  
ICFD  
Rautenbergstr. 11  
2000 Hamburg 1

Preis: 2,50 pro St.  
2,00 ab 10 St.  
1,75 ab 20 St.

**SANDINO  
VIVE!**

fernt von Texas und Kalifornien, Mexiko aber nur zwei Minuten. Der Siegeszug der Kommunisten führt durch Mexiko."<sup>6</sup>

Auch eine andere in Mexiko jahrzehntelang umstrittene Maßnahme, die die Washington Post als „historische Entscheidung“ qualifizierte, beim IMF ein positives Echo fand und bei den Unternehmerverbänden des Landes mit Befriedigung aufgenommen wurde, konnte unter dem Druck der Krise durchgesetzt werden, nämlich der Beitritt Mexikos zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT).<sup>7</sup>

Die Verpflichtung zur Aufgabe der Protektion des Binnenmarktes über den Abbau von Zöllen und zu Handelsliberalisierungen wird nur dem nationalen Großkapital und den Multis nützen. Sie wird viele kleine und mittlere Unternehmen vom Markt verdrängen, da sie international nicht konkurrenzfähig sind. Damit ist ein wichtiger Bestandteil des mexikanischen Nationalismus gefallen.

### Den Gürtel noch enger schnallen?

Nach dreieinhalb Jahren Krise mit rückläufigen Realeinkommen und wachsender Arbeitslosigkeit wird es für die mexikanische Regierung aber immer schwieriger, dem Volk weitere Opfer zuzumuten. Denn ohne Wachstum und wirtschaftliche Erfolge verliert die Regierung langsam ihre Legitimität.

Allein 1985 sind unter dem Druck der Krise 1,5 Mio Menschen illegal in die USA immigriert.<sup>8</sup> Selbst der greise Fidel Velasquez, seit 36 Jahren Chef des Gewerkschaftsdachverbandes CTM, eigentlich eine eiserne Stütze der „institutionalisierten Revolution“, haderte mit dem Präsidenten: „Wir sind an einer weiteren Abwertung des Peso, mit weiterem Preisanstieg nicht einverstanden, und noch weniger damit, daß vom Volk weitere Opfer verlangt werden, um schwerwiegende internationale Verpflichtungen zu erfüllen. Den Gürtel können nur noch diejenigen enger schnallen, die noch einen haben.“<sup>9</sup>

Und das sind fast nur die Mittelschichten. Konnten sie bis zur abermaligen Verschärfung der Krise noch in gewisser Hinsicht vom Polster der fetten Jahre zehren, so bekommen sie jetzt zunehmend die Folgen des strengen Sparkurses zu spüren. Exklusive Geschäfte in Mexiko-Stadt registrieren trotz 30-40%iger Preisnachlässe immer weniger Kunden. Die Verkäufer ausländischer Automodelle machen kaum noch Geschäfte, denn die Monatsraten übersteigen oftmals bei weitem das Gehalt, was viele Besserverdienende auf ihrem Konto verbuchen können. Die Armut wächst also auch hier.<sup>10</sup>

Und die Gegenwehr? Daß es angesichts der verfolgten Austeritätspolitik noch nicht zu Massenprotesten und Streiks gegen die Regierung gekommen ist, erscheint wie ein zweites „mexikanisches Wunder“. Bei den Wahlen vom Juli 1985 konnte die regierende Institutionelle Revolutionäre Partei (PRI) noch 65% der Stimmen auf sich vereinigen, wobei es jedoch zu einigen Manipulationen kam und lediglich 50% der Wahlberechtigten sich beteiligten.

Dies verweist auf die anscheinend noch funktionierende Integrationskraft des Systems und der PRI mit ihren beträchtlichen ideologischen und materiellen Einwirkungsmöglichkeiten. Der Großteil der organisierten Arbeiter- und Bauernbewegungen sowie weite Teile der Mittelschichten sind in die PRI integriert und damit staatlich kontrolliert. Regt sich dennoch Widerstand, schreckt der Staat auch nicht vor Repressalien bis hin zu Folter und Mord zurück.

Die organisatorische und ideologische Zersplitterung der von der PRI unabhängigen Linken, die bei den Parlamentswahlen gerade 6% auf sich vereinigen konnte, hat sich auch während des sich zuspitzenden Krisenprozesses kaum verringert.

Zwar vergeht kaum ein Tag ohne Proteste und Kundgebungen von Arbeitern, Angestellten und Bauern und Arbeitslosen, an denen sich bis zu 100.000 Menschen beteiligen. Aber eine ernstzunehmende Kraft oder gar ein Druckmittel stellt das noch nicht dar. Doch die Verbitterung wächst.

Am 1. Mai d.J. ist es bei Demonstrationen der unabhängigen Gewerkschaften und der Linken zu den schwersten Auseinandersetzungen seit Jahren gekommen. Die Polizei ging mit Schlagstöcken und Tränengas gegen die Demonstranten vor, von denen viele verletzt bzw. verhaftet wurden.

Mit Losungen wie: „Wir wollen Bohnen und keine Tore“, protestierten sie auch gegen die mit der Fußballweltmeisterschaft verbundene Schönfärberei und Prestigesucht der Regierung, die von der wachsenden Armut und den Sorgen der Menschen ablenken soll.

### Anmerkungen:

- 1) Proceso, Mexiko-Stadt, 20.1.1986
- 2) Vgl. Informe Latino Americano, London, 13.12.1985
- 3) Siehe: Proceso, 4.11.1985
- 4) El Dia, Mexiko-Stadt, 22.2.1986 und 25.2.1986
- 5) Vgl. El Pais, Madrid, 5.1.1986 und Proceso, 6.1.1986
- 6) U.S. News & World Report, Washington, 31.3.1986
- 7) Vgl. El Dia, 20.11.1985
- 8) Vgl. Proceso, 30.12.1985
- 9) Süddeutsche Zeitung, 7./8.12.1985 und Wirtschaftswoche, 4.4.1986
- 10) Siehe: Le Monde Diplomatique, Paris, Juni 1985

William Bennett

# Gewerkschaften mobilisieren gegen Duarte



„Das Volk will Frieden mit sozialer Gerechtigkeit“

Unter Zurückstellung seit langem bestehender ideologischer Meinungsverschiedenheiten standen am 8. Februar d.J. mehrere hundert Führer von El Salvadors Gewerkschaften der Mitte und der Linken Schulter an Schulter vor der Nationalversammlung.

Im Zuge der wütenden Kritik, die sie gegen Präsident José Napoleón Duartes neues Wirtschaftsprogramm vorbrachten, kündigten sie die Bildung einer breiten Koalition der Arbeiterbewegung an, die Nationale Einheit der Salvadorianischen Arbeiter (UNTS).

Das Ereignis warf ein Schlaglicht auf den Rückgang der Volksunterstützung für Duarte seit seiner Wahl im März 1984. (...)

Duarte selbst trieb den UNTS-Zusammenschluß voran, als er am 21. Januar d.J. Einzelheiten eines wirtschaftlichen Austeritätsprogramms enthüllte. Um den Krieg gegen die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) zu bezahlen, wertete Duarte den Colón ab, verstärkte die Lohnkontrollen und führte Maßnahmen ein, die die Preise für Waren des täglichen Bedarfs, Brennstoffe und öffentliche Dienstleistungen erhöhen werden.

Diese Maßnahmen erfolgten zusätzlich zu der Verringerung des Realeinkommens um 50%, die salvadorianische Ar-

beiter seit 1979 hinnehmen mußten. Nach der Abwertung ist der Mindestlohn für Landarbeiter jetzt auf nur 1,50 Dollar pro Tag festgesetzt.

Der Präsident bediente sich in seiner Fernsehansprache seiner ganzen Redegewandtheit, wobei er abwechselnd einerseits behauptete, den „Bedürftigen und Armen“ zu dienen und andererseits als harter Führer posierte, der nicht davor zurückschreckt, harte Maßnahmen „ohne Rücksicht auf die politischen Kosten“ zu ergreifen.

## Die Demagogie verpufft

Duarte versuchte, die Maßnahmen mit geringfügigen Lohnerhöhungen zu verzuckern. Er richtete pseudopatriotische Appelle an alle Wählerkreise, so etwa an die Geflügelproduzenten, die Preise niedrig zu halten. Überschwenglich pries er „die Damen“ (Verkäuferinnen) auf den öffentlichen Märkten, die versprochen haben, den Fleischpreis einzufrieren... „Meine Damen, ich war sicher, daß ich auf Sie zählen konnte. Danke für Ihre Anstrengungen.“

Aber Duartes Demagogie wurde meistens mit Zynismus aufgenommen, sogar unter seinen eigenen traditionellen Anhängern. „Die armen Landarbeiter sind

diejenigen, die am meisten unter dem (Wirtschafts-)Gesetzpaket leiden werden“, sagte ein Führer der Demokratischen Volkseinheit (UPD) der wichtigsten Arbeiterorganisation der politischen Mitte im Lande. „Jetzt werden wir nicht nur wegen des Krieges sterben“, sagte Ramón Mendoza, ein anderer UPD-Führer, „sie verdammen uns auch noch dazu, vor Hunger zu sterben.“

Die UPD, die das Amerikanische Institut für die Entwicklung Freier Gewerkschaften (AIFLD) des AFL-CIO im Jahr 1980 als Duarte-freundliches Gegengewicht zu den linken Gewerkschaften gründete, übt jetzt harte Kritik am Präsidenten. Als Vergeltung hat das AIFLD seine finanzielle Unterstützung unterbrochen und beschuldigt die UPD-Führer, „Duarte nach links zu drücken“.

Mit UPD schließen sich in der neuen UNTS fast 100 Gewerkschaften zusammen, darunter die christdemokratische Zentrale der Salvadorianischen Arbeiter (CTS), eine Anzahl von größeren Gewerkschaften von Angestellten des öffentlichen Dienstes, der große Verband Kooperativen-Vereinigungen El Salvadors (COACES), die Nationale Vereinigung Salvadorianischer Erzieher (ANDES), die Gewerkschaft der Arbeiter des Salvadorianischen Instituts der Sozialen Sicherheit (STISS) und die drei wichtigsten von Linken geführten Verbände des Landes: der Nationalverband Salvadorianischer Arbeiter (FENASTRAS), der Einheitliche Gewerkschaftsverband El Salvadors (FUSS) und der Gewerkschaftsverband der Arbeiter der Nahrungsmittel-, Bekleidungs- und Textilindustrie (FESTIAVTSCES).

FENASTRAS ist El Salvadors größter Industrieverband, mit mehr als 17.000 beim Arbeitsministerium registrierten zahlenden Mitgliedern.

Alles in allem erklären UNTS-Führer, daß sie etwa 300.000 Arbeiter vertreten, was möglicherweise 90% der organisierten salvadorianischen Arbeiter in Stadt und Land entspricht.

Um die Ernsthaftigkeit ihrer Ablehnung des Duarte-Programms eindringlich unter Beweis zu stellen, organisierte die UNTS eine Demonstration von fast 50.000 Arbeitern am 21. Februar d.J. in San Salvador. Es war der größte Arbeiteraufmarsch gegen die Regierung, seit der Ausrufung des Belagerungszustands im Jahr 1980.

„Das Wirtschaftsgesetzpaket hat für alle Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen die Notwendigkeit geschaffen, sich auf einen gemeinsamen Standpunkt zuzubewegen“, sagte FENASTRAS-Führer Carlos Zometa. Er fügte hinzu, daß sogar die meisten Gewerkschaften der Mitte, die traditionell mit dem AFL-CIO verbündet sind, jetzt Duartes Politik zurückweisen, die „nicht nur einen unge-

rechten Krieg (finanziert), sondern einen Krieg, der gegen das Volk selbst gerichtet ist".

Die Regierung Duarte, die die Reaktion des Volkes vorhersah, versuchte, einen Teil der Schuld den USA zuzuschreiben, indem sie Journalisten mitteilte, daß der US-Botschafter Edwin Corr gedroht hätte, die Wirtschafts- und Militärhilfe der USA solange zurückzuhalten, bis der Präsident die Wirtschaftsmaßnahmen durchgesetzt hätte.

Ein Beamter der US-Botschaft bestritt jeglichen Druck auf Duarte und klagte stattdessen die Regierung an, sie versuche „die Gringos“ zum Sündenbock zu machen.

Tatsächlich jedoch glaubt die Reagan-Administration, die niemals große Begeisterung für die von Duarte oder dem AIFLD verfochtenen sozialen Reformen zeigte, sie habe militärische Erfolge erzielt.

Sie sieht die Schaffung eines angebotsorientierten wirtschaftlichen Umfelds als vorrangig an. Die Sorgen der USA über die Wirtschaft sind wohlbegründet, da die FMLN diese ebenfalls als ein zentrales Kampffeld des Bürgerkrieges betrachtet. Es wird angenommen, daß die salvadorianische Elite etwa 1 Mrd Dollar pro Jahr außer Landes schafft, und ausländische Firmen haben sich nicht gerade darum gerissen, in El Salvador zu investieren.

All das sind schlechte Nachrichten für

den AFL-CIO Vorsitzenden Lane Kirkland und seinen AIFLD-Stab. Da sich die ehrlicheren Führer der salvadorianischen Gewerkschaften der Mitte durch den AFL-CIO verraten fühlen und sich an die Medien wenden, mußte Kirkland die Schmach über sich ergehen lassen, das Salvador-Debakel des AIFLD auf der Titelseite des Wall Street Journal ausbreitet zu sehen. „AIFLD ist eine Katastrophe für Arbeiter“, sagte Adrian Esquino, Leiter der Salvadorianischen Nationalvereinigung der Ureinwohner (ANIS), einer Gruppe, die bis zum letzten Jahr vom AIFLD stark unterstützt wurde.

### Rebellion christdemokratischer Gewerkschafter

Der Umschwung in den Geschicken des AFL-CIO in El Salvador zeigt die Widersprüche der allgemeinen Außenpolitik des Verbandes in Lateinamerika, die darin besteht, antikommunistische Gewerkschaftsführer zu finanzieren und gleichzeitig zu versuchen, städtische und Landarbeiter davon zu überzeugen, daß die USA ernsthaft an sozialen und Wirtschaftsreformen interessiert sind.

Salvadorianische Arbeiter waren in den 70er Jahren der „unternehmerfreundlichen“ Gewerkschaftspolitik des AIFLD, wie sie es nannten, überdrüssig und gingen im allgemeinen zu den von Linken geführten Gewerkschaften über,

die mithalfen, die Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR) im Jahre 1980 zu gründen. Zum Schaden kam noch der Hohn, als die salvadorianische Oligarchie das AIFLD zwang, seine örtlichen Büros zu schließen, im Glauben, die AFL-CIO-Förderung von Landarbeiterkooperativen würde ihre Interessen bedrohen.

Aber sobald die Sandinistas in Nicaragua siegten und El Salvador sich auf den Bürgerkrieg zubewegte, kam das AIFLD wieder herbeigeeilt, um zu versuchen, wieder eine US-freundliche Gewerkschaftsströmung aufzubauen.

Während sich der AFL-CIO blind stellte, als Sicherheitskräfte und Todesschwadronen schätzungsweise 5.000 Arbeiter, die linken Gewerkschaften angehörten, ermordeten, half das AIFLD der UPD, eine Schlüsselrolle in den Bemühungen der Reagan-Administration zu spielen, eine glaubwürdige Regierung einzusetzen.

Das AIFLD brachte regelmäßig UPD-Führer nach Washington, um im Kongreß für US-Hilfe zu werben. Und bei den salvadorianischen Wahlen von 1984 leitete die US-Regierung mehr als eine halbe Mio Dollar über UPD-Kanäle in den Duarte-Wahlkampf. Die Bedingung für solche UPD-Unterstützung war der „soziale Pakt“ – ein Versprechen von Reformen und Friedensverhandlungen mit der FMLN –, der von Duarte und UPD-Vertretern unterzeichnet wurde. (...)

Der Zorn über Duarte ist in der salvado-

## Massenbewegung für den Frieden

Das Duarte-Regime, das 1985 die Wahlen u.a. mit dem Versprechen gewonnen hatte, dem Lande endlich den ersehnten Frieden zu bringen (siehe AIB 6 und 12/1985), sieht sich im Inneren einer zunehmenden Opposition gegenüber.

Das Regime erwies sich als nicht imstande, die territoriale Ausdehnung der Guerillaaktivitäten und die Vertiefung der Wirtschaftskrise, unter der nicht nur die Arbeiter und Bauern, sondern auch die städtische Mittelschicht und selbst die Unternehmer zu leiden haben. Dies hat dazu geführt, daß die Basis des Regimes immer mehr abbröckelt.

Dazu hat aber auch das weiterhin brutale Vorgehen der Armee gegen die Zivilbevölkerung beigetragen. Im Jahr 1985 wurden – nach Angaben der Rechtshilfestelle des Erzbistums von San Salvador – 1.657 Zivilisten durch die Streitkräfte und paramilitärische Gruppen umgebracht. Allein in den ersten drei Monaten d.J. wurden 608 Zivilisten ermordet.

Viele Tote gehen auf das Konto der Flächenbombardierungen der salvadorianischen Luftwaffe, die zum Ziel haben, die Bevölkerung zu vertreiben, um damit der Guerilla ihre Basis zu entziehen. 1,25 Mio Einwohner, – d.h. 1/4 der Bevölkerung – wurden dadurch zu Flüchtlingen gemacht, die größtenteils in Flüchtlingslagern in der Nähe der Städte vor sich hinvegetieren.

Obwohl die Städte kaum direkt von den militärischen Auseinandersetzungen betroffen sind, macht sich hier verstärkter Widerstand gegen den Krieg breit. Grund dafür ist, daß auch die Gewerkschaften, die vorher Duarte unterstützt hatten, immer stärker den Krieg und die US-Einmischung als Hauptursache für die Wirtschaftskrise ansehen.

Die neugegründete Einheit der Salvadorianischen Arbeiter (UNTS), der bisher größte gewerkschaftliche Zusammenschluß des Landes, hat die Beendigung des Krieges zu einer ihrer Hauptforderungen gemacht. So demonstrierten am 21.2.1986 zwischen 50.000 und 80.000 Salvadorianer auch für die Forderung an die Regierung, den Dialog mit der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí/Demokratisch-Revolutionäre Front (FMLN/FDR) fortzusetzen, den Duarte Anfang 1985 einseitig abgebrochen hatte.

Die UNTS verlangte gleichfalls die „Wiedererlangung unserer Unabhängigkeit“ und die Beendigung der Wirtschaftshilfe, die die Souveränität des Landes infrage stellt. Gleichzeitig forderte sie eine Beendigung der Menschenrechtsverletzungen und eine Rücksendung der Flüchtlinge außerhalb des Rahmens der Aufstandsbekämpfungspläne der Regierung.

Die Breite des Widerstands gegen die Wirt-

schafts- und Kriegspolitik des Duarte-Regimes verdeutlichte auch ein „Nationales Forum für das Überleben und den Frieden des salvadorianischen Volkes“, an dem 600 Delegierte aus 200 Organisationen vom 3.-4. April 1986 teilnahmen. Eingeladen hatten die UNTS und der Verband der Kleinunternehmer (FENAPES). Sie forderten ein Referendum, „um die Meinung des Volkes zur schwierigen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Situation festzustellen“. Weitere Forderungen zielen auf Hauptelemente der Aufstandsbekämpfung.

So verlangte das Forum, daß die Wirtschaftshilfe nicht für den Krieg, sondern für Sozial- und Wirtschaftsprogramme verwendet und daß das Ministerium für Kultur und Kommunikation – besser bekannt als das „Propagandaministerium“ – geschlossen werden soll. Außerdem sollen die Vertreter des Amerikanischen Instituts für die Entwicklung freier Gewerkschaften (AIFLD) und des Venezolanischen Instituts für Volksbildung (IVEPO), das vor allem die Partei Duartes unterstützt, des Landes verwiesen werden.

Nachdem die Regierung binnen 15 Tagen den Forderungen nicht zugestimmt hatte, führte die UNTS am 24. April d.J. einen vierstündigen Generalstreik durch, an dem – nach Angaben des ZDF – 350.000 Menschen teilnahmen. Zum 1. Mai d.J. wurde die

rianischen Arbeiterschaft stetig angewachsen, nachdem er fast keinen Punkt des sozialen Paktes zu Beginn seines Regimes eingehalten hat.

Als UPD-Führer begannen, Duarte herauszufordern, versuchten Vertreter des AFL-CIO sie zu zügeln.

Viele Anhänger der Mitte waren verbittert. „Der soziale Pakt hat uns mehr Probleme als Vorteile gebracht“, sagte der Generalsekretär der Zentrale der Salvadorianischen Arbeiter, Miguel Angel Vásquez. „Duarte hat seine Versprechen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, nicht gehalten. 2 Mio Salvadorianer sind arbeitslos. Und die Regierung führt gesetzwidrige Verhaftungen, Überfälle und Folterungen durch.“

Ein anderer Führer der Mitte meinte: „Wir setzten eine Menge Hoffnung in diese Regierung. Aber jetzt wird uns klar, daß sich nichts geändert hat... Duartes Handlungen haben uns aufgeweckt. Vorher haben wir geschlafen.“ Ein europäischer Diplomat sagte: „Wir erleben ein allmähliches Abbröckeln der Unterstützung Duartes im Volk.“

Die Bildung der UNTS wird dieses Abbröckeln noch sichtbarer machen. Dies zu einer Zeit, in der die nichtmilitärische Auseinandersetzung in El Salvadors 6 Jahren währendem Bürgerkrieg mehr Gewicht erhält.

Auf dem Lande hat massive US-Hilfe es den Streitkräften ermöglicht, etwas zu erreichen, was ein salvadorianischer Ge-

lehrter ein „dynamisches militärisches Gleichgewicht“ mit der FMLN nennt. Überschwengliche US-Strategen nennen es „Kriegführung niedriger Intensität“ und behaupten, daß die von der FMLN kontrollierten Zonen auf weniger als 20% des Staatsgebietes verringert worden wären.

Ein solches Prahlern ist trügerisch, da die FMLN sogar politische Kontrolle in Gebieten ausübt, in die die Armee routinemäßig eindringt. Für ihren Teil ist die FMLN darauf vorbereitet, einen langfristigen Abnutzungskrieg zu führen. Und sie hat ihre dezentralisierten Kräfte erfolgreich in alle 14 Provinzen des Landes hinein ausgedehnt. Fast die Hälfte aller Verluste der Armee werden jetzt durch Landminen verursacht. (...)

### FMLN/FDR politisch präserter

Diese Herangehensweise erlaubt es der FMLN, sich auf den Wiederaufbau ihrer politischen Präsenz unter Bevölkerungsteilen außerhalb der kontrollierten Zonen zu konzentrieren, die während der Schreckensherrschaft von 1980-83 in die politische Passivität hineinterrorisiert worden waren. Die sozialdemokratischen Parteien der FDR, die in den zurückliegenden Jahren hauptsächlich die diplomatische Arbeit im Exil in den Mittelpunkt stellten, bauen ebenfalls schrittweise ihre politische Arbeit innerhalb des Landes wieder auf.

Die USA hegen anscheinend immer noch die Hoffnung auf eine Spaltung von FMLN und FDR, besonders nachdem FDR-Leute Opposition gegenüber einigen neueren FMLN-Taktiken zum Ausdruck brachten, wie z.B. die Entführung von Präsident Duartes Tochter. Ein Bruch der revolutionären Allianz ist höchst unwahrscheinlich, aber die Tatsache, daß die FMLN/FDR eine Allianz ist, könnte klarer zutage treten.

Am Tag nach Duartes Ankündigung zur wirtschaftlichen Austerität (strenge Einschränkungen) nannte die FMLN die Maßnahmen in einer Erklärung über Radio Venceremos „eine wahrhaftige Kriegserklärung an das Volk“. Das Regime, so warnte die FMLN, kann sich des „Mißfallensbeweises des Volkes“ sicher sein.

„Die verschiedenen Sektoren des Volkes werden nicht auf die Straße gehen und Streiks ausrufen, weil ihnen die FMLN gesagt hat, daß sie es tun sollen. Die Sektoren des Volkes, die Arbeiter, werden sich selbst in Bewegung setzen und protestieren, weil ihre Frauen sie bitten werden, es zu tun, weil es nicht genug zu essen gibt; ihre Kinder werden sie darum bitten, weil es nicht genug Schuhe und Arzneimittel gibt. Alles in allem, sie werden protestieren, weil sie von Hunger und Armut getrieben werden... Sie müssen ihre Waffen aufnehmen ... und dem Regime gegenüber treten, das sie unterdrückt, tötet und verhungern läßt.“ (Quelle: Frontline, Oakland, 17.3.1986)

Dynamik der neuen Massenbewegung erneut deutlich. Über 100.000 Menschen nahmen an einer Demonstration in San Salvador teil. Die UNTS plant jetzt einen mehrtägigen Generalstreik, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die Verbitterung über die Regierung ist umso größer, als die FMLN/FDR sich wiederholt für eine Fortsetzung des Dialogs ausgesprochen hat. Im November 1985 hatte sie erneut ein umfassendes Verhandlungsangebot unterbreitet, in dem sie auf die Ursachen des Konflikts verwies, ihre Position erläuterte und öffentliche Verhandlungen forderte, an denen sich alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligen könnten.

Gleichzeitig hatte sie die Gültigkeit ihres Lösungsvorschlags vom November 1984 bekräftigt. Dieser Friedensplan sah drei Etappen zur Lösung des Konflikts vor. Zuerst

sollte ein Einfuhrstopp von Waffen und Munition für beide Seiten verkündet, dann die US-Militärberater abgezogen und die Sabotageaktionen der FMLN eingestellt werden. Die zweite Phase sah eine Einstellung der Feindseligkeiten und eine Regierungsbeteiligung aller Verhandlungsparteien vor. In der dritten Etappe sollten beide Armeen zusammgelegt und Wahlen durchgeführt werden.

Die auch in diesem Jahr wiederholten Dialogangebote der FMLN/FDR, die entsprechenden Forderungen der katholischen Kirche und der Massenorganisationen zwangen die Regierung Duarte schließlich zu manövrieren.

Am 4. März d.J. erklärte Duarte sich zu erneuten Gesprächen bereit, jedoch nur unter der Bedingung, daß die nikaraguanische Regierung Verhandlungen mit den Contras

aufnehmen würde. Diese Verknüpfung mit Nicaragua, die zur Unterstützung der Forderung Ronald Reagans nach 100 Mio Dollar für die Contras gedacht war, wurde sowohl von der nikaraguanischen Regierung als auch von der FMLN/FDR zurückgewiesen.

Letztere erklärte sich jedoch sofort bereit, den Dialog aufzunehmen. Ein Treffen zwischen FMLN/FDR-Vertretern und dem Erzbischof von San Salvador, Rivera y Damas, bei dem über die Wiederaufnahme des Dialogs beraten werden sollte, verhinderte Duarte, indem er die Verhaftung der Vertreter der Befreiungsbewegung androhte.

Die Unnachgiebigkeit Duartes, die sich auch in der Ablehnung einer Waffenruhe während der Ostertage äußerte, läßt sich angesichts seiner schwindenden sozialen Basis nur darauf zurückführen, daß die USA mit allen Mitteln zu verhindern suchen, daß die Guerilla an der Regierung beteiligt wird.

Eine Verhandlungslösung in El Salvador würde einer Niederlage der Aufstandsbe kämpfungspolitik der USA gleichkommen. Mit ihr würde sich gleichzeitig der Druck auf Washington verstärken, in der Auseinandersetzung mit revolutionären Staaten in der Dritten Welt, allen voran mit Nicaragua, auf militärische Mittel zu verzichten.

Angesichts des rasanten Wachstums und der Linksentwicklung der Massenbewegung sowie der militärischen Stärke der FMLN ist es jedoch fraglich, ob allein die Rückendeckung aus Washington dafür ausreicht, daß Duarte und die salvadorianischen Streitkräfte ihren Mordfeldzug fortsetzen können. N. Biver

Bombardierungen gegen die Zivilbevölkerung wie hier in Tenancingo haben 1,25 Mio. zu Flüchtlingen gemacht



# Didier Ratsiraka Nein zu Reagans SDI (II)



Entwicklung ist der neue Name des Friedens.

Es gibt nicht nur die endlose Spirale des Atomkriegs, die diesen Frieden bedroht. Es gibt auch die ungerechte Situation, die wir erleben, die alle Welt registriert und bei jeder internationalen Konferenz anklagt. (...)

Es bestehen zwei Welten: die der entwickelten oder reichen Länder, die in ihrer Mehrzahl seit einem Jahrhundert zuviel Mehrwert zum Nachteil der anderen Welt, genannt die Dritte, akkumuliert haben. Sie wurde zum Vorteil der entwickelten Welt beherrscht, ausgebeutet und ihrer Substanz entleert. Wenn man nicht schnell eine Lösung für dieses entscheidende Problem, für diesen Hauptwiderspruch findet, wird die Welt explodieren, das ist unausweichlich. (...) Um der doppelten wirtschaftlichen und militärischen Gefahr zu begegnen, die uns alle bedroht, ist die Schaffung von Gerechtigkeit notwendig – soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, wirksame internationale Gerechtigkeit!

### Die Maximallösung

Nun, was sind die möglichen Lösungen? In den unterentwickelten Ländern gibt es nicht viele Regimes, sei es der Rechten oder der Linken, die sich lange halten können, wenn sie 50-90% ihrer Exporterlöse dafür verwenden müssen, ihre Schulden und Schuldendienste zu bezahlen! Und die Reichen, die sich auf Kosten der unterentwickelten Länder bereichert haben, werden niemals gerne oder aus freien Stücken auf ihre übermäßigen Privilegien verzichten!

So ist die Explosion unvermeidlich, aber besser eine gewollte und kontrollierte als eine Zufallsexplosion! Aus diesem Grund ist die extreme Lösung, die wir vorschlagen, ein zehnjähriger „Schulden“-Streik (...) Um erfolgreich zu sein, muß der Streik finanziert und unterstützt werden. Aus diesem Grunde rufe ich alle Länder der Dritten Welt – unabhängig von ihrer Ideologie, Rasse oder Religion – auf, drei Dritte-Welt-Fonds zu gründen: wirtschaftlicher Entwicklungsfonds, Fonds für die Stabilisierung der Rohstoffpreise, Hilfsfonds für die Zahlungsbilanz. (...)

Wenn die industrialisierten Länder unsere Produkte kaufen oder ihre eigenen verkaufen wollen, müssen sie das durch die gemeinsame Kasse der Dritten Welt für den Handel tun, zu einem für alle Parteien gerechten und lohnenden Preis!

### Die mittlere Lösung

Aber die erdölproduzierenden und -exportierenden Länder werden nicht die einzigen sein, die für die Gründung der drei Fonds zahlen werden. Alle Länder der Dritten Welt oder der Peripherie müssen ihren Beitrag bezahlen – anstatt 50-90% ihrer Exporterlöse für den Schuldendienst an die Länder des „Zentrums“ auszugeben, können sie jedes Jahr 2-7% dieser Summe in die drei Fonds einzahlen und den Rest für Entwicklungsprojekte verwenden.

Das ist möglich, denn unsere Produkte werden wir teurer verkaufen und die Produkte, die wir aus den industrialisierten Ländern einführen müssen, werden wir zu vernünftigen Preisen erhalten. Statt einer Verschlechterung werden wir eine Verbesserung der „terms of Trade“ (Preisverhältnis zwischen Export- und Importgütern) beobachten können. Indem wir das tun, würden wir der Menschheit insgesamt einen Dienst erweisen, da wir dazu beitragen, den Rüstungswettlauf zu bremsen. Wir dürfen diese geschichtliche Chance nicht vertun! Alle heute unterentwickelten Länder werden endlich den allgemein gewordenen Fortschritt kennenlernen und werden danach in einem angemessenen Zeitraum und unter gerechten und vernünftigen Bedingungen ihre Schulden bezah-

len, weil sie die Mittel dazu haben werden. (...)

Diese erste Lösung ist das sicherste und radikalste Mittel, um Frieden, Gerechtigkeit, Fortschritt, Freiheit und Würde für alle zu sichern, die Palästinenser und die Schwarzen von Südafrika inbegriffen. Aber nicht alle Leute werden mit dieser extremen ersten Lösung einverstanden sein! (...)

Eine neue Wirtschafts-, Finanz- und Handelsordnung und eine Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil zwischen allen Ländern der sog. Gruppe der „77“ (Entwicklungsländer, die inzwischen über 100 zählen; d. Red.) und Europa im weiteren Sinn ist möglich!

Die Gesamtschulden der Dritten Welt machen ungefähr 1 Bio Dollar aus. Wenn ich von einem Kartell oder einer Gewerkschaft der unterentwickelten Schuldnerländer gesprochen habe, heißt das nicht, daß die Rolle der Gewerkschaft einzig im Streiken besteht. Denn das kann eine sehr schwere Krise nach sich ziehen, die alle treffen wird. Der Streik ist nur das letzte Mittel. Und so schlagen wir die Partnerschaft und offene und loyale Verhandlungen vor, die das gemeinsame Interesse schützen können. (...)

Wenn man die Gesamtschulden der Dritten Welt nimmt, heißt das, daß 100 Mrd Dollar im Jahr zu zahlen sind, wenn der Zinssatz 10% pro Jahr beträgt. Das ist unmöglich.

Die jährlich öffentliche und private „Hilfe“ ist lächerlich angesichts dieser astronomischen Zahlen. Die Lösung besteht darin, die öffentlichen nichtmilitärischen Schulden nach Verfahrensweisen zu streichen, die ich im dritten Lösungsvorschlag erläutern werde, und das die Gläubigerstaaten Garantien für die Privatschulden übernehmen. Ein zehnjähriges Moratorium ist nötig, um den verschuldeten Ländern die Zeit zu ihrer Entwicklung zu geben.



Der Vorteil einer solchen Lösung liegt darin, daß die Entwicklungsländer gegen Dürre, Hunger, Elend und Krankheit kämpfen können. Einmal entwickelt, wird jedes Land ein zahlungsfähiger Markt für die europäischen Produkte. Und die Länder der Dritten Welt werden ausschließlich an die Europäer exportieren mit der Auflage an diese, einen Teil an den Rest der Welt weiterzuverkaufen. (...)

So wird die Gesamtheit dieser Länder wirksam für Frieden und Abrüstung arbeiten oder zumindest das Wettrüsten bremsen können. (...)

Die Verhandlungen SALT, START, MBFR, KSZE usw. führen aufgrund der Probleme des Vertrauens und der Kontrolle nicht zum Ziel.

Aber wir können dieses Hindernis umgehen, indem wir die beiden Supermächte bzw. die beiden Blöcke hindern, das jetzige strategische Patt aufzugeben, das durch die nukleare Parität entstanden ist. Und wir können es umgehen, indem wir zugleich die Entwicklungs- und Schuldenprobleme der Dritten Welt lösen. (...)

## Die globale Lösung

Andererseits weiß jeder, daß es billiger ist, 10.000 Atomraketen zu vernichten, als ein Netz von Weltraumschilden mit Lasern, neutralen Partikelstrahlen oder elektromagnetischen Kanonen zu schaffen, um diese Raketen zu neutralisieren – wobei die Schilde zudem undicht sind, wie man gesehen hat!

Wenn die eine der Supermächte ihr SDI-Forschungsprogramm durchzuführen beginnt, wird die andere unausweichlich dasselbe tun. Zwar haben wir nicht die Mittel, sie daran zu hindern, ihre Waffensysteme (Forschungen) zu entwickeln. Doch können wir sie – angesichts der astronomischen Kosten für die Verwirk-

lichung dieser Systeme – durch politischen und wirtschaftlichen Druck und mit Hilfe ihrer Völker daran hindern, sie serienweise herzustellen.

Der große Vorteil dieser Handlungsweise besteht darin, daß sie es uns erlaubt, die Ehrlichkeit der beiden Supermächte zu testen, indem wir aufdecken, welche wirklich den Frieden wünscht und die UN-Charta respektiert.

Diese globale dritte Lösung wird Strategische oder Solidarische Entwicklungsinitiative getauft werden.

Die jährlichen Militärausgaben der industrialisierten Großmächte und Supermächte entsprechen ungefähr den Gesamtschulden der Dritten Welt: 1 Bio Dollar!

## Rüstungsgelder für Entwicklung

Nehmen wir an, diese Mächte kürzen ihre Rüstungsausgaben, und die beiden Supermächte verzichten auf die Ausführung des Kriegs der Sterne.

Man könnte 250 Mrd Dollar im Jahr freimachen (1/4 der Kosten von SDI)! Die Hälfte dieser Summe, 125 Mrd Dollar, wäre bestimmt für die Entwicklung der Großmächte und Supermächte, den Abbau der Arbeitslosigkeit usw.

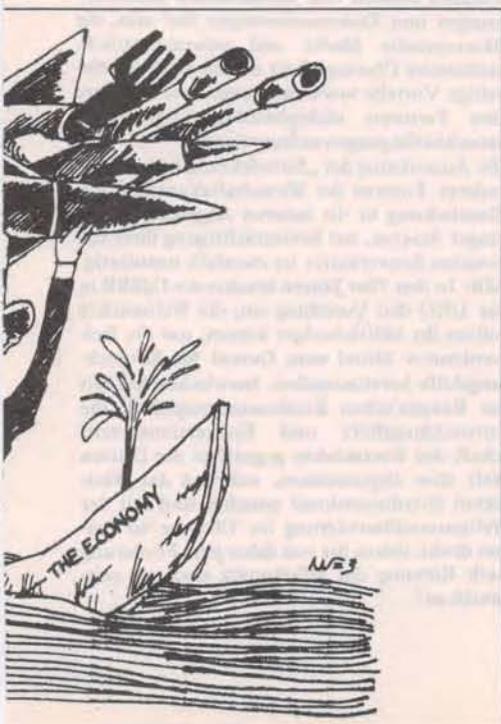
Der Rest, 125 Mrd Dollar, würde verwendet werden für die Entwicklung der Dritten Welt in Gestalt von langfristigen Krediten (new money) zu günstigen Bedingungen und um die alten Bankschulden zu refinanzieren, für die wir ein Moratorium von 10 Jahren und einen Zahlungszeitraum von 17 Jahren vorschlagen. Außerdem würden die nichtmilitärischen öffentlichen Schulden annulliert oder nach einer bestimmten Anzahl von Kriterien teilweise gestrichen. (...)

Es versteht sich von selbst, daß auch eine Kasse zur Stabilisierung der Rohstoffpreise geschaffen würde, so daß die Preise der landwirtschaftlichen und mineralischen Rohstoffe, die die Dritte Welt exportiert, bei einer jährlichen Erhöhung um 5% reguliert werden.

So können die Entwicklungsländer das Wachstum ihrer Wirtschaft planen! Denn alle mutigen Anpassungsmaßnahmen, die von uns bisher getroffen wurden, sind gescheitert wegen der Schwankungen der Rohstoffpreise, aber auch wegen dem unzureichenden Zufluß von neuem Geld.

Schließlich würde der Rüstungswettlauf bei Atomwaffen und im Weltraum merklich gebremst werden, weil sich die UdSSR, die USA und die anderen Großmächte an dieser globalen finanziellen Anstrengung für die Strategische Entwicklungsinitiative beteiligen müßten. (...)

(Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 361/18.11.1985, S. 37-44)



## Lateinamerika

### José Carlos Mariátegui Revolution und peruanische Wirklichkeit

Politische Schriften  
Auswahl und Einleitung  
Eleonore von Oertzen

Mariátegui (1894-1930), hervorragender Marxist und „Gremasci Lateinamerikas“ legt in diesen Schriften die Grundlage für eine Theorie der Revolution in den abhängigen kapitalistischen Ländern Lateinamerikas an Hand der realen Verhältnisse Perus.

176 Seiten u. 8 Fotoseiten  
DM 22,- Bereits erschienen

### Jaime Wheelock

#### Zwischen Krise und Aggression: Die sandinistische Agrarreform

In diesem Buch behandelt Jaime Wheelock einen der Eckpfeiler der Sandinistischen Revolution: die Agrarreform. Neben einer Menge wichtiger historischer Fakten über Landverteilung, Anbau, Export etc. geht er auf die aktuellen Probleme ein, das Land umzuverteilen und zu modernisieren in einer Zeit des anhaltenden Bürgerkriegs.

isp-pocket, 120 Seiten, DM 11,80  
Erscheint im Mai 1986

### Helga Ballauf (Hg.) Wir alle sind Nicaragua

Reportagen einer Münchner GEW-Arbeitsbrigade von einem längeren Aufenthalt in Nicaragua.

isp-pocket, 96 Seiten, DM 9,80

## Subskription

### James Dunkerley

#### Der lange Krieg Diktatur und Revolution in El Salvador

Eine der umfassendsten Analysen des erbitterten Kräftemessens zwischen Revolution und Konterrevolution. „...eine essentielle Lektüre für jeden, der die politischen Komplexitäten des politischen Prozesses in El Salvador verstehen will“. *Journal of Latin American Studies*.

340 Seiten und 8 Fotoseiten, Register  
DM 36,-. **Bei Subskription DM 28,-** (bei Zahlungseingang bis 31.8.1986 auf PSchA Ffm. 333 86-606, isp-Verlag.

isp-Verlag GmbH  
Postfach 11 10 17  
6000 Frankfurt/M  
☎ 069/73 67 97

## Sowjetunion und Dritte Welt

Ob die Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion bzw. des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zur sog. Dritten Welt eine echte Alternative zum Neokolonialismus verkörpern oder nicht, hieran scheiden sich hierzulande die Geister. Die authentische sowjetische Position zu Handel mit und Hilfe für die unterentwickelten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ist hingegen kaum verbreitet. Ähnlich verhält es sich mit dem Selbstverständnis der Sowjetregierung zur politisch-militärischen Seite ihrer Beziehungen zur Dritten Welt.

In Interviews mit namhaften sowjetischen Repräsentanten aus Politik und Wissenschaft wollen wir diese Informationslücke schließen helfen. In einem ersten Gespräch, das Wolfram Brönnner für das AIB führte, beleuchtet Mai Wolkow die Grundzüge der Wirtschaftsbeziehungen von UdSSR und RGW. M. Wolkow (geboren 1927) ist Wirtschaftswissenschaftler und seit 1971 Professor am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen in Moskau. Von 1966-71 war er im Sekretariat der UNO tätig.

### Interview mit Prof. Mai Wolkow Wirtschaftshilfe anderer Art

**AIB:** Kritiker der sowjetischen Dritte-Welt-Politik erheben den Vorwurf, die Industriemacht UdSSR komme im Unterschied zu den Westmächten (USA, EG, Japan) nicht ihrer UNO-Verpflichtung nach, 0,7% des Bruttosozialprodukts als Entwicklungshilfe aufzubringen. Wie sehen Sie das? Wie steht die Sowjetregierung überhaupt zum Anspruch auf Wiedergutmachung durch die Kolonialmächte?

**M. WOLKOW:** Die UdSSR ist weder gegenüber der UNO noch in irgendeiner anderen Form jemals irgendwelche Verpflichtungen eingegangen, 0,7% ihres Bruttosozialprodukts (BSP) als Entwicklungshilfe aufzubringen.

Die prinzipielle Haltung der UdSSR in dieser Frage ist in der Erklärung der Sowjetregierung „Über die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen“ vom 5. Oktober 1976 so dargelegt: „Es gibt und kann auch keine Gründe dazu geben, an die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder jene Forderungen zu stellen, die den Forderungen der Entwicklungsländer an die kapitalistischen Industriestaaten identisch sind, einschließlich der Forderung, einen fixierten Anteil des Bruttosozialprodukts als Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer unbedingt aufzubringen.“ Diese Haltung ist durchaus begründet.

Im Unterschied zu den Ländern des Westens sind die sozialistischen Staaten für die wirtschaftliche Rückständigkeit der jungen Staaten, die sie aus der kolonialen Vergangenheit vererbt haben, nicht verantwortlich. Sie haben nie irgendwelche Länder ökonomisch ausgebeutet und tun dies auch heute nicht.

Die sozialistischen Länder sind an den schweren Folgen, die aus Wirtschaftskrisen, Valutaabwertungen und anderen dem kapitalistischen Wirtschaftssystem eigenen Mißständen für die Entwicklungsstaaten erwachsen, gar nicht schuld.

Dennoch: Der Anteil des gesellschaftlichen Bruttonprodukts der UdSSR, der genutzt wird, um den Entwicklungsländern zu helfen, übertrifft die entsprechende Kennziffer der führenden Westmächte. Während die USA als Wirtschaftshilfe 0,23%, Großbritannien 0,41% und die BRD 0,47% ihres BSP zur Verfügung stellten (Angaben von Anfang der 80er Jahre), betrug die Hilfe der UdSSR zu eben dieser Zeit 1,3%.

**AIB:** Aber Ihr Land gehörte einmal zu den



großen Kolonialmächten...

**M. WOLKOW:** Das schon. Doch setzte die Oktoberrevolution von 1917 dem aus der Zarenzeit hinterlassenen kolonialen Erbe restlos ein Ende, nachdem das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen bis hin zur Lostrennung erstmalig in der Geschichte praktisch verwirklicht worden war.

Die ehemaligen zaristischen Kolonien Polen und Finnland sind im Ergebnis dieser Revolution frei geworden und gehören heute zu den selbständigen hochentwickelten Staaten. Die anderen Völker, die im ehemaligen zaristischen Rußland lebten, vereinigten sich freiwillig zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), in deren Rahmen die Umwandlung der ehemaligen zaristischen Kolonien, vor allem auf dem Territorium der heutigen asiatischen Republiken, in prosperierende hochentwickelte sozialistische Gesellschaften gewährleistet wurde. Ihrer Wirtschaftsentwicklung nach kommen sie heute dem gesamten übrigen Land gleich.

Den Völkern der ehemaligen Kolonien der westeuropäischen Staaten, der USA und Japans ist aber ein ganz anderes Los beschieden. Viele von ihnen werden auch heute noch der neokolonialen Ausbeutung seitens kapitalistischer Industriestaaten und transnationaler Korporationen ausgesetzt. Folglich kann die UdSSR in dieser Frage nicht in eine Reihe mit Staaten des Westens gestellt werden, die an ihren Wirtschaftsbeziehungen mit den Län-

dern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas heute noch mehr als zur Zeit der Kolonialreiche profitieren.

Ihre Gewinne sind heute dort viel höher als ihre „Entwicklungshilfe“. Die Jahresverluste der Entwicklungsländer durch die neokoloniale Ausbeutung seitens des Westens werden ungefähr auf 145 Mrd Dollar geschätzt, der Gesamtumfang der „Entwicklungshilfe“ über bi- und multilaterale Kanäle betrug 1983 jedoch weniger als 34 Mrd Dollar, oder nur noch 23% dieser Verluste.

**AIB:** Können Sie einige Anhaltspunkte zum Umfang und den Kernbereichen der sowjetischen Wirtschaftshilfe für die Dritte Welt geben?

**M. WOLKOW:** In der gleichen Zeit erweist die Sowjetunion wesentliche Hilfe für befreite Länder, die in der Periode 1976-80 die „Entwicklungshilfe“ seitens der USA auf das 1,6fache übertraf. Auf Angaben, die A.A. Gromyko auf der XXXVII. Tagung der UNO-Vollversammlung angeführt hat, geht hervor, daß der ökonomische und technische Beistand der UdSSR zur Entwicklung junger Staaten dem BSP-Anteil nach die entsprechende Kennzahl der USA um das 4,3fache übersteigt.

Aus Statistiken für 1983 geht hervor: Die UdSSR hat den Entwicklungsländern bei der Errichtung von 3.090 Volkswirtschaftsobjekten geholfen, 1.235 davon sind Industrie- und 577 Landwirtschaftsobjekte. Die unter sowjetischem Beistand gebauten Betriebe liefern etwa 40% des gesamten Roheisens und 25% des gesamten Stahls, die in den jungen Staaten Asiens und Afrikas produziert werden.

#### Abrüsten für Entwicklung

Die zwei Hüttenindustriegiganten Bhilal und Bokaro (Indien) liefern etwa 40% des gesamten indischen Stahls. Die mit Hilfe der UdSSR errichteten Kraftwerke erzeugen 70% des gesamten Stroms in Syrien, 60% in Afghanistan, 50% in Ägypten, 15-20% in Indien, Bangladesch, Irak und mehreren anderen Entwicklungsländern.

**AIB:** Welche Prinzipien legen Sie den Wirtschaftsbeziehungen mit der Dritten Welt zugrunde?

**M. WOLKOW:** Die UdSSR unterstützt die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO), nach der Durchführung von „globalen Verhandlungen“ über Hauptprobleme der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die ökonomischen Kontakte zwischen den Völkern müssen von willkürlichen Beschränkungen und Diskriminierungen frei sein, die ökonomische Macht und wissenschaftlich-technische Überlegenheit dürfen nicht für einseitige Vorteile sowie dazu ausgenutzt werden, den Partnern nichtgleichberechtigte Austauschbedingungen aufzuzwingen.

Die Ausnutzung der „Entwicklungshilfe“ oder anderer Formen der Wirtschaftskontakte zur Einnischung in die inneren Angelegenheiten junger Staaten, zur Beeinträchtigung ihrer nationalen Souveränität ist ebenfalls unzulässig.

**AIB:** In den 70er Jahren brachte die UdSSR in der UNO den Vorschlag ein, die Weltmächte sollten ihr Militärbudget kürzen, um die freiwerdenden Mittel zum Gutteil für Entwicklungshilfe bereitzustellen. Inzwischen hat mit der Reagan'schen Konfrontationspolitik die Entwicklungshilfe und Konzessionsbereitschaft der Westmächte gegenüber der Dritten Welt eher abgenommen, während das Wettrennen überdimensional zunahm und mit der Weltraummilitarisierung ins Uferlose zu steigen droht. Sehen Sie von daher jene Forderung nach Kürzung der Militäretats noch als zeitgemäß an?

**M. WOLKOW:** Die Sowjetregierung hat 1973 in der Tat in der UNO den Vorschlag eingebracht, die Militärbudgets der Weltmächte um 10% zu kürzen und einen Teil der eingesparten Mittel für die Hilfe an die Entwicklungsländer bereitzustellen. Dieser Vorschlag fand Unterstützung der Weltöffentlichkeit, und die UNO-Vollversammlung nahm eine entsprechende Resolution an, deren Entwurf von der sowjetischen Delegation vorgelegt wurde.

Doch wurde diese UNO-Resolution nicht erfüllt, obwohl sie juristisch auch heute in Kraft bleibt, da sie von niemandem aufgehoben wurde. In der nach der Annahme dieser Resolution vergangenen Zeit wurden die Ausgaben zu militärischen Zwecken in der Welt nicht um 10% gekürzt, sondern sie vergrößerten sich mehrfach: 1973 betragen sie 200 Mrd Dollar, 10 Jahre später 750 Mrd. Der Umfang der Hilfe für die Entwicklungsländer seitens des Westens ging jedoch in dieser Periode zurück.

Folglich ist die Erfüllung der 1973 angenommenen Resolution der UNO-Vollversammlung „Über die Kürzung der Militärbudgets der ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates um 10% und über die Bereitstellung eines Teils der eingesparten Mittel als Hilfe für die Entwicklungsländer“ heute noch aktueller.

### Der Ausbeutungsvorwurf ist haltlos

**AIB:** Kann man sagen, daß die Gorbatschow-Initiative vom Januar 1986 „Atomwaffenfrei ins Jahr 2000“ u.a. hieran wieder anknüpft?

**M. WOLKOW:** So ist es. Michail Gorbatschow hat in den erwähnten Abrüstungsinitiativen ausdrücklich darauf verwiesen, daß sie nicht nur die Atomwächte betreffen, sondern an die ganze Welt gerichtet sind.

Die immer akuter werdenden globalen Probleme – die Zerstörung der menschlichen Umwelt, die Notwendigkeit, neue Energiequellen zu erschließen, die Bewältigung der ökonomischen Rückständigkeit, die Bekämpfung von Hungersnot und Krankheiten – all das setzt die Beendigung des Wettrüstens notwendig voraus. Michail Gorbatschow hat dafür die Formulierung gebracht: Nicht Aufrüstung statt Entwicklung, das Gegenteil müsse erreicht werden: Abrüstung für Entwicklung. Die in die Billionen gehende Verschuldung, die Dutzende Länder und ganze Kontinente zu erdrücken droht, ist doch eine unmittelbare Folge des Wettrüstens. Über 250 Mrd Dollar, die jährlich aus den Entwicklungsländern herausgepreßt werden, entsprechen ziemlich genau der Summe des enormen Rüstungsetats der USA. Zwischen diesen Zahlen gibt es einen Zusammenhang.

Wir in der Sowjetunion sind der Meinung, daß jeder Schritt auf dem Wege der Befreiung von Kernwaffen, jede Reduzierung der Rüstungen den Völkern nicht nur mehr Sicherheit bringen, sondern auch ermöglichen wird, mehr Mittel für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen bereitzustellen.

**AIB:** Wenn Sie von globalen Problemen sprechen, an welche denken Sie da hinsichtlich der Entwicklungsländer besonders?

**M. WOLKOW:** Zunächst einmal an die Verschuldungskrise, in die die Entwicklungsländer durch die nichtgleichberechtigte Teilnahme an der kapitalistischen Weltwirtschaft, durch die egoistische Politik des Großkapitals sowie durch diskriminierende Handlungen der Regierungen von Westmächten hineingezogen wurden. Dann denke ich an das Lebensmittelproblem, das in mehreren afrikanischen Ländern in eine regelrechte Hungersnot hinüberwächst. Diese wie andere gegenwärtige Komplikationen der Entwicklungsländer könnten schnell überwunden werden. Flechtleute haben beispielsweise errechnet, daß zu der vollständigen Bekämpfung der Malaria, an der Mio Menschen in Entwicklungsländern leiden und die ihrer Volkswirtschaft großen Schaden zufügt, 450 Mio Dollar ausreichen würden, was den militärischen Ausgaben in weniger als 6 Stunden gleichkommt!

Um 1,2 Mrd Menschen in Entwicklungsländern mit Trinkwasser zu versorgen, muß man 3 Mrd Dollar oder 0,4% der jährlichen militärischen Ausgaben aufwenden. Mit denselben Mitteln, wenn sie in die Agrarproduktion investiert werden, kann der Hunger in der nächsten Zeit bekämpft werden.

**AIB:** Der Hauptvorwurf linker Kritiker gegenüber der Dritte-Welt-Politik der UdSSR ist der, die sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern seien insgesamt „ausbeuterisch“.

**M. WOLKOW:** Die Vorwürfe, die sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern hätten angeblich einen „ausbeuterischen“ Charakter, entbehren jeder Grundlage. Diese Beziehungen unterscheiden sich grundsätzlich von der neokolonialistischen Ausbeutung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas durch die Staaten des Westens. Auf Ausbeutung beruhende Beziehungen können ja gar nicht entstehen, wenn es keine Ausbeuter gibt. In der UdSSR gibt es keine transnationalen Korporationen, die als Hauptausbeuter der Entwicklungsländer in der westlichen Welt auftreten. Alle Wirtschaftsbeziehungen der UdSSR zu den Entwicklungsländern im Handel und in anderen Bereichen erfolgen auf staatlicher Ebene, auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils...

**AIB:** Welche Charakteristika sowjetischer Wirtschaftshilfe unterscheiden diese von neokolonialistischen Mechanismen, d.h. wo differiert sie strukturell und in der Langzeitwirkung? Und was ist Ihres Erachtens ganz anders an den Handelsbeziehungen UdSSR-Dritte Welt?

**M. WOLKOW:** Konkrete Unterschiede der sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen mit der Dritten Welt vom neokolonialistischen Mechanismus sind folgende:

**Erstens** behält sich die UdSSR kein Eigentumsrecht auf die von ihr auf dem Territorium von Entwicklungsländern gebauten Betriebe vor. Sie hat weder direkte noch Effekteninvestitionen in diesen oder irgendwelchen anderen Ländern. Alle mit sowjetischem Beistand in Entwicklungsländern errichteten Betriebe gehören zum nationalen Gemeingut dieser Länder, indem sie in der Regel einen Bestandteil des Staatssektors darstellen. Folglich kann von der Ausbeutung der Werktätigen in Entwicklungsländern durch die Sowjetunion in den mit ihrem Beistand gebauten Betrieben keine Rede sein.

Bekanntlich beträgt heute die Gesamthöhe der unmittelbaren Kapitalinvestitionen der Westländer in der Entwicklungswelt etwa 150 Mrd Dollar, wobei mindestens 3 Dollar Gewinn auf jeden von westlichen transnationalen Korporationen (TNK) investierten Dollar entfallen. In den Betrieben der TNK sind in den Entwicklungsländern etwa 12 Mio Menschen beschäftigt, die nur einen Bruchteil der Arbeitslöhne, die im Westen gezahlt werden, erhalten. Dazu kommen noch Arbeiter in Betrieben der Entwicklungsländer, die als Nachauftragnehmer der TNK auftreten.

Ferner muß hier der Gewinn von Effekteninvestitionen, der Gewinn von der Tätigkeit der Handelsvertreter der westlichen TNK, die bei örtlichen Bauern eingebrachte Ernten von Exportkulturen aufkaufen, und von anderen mannigfaltigen Formen der Unternehmertätigkeit der Westländer auf dem Territorium afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Länder mitgerechnet werden. Die UdSSR betreibt eine derartige Tätigkeit nicht. Gewinne aus Entwicklungsländern werden in die UdSSR nicht ausgeführt.

### Festigung des staatlichen Sektors

**Zweitens** beteiligt sich die UdSSR an keiner Ausbeutung der Entwicklungsländer durch Kreditmethoden, die in der letzten Zeit zur Hauptform der neokolonialen Ausbeutung geworden sind. Zu Beginn der 80er Jahre betrug die Auszahlung von Auslandsschuldzinsen 90% des gesamten Gewinns des ausländischen Kapitals in den Entwicklungsländern, die keine Erdölexporteure sind.

Die Kredite, die die UdSSR den Entwicklungsländern gewährt hat und auf die nur 4% der gesamten Auslandsschulden dieser Länder entfallen, spielen eine ziemlich gewichtige Rolle beim Aufbau der unabhängigen Wirtschaft der jungen Staaten und stellen ein wirksames Mittel der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit dar. Sie sind für die Produktion bestimmt und ihre Bedingungen sind nicht beschwerlich, sie sind auf 10-12 Jahre, manchmal auf 15 Jahre befristet. Die Jahreszinsen betragen 2-3%, während der Zinssatz der westlichen Kredite in manchen Fällen 20% im Jahr beträgt. Daher entsteht hier kein Problem der Auslandsschulden in dem Sinne, wie sie sich bei den Kreditbeziehungen zwischen Entwicklungsländern und dem Westen gestalten.

**Drittens** beutet die UdSSR die Arbeitskräfte der Entwicklungsländer auf sowjetischem Gebiet nicht aus. Indessen werden zumindest

Sowjetischer Ingenieur mit vietnamesischen Kollegen bei Bauarbeiten am hydroelektrischen Komplex in Hoa Binh



12 Mio Gastarbeiter in Nordamerika und Westeuropa schonungslos ausgebeutet, und Unternehmer profitieren dadurch ebenfalls.

**Viertens** gibt es keinen „Gehirnentzug“ aus Entwicklungsländern in die UdSSR, kein berechtigtes „brain drain“, das den Entwicklungsländern überaus großen Schaden zufügt und wodurch Staaten des Westens zusätzliche Gewinne einheimen.

**Fünftens** hat auch der Handel zwischen der UdSSR und den Entwicklungsländern einen anderen Charakter, denn er wird auf der Grundlage langfristiger Handelsverträge abgewickelt.

In vielen Fällen wird der gegenseitige Vorteil eines solchen Handels durch besondere Bedingungen bestimmt, die in bilateralen Abkommen fixiert werden und sich von den Bedingungen unterscheiden, die in der Handelspraxis zwischen Entwicklungsländern und westlichen Staaten auf der Grundlage des freien Unternehmertums üblich sind. Noch 1965 hob die UdSSR alle Zollgebühren für die Waren auf, die aus den Entwicklungsländern eingeführt werden.

Aus all dem resultieren die Wesenszüge, die die langfristigen Folgen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und der UdSSR kennzeichnen. Vor allem handelt es sich dabei um die Hilfe für die Entwicklungsländer bei der Erreichung der wirtschaftlichen Selbständigkeit durch die Schaffung von tragenden Zweigen, die selbst ein Wirtschaftswachstum sichern (Hüttenwesen, Maschinenbau und Metallbearbeitung, chemische Industrie, Herstellung von Baustoffen usw.), ferner um die Festigung des staatlichen Sektors der Entwicklungsländer, um die Erhöhung der Rolle der Planung in ihrer Wirtschaft, um die Verbreitung moderner Technik und Technologie, die an keine solche Einschränkungen gebunden ist, die für den „Technologietransfer“ aus dem Westen typisch sind. Und schließlich ist es die Hilfe bei der Ausbildung der nationalen Kader von Spezialisten, die die Überwindung der Rückständigkeit ihrer Länder selbständig anstreben und die Erkenntnisse der heutigen Wissenschaft und Technik im Interesse der gesamten Gesellschaft und nicht im Interesse einzelner Firmen und TNK auswerten können.

### Stimulanzpreise und Kreditvorteile

**AIB:** Welche Vorzugsbedingungen werden den dem RGW angeschlossenen Entwicklungsländern eingeräumt? Wie spiegelt sich dies etwa in der Preis- oder Kreditgestaltung wider?

**M. WOLKOW:** Eines der Prinzipien, von denen sich der RGW leiten läßt, ist die Ausgleichung der Wirtschaftsniveaus der ihm angehörenden Länder, die sich heute auf verschiedenen Stufen der sozialökonomischen Entwicklung befinden. Solche RGW-Mitglieder wie Vietnam, Kuba und die Mongolei genießen zusätzliche Vergünstigungen in vollem Maße.

U.a. gelten für diese Länder sog. Stimulanzpreise. Die Methode der Bildung von stimulierenden Preisen besteht darin, daß Preise für einzelne Erzeugnisarten dieser Länder für eine bestimmte Frist höher angesetzt werden, um die Vergrößerung ihres Exports auf den sozialistischen Weltmarkt zu stimulieren. Für die Mongolei z.B. wird schon seit vielen Jahren ein Stimulanzpreis für frischgefrorenes Fleisch angesetzt, bei Kuba für Rohzucker, bei Vietnam für Bananen und mehrere andere Waren. Gleichzeitig werden Industriewaren an diese Länder zu Präferenzpreisen verkauft.

Im Rahmen des RGW sind die Internationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ), die Internationale Investitionsbank (IIB) und mehrere Hilfsfonds für Entwick-

lungsländer (Sonderfonds, Stipendienfonds u.a.) tätig. Die IBWZ gewährt den Mitgliedsländern kurz- und mittelfristige Kredite zu 2-5% Jahreszinsen. Für die weniger entwickelten sozialistischen Länder (Mongolei, Vietnam) werden Jahreszinsen mit Vergünstigung festgelegt: 0,5-2%.

Langfristige und mittelfristige Kredite zur Finanzierung von Investitionen gewährt die IIB zu 3-5% Jahreszinsen, für die asiatischen RGW-Mitglieder sind die Jahreszinsen bis zu 1,5% herabgesetzt. Die Tilgungsperiode beträgt 10-12 Jahre, was für die Inbetriebnahme eines Objekts, das mit Hilfe des Kredits gebaut wird, durchaus ausreicht. In einzelnen Fällen werden für Kredite größere Fristen festgelegt, die nicht nur von RGW-Ländern genutzt werden. So wurden beispielsweise Afghanistan Kredite für geologische Schürfarbeiten nach Erdöl und nach Erdgas für 50 Jahre (Schonfrist beträgt 25 Jahre) und für den Bau mehrerer Industrie- und anderer Objekte für 30 Jahre (Schonfrist 8 Jahre) gewährt.

### Vergünstigungen nicht nur für RGW-Mitglieder

Unter Berücksichtigung zeitweiliger Schwierigkeiten der Entwicklungsländer verlängert die UdSSR Kreditfristen für 1-3-5 Jahre. Zu verschiedener Zeit wurden Kreditfristen für die Jemenitische Arabische Republik, Ghana, Guinea, Mali, Somalia, Kongo, Indonesien, den Sudan, die Volksdemokratische Republik Jemen und einige andere Länder verlängert.

Die Lage der Entwicklungsländer, mit denen die UdSSR auf wirtschaftlichem Gebiet zusammenarbeitet, wird dadurch wesentlich erleichtert, daß die Verrechnungen im Handel und Kreditverkehr hauptsächlich in Valuta des jeweiligen Landes oder in der kollektiven Währung des RGW erfolgen. Diese gewähren im Unterschied zu Dollars oder zu anderen westlichen Währungen den Entwicklungsländern die Möglichkeit, diese Verrechnungen selbst zu regeln.

Nur bei wenigen Verrechnungen, die in einer westlichen Währung abgewickelt werden, gelten dieselben Bedingungen, die von den Ländern festgelegt werden, deren Valuta zur Verrechnung angewandt wird. In einem solchen Falle ist die UdSSR gezwungen, ihre Geschäfte nach Prinzipien und zu Bedingungen des kapitalistischen Weltmarktes abzuwickeln.

**AIB:** Welchen Nichtmitgliedern des RGW in der Dritten Welt werden ähnliche Vorzugsbedingungen eingeräumt?

**M. WOLKOW:** Die Entwicklungsländer, die nicht Mitglieder des RGW sind, können ebenfalls mit ihm zusammenarbeiten. 1975 wurden entsprechende Abkommen über Zusammenarbeit mit dem RGW vom Irak und von Mexiko unterzeichnet. An der Arbeit von RGW-Tagungen auf der Ebene der Regierungschefs der Mitgliedsländer beteiligen sich Vertreter von Angola, Afghanistan, der Volksdemokratischen Republik Jemen, Laos, Moçambique, Äthiopien als Beobachter.

Jedoch sind die Ressourcen der RGW-Länder mit höherem Entwicklungsniveau nicht unerlässlich und müssen daher maximal effektiv genutzt werden. Dadurch werden die realen Maßstäbe der Wirtschaftshilfe, die sowohl den weniger entwickelten Mitgliedern dieser Vereinigung als auch den dem RGW nicht angehörenden Entwicklungsländern zukommt, im RGW-Rahmen bestimmt.

**AIB:** Inwieweit unterstützt die Sowjetregierung die Kernforderungen der Entwicklungsländer zur Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO)?

**M. WOLKOW:** Nach wie vor unterstützt die Sowjetunion konsequent die Entwicklungslän-

der in ihrem Kampf für die Neue Internationale Wirtschaftsordnung (NIWO).

An der Seite der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft wirkt die UdSSR in der UNO aktiv darauf hin, daß u.a. die noch 1979 angenommene Resolution der UNO-Vollversammlung Nr. 34/138 unverzüglich erfüllt wird. Sie sieht vor, im UNO-Rahmen „globale Verhandlungen“ zu solchen Themen wie Energiewirtschaft, Rohstoff, Handel, Entwicklung, Währungs- und Finanzfragen durchzuführen. Die Erfüllung dieser Resolution wird von Staaten des Westens sabotiert.

Die Haltung der UdSSR ist folgende: Fragen der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen müssen nicht in irgendwelchen Klausurtagungen oder im Rahmen der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, an der viele sozialistische Länder nicht teilnehmen und in der die Westmächte uneingeschränkt herrschen, sondern auf repräsentativen demokratischen internationalen Konferenzen in der UNO unter Teilnahme aller Länder erörtert werden.

**AIB:** Welche Differenzpunkte gibt es in Ihrer Sicht der NIWO zu der der Dritten Welt?

**M. WOLKOW:** Das von Entwicklungsländern vorgebrachte Programm zur NIWO unterstützend, stellt die UdSSR die Frage nach der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in breiterem Umfang. Eine solche Umgestaltung muß den gesamten Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und nicht allein jenen Teil davon erfassen, der die Beziehungen zu den Entwicklungsländern regelt.

### Unterstützung der NIWO

Die Politik der Diskriminierungen, unbegründeten Beschränkungen, des ökonomischen Drucks, der Erpressungen, Drohungen und Zwangsmaßnahmen, der Einmischung in die inneren Angelegenheiten, darf in der Praxis der internationalen Wirtschaftsbeziehungen überhaupt keinen Platz mehr haben.

Schon immer hob die UdSSR hervor, daß die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen mit der Gesundung der gesamten Situation in der Welt, mit der internationalen Entspannung, mit der Abrüstung und dem Verzicht auf Militärstützpunkte auf fremden Gebieten unzertrennlich verbunden ist.

Für den Kampf für die NIWO ist auch folgendes hinderlich: Einzelne verantwortliche Politiker der Entwicklungsländer betrachten unrechtmäßig alle Industriestaaten als eine Gruppe, ohne dabei zwischen ihren sozialökonomischen Strukturen und ihrem Verhalten zu den jungen Staaten zu unterscheiden. Das Problem darf nicht einfach auf den Unterschied zwischen dem „reichen Norden“ und dem „armen Süden“ bagatellisiert werden.

Hier geht es nicht um eine geographische, sondern um eine sozialökonomische und politische „Grenze“.

Die gerechte Forderung der Entwicklungsländer nach erweiterter Verfügungsgewalt über die realen Ressourcen, damit sie die Rückständigkeit überwinden können, muß in erster Linie durch Verringerung der Gewinne kapitalistischer Monopole und unproduktiver Aufwendungen für das von aggressiven Kräften aufgezwungene Wettrennen erfüllt werden.

Ohne darauf zu warten, bis die Prinzipien der NIWO allerorts in die Tat umgesetzt werden, baut die UdSSR ihre Wirtschaftskontakte mit Entwicklungsländern bereits auf diesen Prinzipien auf. Diese Kontakte hatten die Prinzipien der Gleichberechtigung, Gerechtigkeit, des gegenseitigen Vorteils, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen ja bereits traditionell zur Grundlage.

# Diskussionsforum Sowjetunion – Dritte Welt

## Kontroverses zum Seminar „Sowjetunion und Dritte Welt: Ausbeutung oder Hilfe?“

Vom 18.-20. April d.J. fand in Syburg bei Hagen ein Seminar „Sowjetunion und Dritte Welt: Ausbeutung oder brüderliche Hilfe?“ statt, an dem 35-40 Personen teilnahmen. Es wurde veranstaltet von der Dokumentationsstelle Bewegung Blockfreier Staaten (Dortmund) und der Südostasien-Informationsstelle (Bochum). Während sich Tagungsleiter Klaus Fritsche (Dokumentationsstelle, izsw-Autor) zum Einstieg am Selbstverständnis der sowjetischen Dritte-Welt-Politik alleine versuchte, standen zum Thema Wirtschaftsbeziehungen kontroverse Referate von Konrad Melchers (epd-Entwicklungspolitik) und Rainer Falk (AIB) zur Debatte. Zur sowjetischen Militärpolitik referierte der niederländische Politikwissenschaftler Henk W. Houweling (Amsterdam).

In seinem einleitenden Papier zum „sowjetischen Selbstverständnis“ gegenüber der Dritten Welt schlußfolgerte K. Fritsche, die sowjetische Dritte-Welt-Politik sei nicht von „Kontinuität gekennzeichnet“. Sie sei weiter „als Reflex auf ihre strategische Gesamtsituation“ und auf ihre nationalen Eigeninteressen zu sehen. Letztere aber liefen auf das Streben der UdSSR nach Unterordnung der Befreiungsbewegungen und Revolutionsregimes unter ihre „führende Rolle“ und unter die „Allgemeingültigkeit des sowjetischen Modells“ hinaus.

### Selbstverständnis ohne Authentisches?

Also gehe es um den „Versuch einer Großmacht, bestimmten Bewegungen ihre Hegemonie aufzuzwingen und aus der Zusammenarbeit mit diesen anderen Kräften einseitigen Nutzen zu ziehen. Von Gleichberechtigung und neuer Qualität internationaler Beziehungen“ könne daher im „Selbstverständnis nicht die Rede sein“.

Sich zu einer so weitgehenden Beurteilung sowjetischer Außenpolitik allein aufgrund ihres Selbstverständnisses vorzuwagen, ohne auf deren Inhalte und praktische Anwendung gekommen zu sein, ist schon ein Kunststück für sich. K. Fritsches Ableitungen erscheinen indes noch fragwürdiger, wenn er – wie W. Brönnner (AIB) anmerkte – seine Beweisführung auf Theoriebeiträge von Gesellschaftswissenschaftlern aus der DDR(!) und der UdSSR stützt, in seinem 9seitigen Papier aber keinen Zitatansatz aus offiziellen Dokumenten von Sowjetregierung und KPdSU bemüht. Diese nämlich bestimmen die Außen- und Dritte-Welt-Politik der UdSSR, ihre Prinzipien und Praxis seit 1917 und sind die maßgeblichsten Quellen. Prinzipien wie Internationalismus, Selbstbestimmungsrecht, friedliche Koexistenz usw., also die Grundbausteine des außenpolitischen Selbstverständnisses der UdSSR, wurden weder aufgeführt noch definiert.

Folgerichtig wurde in der Diskussion kritisiert, daß die unterstellte sowjetische „Eigenständigkeit“ bzw. „Eigeninteressen“ ohne eine inhaltliche Ausfüllung nichtssagend bleiben müßten. Weiter wurde von K. Melchers u.a. bemängelt, daß das Thema sowjetischer „Führungsanspruch“ im Weltsozialismus und gegenüber den Revolutionskräften der Dritten Welt von Fritsche nicht am sino-sowjetischen Konflikt der



60er Jahre festgemacht worden sei und dieser außerdem in den 80er Jahren sehr an Bedeutung eingebüßt habe.

Angezweifelt wurde ferner von W. Brönnner u.a. der Sinn von Fritsches „Diskontinuitäts“-These. Aufgrund stetiger internationaler Veränderungen und neuer Erfahrungen sei es auch für die Außenpolitik eines sozialistischen Staates unabdingbar, sich den veränderten Rahmenbedingungen je anzupassen, die eigene Position zu korrigieren bzw. weiterzuentwickeln. Selbstverständlich habe die Sowjetunion gerade in den Aufschwungsphasen der Befreiungskämpfe auch ihre – erbetene – äußere Unterstützung je neu darauf einstellen, die Gewichtung verändern müssen. Analog habe sie ihre anfangs auf Asien eingegrenzte Hilfe seit den 50er/60er Jahren kontinuierlich auch auf Afrika und Lateinamerika ausgeweitet.

### Kein Reflex auf Befreiungskämpfe?

Auf keinen Fall war und ist die sowjetische Dritte-Welt-Politik, wie Fritsche behauptete, ein bloßer Reflex auf die eigene strategische Gesamtsituation. Sie war stets zugleich ein Reflex auf die radikalen Umwälzungsprozesse in der Dritten Welt selbst und ein für diese maßgeblicher Stützungsfaktor. Wohl nicht zufällig unterschlägt das Fritsche-Papier denn auch, daß die UdSSR nach 1945 maßgeblich mit zum siegreichen Ausgang der Befreiungsprozesse gerade in Ostasien (sozialistische Revolutionen in China, Korea, Vietnam!) beitrug, oder daß sie u.a. mit ihrer Entkolonialisierungsinitiative 1960 in der UNO und Militärhilfe für die afroasiatischen Befreier, den völligen Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems aktiv mit vorantrieb.

Wichtigstes Leitmotiv für sowjetische Hilfsvergaben – so ein weiterer Kritikpunkt an Fritsche – sind nicht klassenneutraler machtpolitischer Eigennutz oder „Modellexport“-Gelüste, sondern objektiv gleichgerichtete Interessen des Antiimperialismus. Den gemeinsamen Kampf von sozialistischem Lager und

Befreiungskräften der Dritten Welt sieht die UdSSR daselbst als unverzichtbar für die historische Aufgabe an, das internationale Kräfteverhältnis weiter zuungunsten des Imperialismus zu verschieben (Indochinakrieg!). Dieses Zusammenwirken erweitert die Handlungsspielräume, bringt Nutzen für beide Seiten. Weshalb sonst stellte und stellt die UdSSR ihre größten Hilfsposten vorrangig gerade den von imperialistischen Interventionskriegen heimgesuchten oder meistbedrohten Revolutionskräften (siehe Kuba, Vietnam, Ägypten, Syrien, Afghanistan, Angola, Nicaragua) bereit?

In der Kontroverse über die Wirtschaftsbeziehungen UdSSR/RGW und Dritte Welt waren sich die Referenten darin einig, daß sie bei einem Anteil des „Ost-Süd“-Handels von ca. 2% am Welthandel („West-Süd“-Anteil 33%) und noch niedrigeren Werten beim Leih- und Investitionskapital (hier gegen Null) noch immer keinen strukturbestimmenden Einfluß auf den Weltmarkt nehmen.

### Wirtschaftsbeziehungen ohne Vorteile?

Die „Dominanz der westlichen Industrieländer ist also ungebrochen“, schickte K. Melchers seiner tabellarischen Übersicht voraus. Er hielt den RGW-Staaten immerhin zugute, daß es in ihrem Plansystem keinen Handelsprotektionismus und kein Verlangen von Lizenzgebühren für Technologietransfers gäbe – anders als im Westen.

Dessen ungeachtet bestritt er, daß die Wirtschaftsbeziehungen des RGW zur Dritten Welt alternativen oder emanzipatorischen Charakter trügen. Für letztere gehe es um nicht mehr als die Nutzung innerimperialistischer Widersprüche. Melchers begründete dies einmal mit einem sinkenden Anteil der Industriewarenimporte des RGW aus den Entwicklungsländern, mit einem „ungleichen Tausch“ im „Ost-Süd“-Handel auf der Basis von Weltmarktpreisen und mit dessen Labilität (trotz der Längerfristigkeit) sowie mit wachsenden Handelsüberschüssen des RGW, aus denen dieser zunehmend Devisengewinne zöge.

Zum anderen wandte er sich gegen die Projekthilfe des RGW („Warenhilfe wäre für die Industrialisierung besser“), gegen die teilweise Liefergebundenheit seiner Entwicklungshilfe und gegen eine zu geringe Förderung bäuerlicher Kleinwirtschaften, welche als Ärmstenhilfe

Hilfe der UdSSR für die sozialistischen und die Entwicklungsländer

	Sozialistische Länder		Entwicklungsländer	
	1970	1981	1970	1981
Elektrizitätswerke (geplante Kapazität) Millionen Kilowatt	18,0	38,4	3,8	7,7
Roheisen, Millionen Tonnen	15,2	22,7	2,5	12,4
Stahl, Millionen Tonnen	15,8	28,7	2,5	10,2
Walzgut, Millionen Tonnen	17,4	29,7	2,2	7,5
Kohle, Millionen Tonnen	22,7	38,6	2,7	4,8
Erdöl (Verarbeitung), Millionen Tonnen	17,0	37,7	8,6	11,6
Zement, Tausend Tonnen	2020	8390	50	1550
Länge der Eisenbahngleise, Kilometer	78	3203	642	1773

gemäß der Grundbedürfnisstrategie anzusehen sei.

Melchers leitete, unter Berufung auf Lenins Imperialismustheorie, aus alledem die Schlußfolgerung ab, die sowjetische Dritte-Welt-Politik sei „imperialistisch“: Neben „ausbeuterische Handelspraktiken“ (ungleicher Tausch) trete der Export von Leihkapital. Und da die UdSSR kein krisenfreies Land geworden sei, habe sie einen inneren Zwang zum Kapitalexport und zu Profiten aus dem „Ost-Süd“-Handel.

R. Falk (siehe auch AIB 11 und 12/1985) hielt dieser abstrusen Auslegung der Imperialismustheorie allerdings entgegen, daß dieser bei Lenin das privatkapitalistische Monopol und nicht – wie in der UdSSR – Gemeineigentum zugrundeliege. Die Wirtschaftsbeziehungen von UdSSR/RGW zur Dritten Welt unterschieden sich von denen des Neokolonialismus völlig schon dadurch, daß mit Hilfsprojekten keinerlei Eigentumsansprüche und kein Profittransfer wie im Fall der imperialistischen Multis verbunden sei. Trotz ihres begrenzten Umfangs stelle die RGW-Hilfe eine echte Alternative dar, vor allem da sie vorrangig den staatlichen Sektor (Eigentumsfrage!) bzw. die industrielle Basis der Entwicklungsländer stärke und da sie eine alternative Quelle für Investitionsgüter, Technologie, Kaderausbildung (kein „brain drain“!) usw. abgebe.

Die langfristig angelegten, planbaren Handelsbeziehungen des RGW nähmen einen stabilisierenden Einfluß auf die Märkte der Dritten Welt. Außerdem habe er alternative Formen der Preisgestaltung in die Handelsbeziehungen eingebracht, trotz eines Trends zur Valuta-/Devisenabrechnung und der Orientierung an den Weltmarktpreisen (teilweises Partizipieren am ungleichen Tausch). Von Vorteil für die Entwicklungsländer sei schließlich der Fakt, daß die UdSSR heute als einzige Großmacht für die Durchsetzung einer neuen Weltwirtschaftsordnung (NIWO) und für globale „Nord-Süd“-Verhandlungen eintrete.

Ob es in absehbarer Zeit gelinge, die Wirtschaftsbeziehungen RGW – Dritte Welt deutlich auszuweiten, hänge ausschlaggebend vom Gelingen eines Stopps des Wetttrübens ab. Hier wirke sich begünstigend aus, daß der „Nord-Süd“-Problematik unter Gorbatschow ein erhöhter Stellenwert beigemessen und diese mit einem neuen Radikalismus in der Abrüstungsfrage (Initiative atomwaffenfrei ins Jahr 2.000 u.a.) verknüpft werde.

Hinter dem Motto „Abrüstung für Entwicklung“ stehe das Ziel, mit weitreichenden Abrüstungsschritten auch eine neue Entwicklungsdynamik in Gang zu bringen, dem sozialistischen Lager wie der Dritten Welt neue Zugänge zur Ressourcenfreisetzung zu erschließen.

### Zankäpfel Preis- und Eigentumsfrage

Die kontrovers geführte Diskussion spitzte sich einmal auf die RGW-Ausrichtung am Weltmarktpreis zu.

K. Fritsche stellte wie gehabt (siehe UdSSR-Diskussionsforum in AIB 1-2 und 5/1986) eine stabilisierende Wirkung des RGW-Handels für Preisgestaltung, Märkte und Einkünfte der Dritten Welt grundsätzlich in Abrede. K. Melchers konzedierte zwar, daß dieser Handel verglichen mit dem vorherigen Zustand den Entwicklungsländern relative Vorteile eintrüge. Aber letztlich würden ungerechte Preise gemacht, z.B. wenn man Exportautos dort zu höheren Preisen anböte als im Westen.

R. Falk hielt dagegen, daß Dumpingpreise des RGW bei der gegenwärtigen Weltwirtschaftsstruktur keine Alternative zur Weltmarktpreisorientierung sein könnten. Die Preisfestset-

zung werde nicht nur am grünen Tisch, sondern mehr noch durch das reale wirtschaftliche Kräfteverhältnis entschieden, wobei die Westmächte und ihre Multis vorerst am längeren Hebel säßen.

Einschneidende Veränderungen seien hier nur über die Durchsetzung einer NIWO seitens Dritter Welt und RGW machbar. RGW-Vorzugspreise, -kredite usw. dürften bis dahin auf ausgewählte Entwicklungsländer, d.h. auf RGW-Mitglieder und –Assoziierte (meist sozialistisch orientierte), begrenzt bleiben.

Als zweiter Zankäpfel ist die Eigentums- bzw. Verstaatlichungsfrage hervorhebenswert. K. Melchers bestritt, daß die vom RGW bezweckte Stärkung des staatlichen Sektors in den Entwicklungsländern eine positive Wirkung zeitige. Auch sei das Kriterium Profittransfer kaum noch relevant, da die Multis zunehmend Gemischtunternehmen vorzögen und den traditionellen Kapitaltransfer hinter sich gelassen hätten.

Dem widersprachen R. Falk, W. Brönnner u.a., sei doch der Kapitalentzug in Mrd-Dollar-Höhen durch die Multis nach wie vor eine Säule des neokolonialistischen Ausbeutungsmechanismus. Nach wie vor auch widersetzen sich diese und ihre Regierungen vehement gegen jegliche Verstaatlichungsschritte in Ländern der Dritten Welt (Beispiel Allende-Sturz 1973) oder gegen die Verankerung von Nationalisierungs- und Kontrollrechten gegenüber transnationalen Konzernen in der UNO. Erst die Bereitschaft der UdSSR, den Entwicklungsländern zum Aufbau eigenständiger Grundstoff-, Schwer- und Verarbeitungsindustrien (Beispiel Ölwirtschaft im Irak) zu verhelfen, habe diesen überhaupt die Chance eröffnet, die totale Abhängigkeit vom Imperialismus teilweise abzumildern, abzubauen.

### Militärpolitik in der Sackgasse?

In seinem Referat zur Rolle der Dritten Welt in der sowjetischen Militärpolitik legte H.W. Houweling das Hauptaugenmerk darauf, den Erfolg bzw. Mißerfolg sowjetischer Militärhilfe an die Dritte Welt zu bilanzieren.

Zu einer mit den USA, Frankreich, Großbritannien vergleichbaren Weltmacht der Militärhilfe sei die UdSSR erst seit den 60er/70er Jahren aufgestiegen, nachdem es ihr gelungen sei, ein militärstrategisches Gleichgewicht mit den USA herzustellen. Seit Mitte der 70er Jahre spiele die „Supermächterivalität“ auf diesem Feld neben der Wirtschaftshilfe eine zunehmende Rolle, was die Entwicklungsländer zu ihrem eigenen Vorteil zu nutzen suchten.

Das wichtigste Vergabemotiv der UdSSR sei es, radikale Kräfte zur Schädigung des Westblocks zu fördern. Dabei handhabte man die Militärhilfe (derzeit größte nichtsozialistische Empfänger: Syrien, Libyen, Irak) unflexibler als die Wirtschaftshilfe. Dies belege die letzte Nichtefferizienz der großen Militärhilfe für Ägypten, Indonesien oder die Tatsache, daß ihr die großen Vergabeposten für Angola, Moçambique kein größeres machtpolitisches Gewicht verliehen.

Die Effizienz bemaß H.W. Houweling zweitens danach, ob sie vom gelungenen Aufbau „politischer Institutionen des sowjetischen Typs“ begleitet worden sei; Ägypten, Indonesien seien daher wegen ihrer prowestlichen Rückorientierung „Fehlleistungen“. Weiter bemaß er ihren Mißerfolg am „wirtschaftlichen Nichtnutzen“, der sich im weiteren Festhalten der Infrastruktur-Hilfsempfänger Algerien, Irak am Westhandel äußere. Sodann habe die UdSSR Rückschläge ihrer Flottenpolitik erlitten, etwa mit dem Verlust der Nutzungsrechte für die sowjetische Flotte in Somalia (Berbera).

Houwelings Fazit: Insgesamt könne nicht von

einem stetigen Zuwachs des militärpolitischen Einflusses der UdSSR in der Dritten Welt gesprochen werden. Die Militärhilfe sei kostspielig, der Bestand der unterstützten Mächte (Rückschläge Ägypten, China, Somalia, Irak) demgegenüber arg gering. Im Endeffekt bleibe die Sowjetunion gegenüber dem Westen „zweite Wahl“ für die Entwicklungsländer.

In einer Art Gegendarstellung kritisierte W. Brönnner zunächst, daß der Referent die Rahmenbedingungen sowjetischer Militärpolitik unzulässigerweise ausgespart habe. Seine Erwähnung der militärstrategischen Parität USA – UdSSR reiche da nicht hin, müsse man doch die ungleichen Voraussetzungen der Sowjetunion (Einkreisung, gefährdete Meereszugänge, geringe überseeische Militärpräsenz), ihre defensive Militärdoktrin sowie die mit dem Reagan'schen Erstschlags- und Interventionskurs heraufbeschworene erhöhte Bedrohung der UdSSR und ihrer Verbündeten in den 80er Jahren in Rechnung stellen. Daher gehe es erst recht nicht an, die nationalen Sicherheitsinteressen der UdSSR im eurasiatischen Raum völlig unberücksichtigt zu lassen.

Ein weiteres wichtiges Bemessungskriterium für die sowjetische Militärpolitik und -hilfe müsse es sein, inwieweit sie zur Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der antiimperialistisch-progressiven Kräfte beigetragen habe (Korea, China, Vietnam, Syrien usw.) und inwiefern durch sie die Verteidigungsfähigkeit revolutionärer Prozesse überhaupt erst abgesichert werden konnte (Mongolei, Kuba, Angola, Nicaragua usw.).

### Waffenexporte beiderseitig abbauen!

Außerdem erfolgten Militärhilfe und Rüstungsexporte überwiegend nach politischen, und weniger nach wirtschaftlichen bzw. kommerziellen Gesichtspunkten. Deshalb sei Houwelings Erfolgsbilanz folgerichtig schief geraten.

Der militärpolitische Einfluß von UdSSR/RGW (Kuba!) sei alles in allem gerade in den Zentren des Befreiungskampfes zusehends größer geworden, zudem auch auf Afrika und Lateinamerika ausgedehnt, dort verankert worden.

Andererseits betriebe die UdSSR keine den USA vergleichbare weltumspannende Stützpunktspolitik, trete sie für einen beiderseitigen Abbau der Rüstungsexporte ein; so habe Gorbatschow in einem Antwortbrief an den Club of Rome auf die Wiederaufnahme der 1979 von den USA einseitig abgebrochenen Waffenexport-Verhandlungen gedrängt.

K. Fritsche hielt Houweling entgegen, daß von einer zunehmend größeren, schädlichen Rolle der UdSSR in der Dritten Welt auszugehen sei. Sie sei nunmehr auf Platz 1 der Rüstungsexporteur vorgezogen (dies wurde bezweifelt, da die USA weiter in Front seien, die NATO-Großexporteur insgesamt doppelt so hoch wie die UdSSR lägen) und folge dabei vornehmlich wirtschaftlichen Eigeninteressen, z.B. Deviseneinspielung (Libyen).

R. Falk u.a. pflichteten Houwelings Aussage bei, die sowjetische Militärhilfe wolle in erster Linie antiwestliche Regimes bzw. Prozesse fördern, erfolge also vorrangig unter politischen Vorzeichen. Sie bejahten auch seine These, daß die Bedrohung der Dritten Welt durch die UdSSR nicht zugenommen habe, wohl aber durch den US-Neoglobalismus. Allerdings kritisierten sie Houwelings Nichtunterscheidung zwischen Militärhilfe und Rüstungsexporten.

P. Franke (Infostelle Südostasien) wandte ein, die UdSSR sei längst zu einer Interventionsmacht vom Kaliber der USA aufgestiegen (Afghanistan, Vietnam/Kampuchea). Dies

zeige die verstärkte Flottenpräsenz etwa im Pazifik und die Stützpunkterweiterung der UdSSR. W. Brönner hielt dem entgegen, daß die sowjetischen Interventionskapazitäten (Flugzeugträger, Landtruppen u.ä.) verglichen mit denen der USA verschwindend gering gehalten seien, was zuletzt A. von Bülow (SPD) Kräftevergleich aufgewiesen habe.

Verschwindend gering sei auch die Stützpunktpräsenz der UdSSR, die sich auf den Südjemen beschränke. Ansonsten habe man, so auch im Fall Cam Ranh (Vietnam), nur Hafennutzungs- und Bunkerrechte, was *Houweling* bestätigte. Vietnam/Kampuchea seien als sowjetisches Interventionsprojekt untauglich, gehe es hier doch seit der Aggression Pol Pots/Chinas (1977-79) um fortgesetzten Beistand und Wiederaufbauhilfe gegen die von China aufrechterhaltene äußere Bedrohung Indochinas.

## Sowjetische Selbstdarstellungen tun Not

Auch dem Argument, die UdSSR habe aus moralischen Gründen einseitig alle Waffenexporte einzustellen, widersprach W. Brönner. Verstärkte sowjetische Militär- und Waffenhilfe sei für Revolutionsregimes und Befreiungskämpfer gerade angesichts des kriegerischen Neointerventionismus der Reagan-Administration unverzichtbar, ja überlebensnotwendig.

Natürlich habe der Rüstungsexport an diverse bourgeoise bzw. proimperialistische Regimes auch negative Seiten (Mißbrauch gegen anti-imperialistisch-revolutionäre Kräfte im Innern, für Kriegsabenteuer wie seitens Somalias, des Irak usw.). Dennoch könne man nur eine beiderseitige drastische Kürzung dieser Exporte gutheißen, wolle man nicht der Benachteiligung von Angriffszielen wie Nikaragua, Angola, Zimbabwe, Libyen oder Syrien Vorschub leisten. Mit ihrem Eintreten für entsprechende globale Verhandlungen zum Waffenexportabbau habe die Sowjetregierung hier ein positives Zeichen gesetzt.

Bei ihrer Abschlußbetrachtung zum Seminar waren sich die Teilnehmer einig, daß das Hinterfragen der sowjetischen Außenpolitik, die streitbare Anlage und weitgehend sachlich gehaltene Diskussion durchaus ein Fortschritt für die bundesdeutsche Dritte-Welt-Szene sei. Zur Fortführung des Dialogs schlug K. Melchers die Einrichtung einer ständigen, breit zusammengesetzten Arbeitsgruppe vor.

Bemängelt wurde von verschiedensten Diskutanten, daß die Veranstalter zu wenig *Grundlagenmaterialien zum Selbstverständnis* und zu den Voraussetzungen der sowjetischen Außenpolitik vorgegeben hätten, was bei künftigen Treffen nachzuholen sei. Gewiß gibt es hier auch ein Publikationsdefizit im deutschsprachigen Raum, das im Rahmen der AIB-Serie und einem daran anknüpfenden Buchtitel zur Dritte-Welt-Politik von UdSSR/RGW (Erscheinungsdatum Jahreswechsel 1986/87) abgebaut werden soll.

In diesem Kontext wäre kritisch anzumerken, daß die Seminarreferenten mit Ausnahme von R. Falk die radikalen *Neuerungen sowjetischer Welt- und Dritte-Welt-Politik unter Gorbatschow* überhaupt nicht registrierten und auch in der Diskussion nicht anfassen mochten. Weiter wäre es sinnvoll, künftig in der Diskussion stärker auf die Möglichkeiten und Chancen zur positiven *Beeinflussung politischer Lösungen* der großen Probleme bzw. Konfliktfelder in der Dritten Welt abzuheben. Schließlich sollte man darangehen, *konsensfähige Kriterien für die Solidaritätsbewegung* zu erarbeiten und diese in den Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen (BUKO) einbringen.

Wolfram Brönner

Unverhofft ließ man Breyten Breytenbach (geboren 1939 in Bonnievale, Kap-Provinz), einen der anerkanntesten südafrikanischen Schriftsteller, Maler und Revolutionär, wieder einmal in den Apartheidstaat einreisen. Seit 1962 ins Pariser Exil abgedrängt, durfte der neben André Brink profilierteste afrikaanssprachige Literat Mitte April d.J. den höchstdotierten Literaturpreis, verliehen von der regierungsnahen Zeitung Rapport, in Pretoria entgegennehmen – und trotz seiner ätzend scharfen Festrede ungeschoren wieder ausreisen.

Anders war es ihm im Jahr 1975 bei einem geheimen Aufenthalt in Südafrika ergangen. Damals hatte er für die weiße Anti-Apartheid-Gruppe Okhela (Das Feuer entfachen) den Widerstand unter den Weißen im Untergrund zu organisieren versucht. Er war wegen „Terrorismus“ bis 1982 eingekerkert worden, davon 2 Jahre in Pretoria in Isolierhaft. Diesen Alptraum des Gefängnislebens im Apartheidstaat brachte er in seinem 1985 bei Kiepenheuer erschienenen Buch „Wahre Bekenntnisse eines Albino-Terroristen“ (Albino steht für weiße Ausnahmeerscheinung) zu Papier, eine Art Abrechnung mit einem terroristischen System.

Für seine ersten Gedichtbände „Die Eisenkuh muß schwitzen“ (1964) und „Das Haus der Tauben“ (1967) war der Rebelle einst mit den wichtigsten Literaturpreisen geehrt und von seinen weißen Landsleuten als Erneuerer des Afrikaans, der burischen Mischsprache, gefeiert worden. Man tilgte ihn auch nicht aus den burischen Schulbüchern, obgleich er im Pariser Exil eine „Mischehe“ mit einer Vietnamesin, d.h. einer „Farbigen“, eingegangen war. Und man ließ ihn 1973 probeweise für 3 Monate zur Literaturbegegnung ins Land. Jene Erfahrungen zeichnete Breytenbach in seinem Roman „Augenblicke im Paradies“ (Benziger 1983) auf. „Paradies“ verstand der Autor noch doppeldeutig, bewegten ihn doch bittere Kritik und Lebensfreude, Haß und Liebe gegenüber Südafrika nebeneinander.

Schon aber kündigte seine Geiselung des Apartheidsystems als „Gesetz des Bastards“ seinen Verwandlungsprozeß zum politisch engagierten Dichter an. War seine Dichtkunst vormals für ihn „eine Blume... Das einzig Absolute für mich: die Illusion... Das Ein und Aus meines Herzens: Verbundenheit und Entfremdung“, so erklärte er in seinen „Bekenntnissen“: „Der Prinz (Afrikaans) ist vergiftet. Was übrig blieb, ist eine Sprache für Grabinschriften.“ Seine Dichtung, sein ganzes Engagement in Sachen Südafrika zielte nun darauf, Gesellschaft und Literatur zu revolutionieren. Folgerichtig auch trägt sein soeben erschienener Essay-Band den Titel „Schlußakte Südafrika“ (Kiepenheuer).

Als der ungeliebt-verehrte Burensohn Breyten Breytenbach am 13. April d.J. im Staatstheater von Pretoria zur Festrede antrat, hofften die 500 Applaudierenden vergeblich auf versöhnlichere Töne des Preisträgers. Unbeirrt verknüpfte er seine Generalkritik am Apartheidstaat mit einem Appell an die Vernunft der Herrschenden, jetzt abzutreten, bevor es endgültig zu spät sei.

## Breyten Breytenbach Apartheid- reif für die Würmer

(...) Südafrika ist das Land des Geredes. Deshalb bleibt keine Zeit, „beide Seiten des Problems ins Auge zu fassen“, und noch weniger Zeit bleibt für den Hinweis auf „die Ausnahmesituation der Weißen in Südafrika“ – der ohnehin unsinnig ist. Was der Weiße in diesem Land seinen südafrikanischen Landsleuten angetan hat, antut und weiter antun wird, ist eine

ebenso alte wie vertraute Ungeheuerlichkeit.

Unrecht, Unersättlichkeit und die moralische Pose sind aus der Geschichte hinlänglich bekannt und bei vielen Völkern auch heute gängige Praxis. Die Beispiele reichen – mit kleinen Variationen – vom wollüstigen Schwachsinn eines Marcos, eines Papa Doc oder eines Idi



Amin bis hin zum autoritären System einer englischen Mother Doc.

Unterscheidet sich das Phänomen Südafrika von alledem nur graduell? Nein, denn der Beitrag der weißen Südafrikaner zum Reichtum des geistigen Erbes unserer Welt ist von besonderer Art: Sie haben den Rassismus zum Idealzustand erklärt und ihn dann zum Sakrament des Götzendienstes Apartheid gemacht.

## Götzendienst Apartheid

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Tatsache, daß wir der Apartheid zur Macht verhalfen, und dem Umstand, daß wir dann in ihre Macht gerieten und deshalb jetzt in dem endlosen Netz eines bürokratischen Totalitarismus gefangen sind. Selbst unser Denken und Träumen ist unweigerlich von seiner versteinerten Macht geprägt, von einer arroganten Minderwertigkeit, einem erschütternden Anderssein. Unsere Verkommenheit hat nicht ihresgleichen, und unsere Selbsterstörung ist unaufhaltsam.

Wenn von Träumen und Gedanken die Rede ist, dann muß auch vom Schreiben die Rede sein. Und damit komme ich auf den Grund meines Hierseins zurück. Man sollte sich nachdrücklich bemühen, das, was man zu sagen hat, sorgfältig auf seine Zuhörer zu beziehen.

Viel Blut ist geflossen, seit ich das letzte Mal öffentlich in Pretoria aufgetreten bin, bevor ich höchst unsanft unterbrochen wurde. Natürlich bin ich inzwischen etwas älter geworden, Schnecken haben ihre Visitenkarte in meinem Bart hinterlassen und meine Gesten haben eine gewisse Schwerfälligkeit. Ein anderer wichtiger Punkt – einer, der mit der Apartheid zu tun hat – ist, daß man sein Ich als doppelgesichtig erlebt.

Die Apartheid steht zwischen mir und meiner Menschenwürde, meiner Selbstachtung. Und wenn man den Vorzug genießt, zur Vernunft gebracht worden zu sein, dann wird das ganze Leben zur Suche nach Integration und Akzeptanz. Auch ich schleppe meinen Schatten mit mir herum, wohin ich auch gehe – den weißen Südafrikaner in mir. Und ich kenne die Gefahr – und möchte meine Schriftstellerkollegen vor ihr warnen –, die darin liegt, daß man sich allzu ausgiebig der Selbstkasteiung und den eigenen Widersprüchen widmet: zum Opfer zu werden, ist in der Tat eine sinnliche Ver-suchung. (...)

Ich bin gekommen, weil ich unwiderruflich an Afrika gefesselt bin, weil ich mich mit dem Befreiungskampf der Südafrikaner identifiziere. Wenn ich von mir sagen möchte, das Los sei mir gefallen aufs Liebliche, dann muß ich auch bereit sein, dorthin zu gehen, wo über das Los ent-

schieden wird.

Und ich habe kein Hehl daraus gemacht, daß es meine Pflicht sei, hier mein Herz zu offenbaren, es auf der Zunge zu haben, und sei es nur, um zu zeigen, daß es nicht tot ist. (...)

Was man hier vor Ort spürt, ist keineswegs zum Lachen. Man sieht sie schon von weitem – den Schmerz und den Zerfall.

Als Siphos Sepamla kürzlich drüben war, fragte er: „Warum interessiert ihr euch plötzlich so für Südafrika? Stört euch neuerdings etwa der Gestank unserer Leichen?“

Eine ähnlich rhetorische Frage hört man gelegentlich dort, wo von Boykottmaßnahmen die Rede ist, und wo Liberale plötzlich ihre tiefe Sorge um das Wohlergehen der Schwarzen entdecken, die ja schließlich als erste unter Sanktionen zu leiden hätten – Liberale, die geflissentlich übersehen, daß sie damit nichts als ein Echo der zynischen Regierungssphrasen liefern. Die Frage lautet: „Ist es nicht seltsam, daß ihr alle während der ganzen langen Jahre starr in die andere Richtung geschaut habt, daß ihr blind wart für die Ausbeutung und Erniedrigung der Schwarzen und jetzt, wo der Wolf vor der Tür steht, plötzlich die Hände ringt?!“

## Der Irrsinn ist mörderisch

Foucault hat dem Sinne nach gesagt, daß jede Gesellschaft sich ihre Irren selber schaffen müsse, daß Irrsinn für die Gruppe eine bestimmte Funktion habe, die Funktion der Absicherung ihres Gleichgewichts vielleicht. Aus der Distanz betrachtet verkörpern die weißen Südafrikaner das Element des Irrsinns innerhalb der Völkergemeinschaft.

Damit soll freilich nicht gesagt sein, daß jenseits des großen Wassers alles zum Besten stünde. In Frankreich, zum Beispiel, sitzen seit den jüngsten Wahlen nun auch dreißig erklärte Faschisten in der Nationalversammlung. Und trotz aller anderslautenden Lippenbekenntnisse wissen wir, daß Europa und Amerika sich auch weiterhin an den bitteren Früchten der Apartheid laben. Der Rassismus ist schließlich fester Bestandteil der Entwicklungsgeschichte der Weißen. Und doch – ich bezweifle, daß Ihnen voll bewußt ist, welches Maß an Verachtung Menschen in aller Welt inzwischen für Sie empfinden. (...)

Hierher mußte ich gebracht werden, um vor einem Kreis von Träumern und Denkern zu reden – vor Schreibern, die versucht haben, die Apartheid verdaulich zu machen. Ich dachte mir: Sollen sie mich doch anspucken; sollen sie doch behaupten, ich sei nur gekommen, um alles zu dramatisieren und den Unter-

## Die schwarze Stadt

wehr' dich bloß gegen die Bitterkeit, schwarzes Kind, und dagegen, daß du nicht träumen darfst; paß auf, daß du nicht erstickst – an roten Augen, aus dem Abfallleimer gefischt, daß dein Körper nicht dick und bitter wird – von der Galle, die dir hart in deinen Phosphoradern aufstößt (denn zwischen Leib und Leiche liegen nur ganze drei Buchstaben) stutze lieber ordentlich deinen Papajabaum, und merk' dir, die Wolken sind für dich da, und Ratten fressen Abfall ich will einer schwarzen Stadt gedenken, schwarzes Kind, in der auch du im düstren Licht auflebst; Seemöwen tanzen wie rote Ballons über dem Strand, auch du kannst lachen, und auch ausgelassen, kannst auch das Wasser streicheln und Sandburgen bauen, hüte dich bloß vor der schleimigen schwarzen Papajader Bitterkeit, schwarzes Kind – wer davon ißt, stirbt auf Bajonetten und in Bibliotheken, stirbt nur im Mund sieht, über dem Meer wird die Sonne geboren, und die Sonne hat eine rechte und eine linke Hand, und sie wird braun sein, so warm und so braun wie die Kitzelkämme der Hähne Breyten Breytenbach

gangspropheten zu spielen oder um Salz in die Wunden zu streuen. Lassen sie mich einseitig sein. Ich kann nicht anders.

Uns bleibt keine Zeit. Denn der Irrsinn, der in diesem Land herrscht, ist mörderisch. Dieser Staat – Anomalie und Anachronismus gleichermaßen – ist eine tödliche Gefahr. Er löst Erschütterungen in den Nachbarländern aus, bringt Mord und Rassenmord für die Mehrheit, die Vernichtung jener – Ihre Vernichtung –, in deren Namen Staatsterrorismus praktiziert wird.

Die Situation, in der wir uns hier an diesem Abend befinden, hat nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Während wir in Abendkleidern und Smokings unsere Feste genießen, stehen draußen Kinder – das Gewissen, der Freiheitswille unseres Landes – mit nichts als Steinen in der Hand dem Buren und seinen Söldnern gegenüber. Während Sie die Titelseiten nach Histörchen über ihren Rugby-Helden oder Lady Di absuchen, wird in den Seitenstraßen Blut vergossen, suchen Menschen in Mülltonnen nach Nahrung, sind die Gefängnisse überfüllt. Wenn das alles noch nicht Beweis genug ist für die Dickfelligkeit der Weißen, was dann?

## Der Totalitarismus überlebt nicht!

Und doch kann ich Ihnen nichts sagen, was Sie nicht schon wissen. Dieses Land hat schon ein weites Stück hinter sich auf dem Weg zu seiner Liberalisierung, zu einem Rassenkrieg, der wie ein Feuersturm über den Subkontinent fegen wird.

Und was wird danach bleiben vom weißen Mann in Südafrika? Eine Handvoll degenerierter Söldner vielleicht, die um

des Todes willen herumschießen, und jene, die zu arm waren, um nach Australien oder Kalifornien auszuwandern. Die feisten Herren der Politik werden sich dann natürlich auf ihre Weise in Sicherheit gebracht haben. Aber ich sollte mich nicht beklagen. Schließlich gehöre ich zu den Überlebenden – anders als Steve Biko oder Neil Aggett. (...)

Die politische Kaste der Weißen wird zu gegebener Zeit vor den Schranken der Geschichte stehen und verurteilt werden – für Verbrechen, die eine Minderheit beging, weil sie sich in ihrer Verwirrung für etwas Besonderes hielt, für die Korruption der Werte und Maßstäbe einer zivilisierten Welt, für die besessene Zerstörung eines Landes. Aus dieser Ecke kann keine Hilfe kommen.

Und Sie, das denkende Establishment – Sie sind der Staat, die Apartheid, der „Broederbond“, die National Party, die

such, die Bestie zu besänftigen, noch ein paar volle Hosen, noch eine euphemistische Umschreibung des Übels, zu den Unterdrückern zu gehören, einmal noch um des Staates willen in die Flammen der Gewalttätigkeit blasen, dazu noch ein wenig Verzerrung des Christentums und Manipulation Gottes, und das Land ist reif für die Würmer. Und wenn Sie glauben, dies zu sagen, zerreiße mir nicht das Herz, dann haben Sie mir nicht zugehört.

Zu spät also? Keine Alternative? Meine These ist einfach: Der südafrikanische Staat ist illegal, und er wäre es auch dann, wenn er ebenso viele Gesetze hätte wie Fallen und Beschränkungen. Er ist ungesetzlich, weil er durch und durch totalitär ist.

Das wenigste, was man von einer Gesellschaft verlangen kann, ist mit Sicherheit, daß sie gerecht und tolerant ist, und daß

Staat, obwohl bösartiger als je zuvor, zu zerbröckeln beginnt. Die Unordnung wird wachsen, und „Gesetz und Ordnung“ – mit demokratischen Mitteln ohnehin nie kontrolliert – werden noch mehr außer Kontrolle geraten. Aber der Totalitarismus wird nicht überleben. Wir können entweder zu seiner Umwandlung in einen demokratischen Staat beitragen oder mit der Zerstörung aller Normen fortfahren. Wenn wir uns nicht jetzt entscheiden, unser Gewicht in die Waagschale zu werfen, wenn wir jetzt nicht begreifen, daß die Wahl, vor der wir stehen, klar und eindeutig ist, dann werden wir ohne jeden Einfluß sein – eine Herde von Staatsvieh auf dem Weg zum Schlachthaus.

Ich habe versucht, etwas über die vielen großen Worte zu sagen, über die Worte, die im Mund ersterben, und über den grausamen wirklichen Tod, der in diesem Land unablässig das Wort hat. Aber es gibt auch die Herausforderung des Wandels, das heldenhafte Beispiel südafrikanischer Menschen, die dabei sind, sich mit eigenen Mitteln und allein auf sich selbst gestellt von Rassismus und Ausbeutung zu befreien. Wo sie sind, da ist auch unser Platz.

## Widerstand als einzige Wahl

Lassen Sie uns nicht bis an den Punkt kommen, da die Apartheid nur noch in Blut erstickt werden kann. Ändern wir uns nicht, so bedeutet das unsere endgültige Disqualifikation. Warum sonst hätte ich hier vor Ihnen mein Herz offenbaren sollen? Aus tiefster Überzeugung lehne ich die fatalistische Theorie von der Prädestination ab, die uns erst zu Mördern und dann zu Selbstmördern macht. Die Menschen, die hier leben, alle Menschen, werden das Land verändern, mag dieser Prozeß auch schmerzhaft sein.

Mit wirtschaftlichen Mitteln werden sie es tun, durch verantwortungsbewußtes politisches Handeln, durch soziales Engagement und durch ihre kulturellen Hervorbringungen. Und ohne jeden Zweifel können die weißen Südafrikaner dabei eine gewichtige Rolle spielen. Kehren Sie der Zukunft nicht den Rücken. Warten Sie nicht, bis es zu spät ist.

Viel, meine ich, spricht für einen geduldfreudigen und gleichwohl revolutionären Optimismus. Die schwarzen und braunen Freiheitskämpfer weisen den Weg. Mehr Nachdenken, ein umfassenderes Bewußtsein, ein feineres Gewissen, eine Moral des Widerstands: das alles wird sich entwickeln. Wir haben keine Wahl. Der in diesem Land geborene Weiße ist aufgerufen, dazu einen bedeutenden Beitrag zu leisten – einen Beitrag, der letztlich allen Südafrikanern zugute kommt. Aber der Zeitpunkt dafür ist jetzt.



Aus: Chicago Tribune

FAK (Federation van Afrikaanse Kulturverenigingen), die Akademie. Aus Feigheit oder weil man sie entpolitisiert hat, haben Sie es zugelassen, daß im Namen des Staates, der Autorität, des Gesetzes, der Sicherheit und des Überlebens Engstirnigkeit, Puritanismus und Bevormundung zu den prägnantesten Elementen der Kultur ernannt wurden. Und Sie sind auch mitverantwortlich dafür, daß Begriffe wie „Afrikaner“ und „Bure“ draußen wie hier im Lande gleichbedeutend geworden sind mit geistiger Rückständigkeit und moralischer Schwäche, mit Grausamkeit und Menschenmißbrauch, mit bewaffneten Totschlägerbanden und dem Stigma brutaler Gewalt. (...)

Ein bißchen Schlummer noch, ein bißchen Schlaf, ein letzter Verrat, bevor der Hahn kräht, noch eine hübsch formulierte Doppelzüngigkeit, noch ein Ver-

such, die Bestie zu besänftigen, noch ein paar volle Hosen, noch eine euphemistische Umschreibung des Übels, zu den Unterdrückern zu gehören, einmal noch um des Staates willen in die Flammen der Gewalttätigkeit blasen, dazu noch ein wenig Verzerrung des Christentums und Manipulation Gottes, und das Land ist reif für die Würmer. Und wenn Sie glauben, dies zu sagen, zerreiße mir nicht das Herz, dann haben Sie mir nicht zugehört.

Deshalb sollte er von den übrigen Staaten – wie es im einzelnen um ihre Motive bestellt sein mag – abgelehnt werden. Ein Minderheitenregime, das sich allein durch Unterdrückung an der Macht halten kann, hat sein Existenzrecht verwirkt. Denn es ist von seiner Konzeption her ebenso wie in der Praxis ein Unrechtsregime. Das politische Monopol muß demontiert werden.

Die Paradoxie liegt darin, daß der alte



Tony Seedat, und den Vertreter der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), Ngidimondjila Shoombe. Beide unterstrichen die große Bedeutung, die der Zusammenarbeit zwischen der BRD und dem Apartheidstaat, vor allem im wirtschaftlichen und militärischen Bereich, für die Aufrechterhaltung der Apartheid in Südafrika und Namibia zukomme.

Für das kommende Jahr setzte die AAB-Mitgliederversammlung drei Schwerpunkte der Solidaritätsarbeit in der BRD:

- o Aktionen gegen die Zusammenarbeit bundesdeutscher Einrichtungen mit dem Apartheidstaat, vor allem gegen den Rüstungsexport und die Geschäfte der Banken mit Südafrika;
- o Solidarität mit Nelson Mandela und allen anderen politischen Gefangenen in Südafrika und Namibia;
- o materielle Solidarität mit den Befreiungsbewegungen, wobei der ANC-Appell für die Aktion „Freiheitssender Nelson Mandela“ (siehe AIB 5/1986, S. 60) unterstützt wurde.

### Buchtips: Nikaragua

Angesichts der stärker werdenden Medienkampagne gegen Nikaragua ist es erfreulich, daß eine Vielzahl von Neuerscheinungen handfeste Gegeninformationen liefern.

Zwei im Frühjahr d.J. erschienene Bücher befassen sich mit der Agrarreform, der wohl wichtigsten Errungenschaft der nikaraguanschen Revolution:

- B. Graul, *Das Land denen, die es bebauen. Agrarreform in Nicaragua*, Weltkreis Verlag, Dortmund 1986, 224 S., 14,80 DM und
- J. Collins/F.M. Lappé/N. Allen/P. Rice, *Nicaragua: Was hat sich durch die Revolution verändert? Agrarreform und Ernährung im neuen Nicaragua*, Edition Nahua, Wuppertal 1986, 232 S., 24,80 DM

decken im wesentlichen dasselbe Themenspektrum ab: Situation unter Somoza, Ziele und Auswirkungen der Agrarreform, Aufbau von Kooperativen, Rolle der Landarbeiter- und Bauernorganisationen, landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte, Pflanzenschutz, Ernährungssituation usw. Neben den Erfolgen werden auch die Probleme dargestellt, die sich durch den Wirtschaftsboykott, die Contra-Angriffe, die ungerechten außenwirtschaftlichen Beziehungen, die Widersprüche der gemischten Wirtschaft, aber auch aus den Fehlern und der Unerfahrenheit der Sandinistas ergeben.

Der Unterschied der beiden Bücher besteht vor



Wegen illegalem Export u.a. dieses Typs von Luftabwehrkanonen wurden die Rheinmetall-Manager Mitte Mai d.J. zu Haftstrafen verurteilt

allem darin, daß es sich bei B. Graul um eine lebendige Reportage handelt, die die Probleme anhand von Besichtigungen und Gesprächen vor Ort anschaulich darstellt und mit Interviews, Redeausschnitten und Dokumenten angereichert ist.

Spannend geschrieben ist ebenfalls das erste deutschsprachige Buch, das sich ausführlich mit der Contra befaßt:

- H. Bahrmann/P. Jacobs/C. Links, *Killerkommando. Schwarzbuch: CIA und Contra*, Weltkreis Verlag, Dortmund 1986, 216 S., 16,80 DM

berichtet, wie die Contra aufgebaut wurde, wer sie mit Geld und Waffen versorgt und was ihre Terrormethoden und Ziele sind. Es zeigt zugleich die Verbindungen mit reaktionären Gruppierungen in den USA und ihre Einordnung in eine Internationale der Contras auf, die weltweit Ronald Reagans „Kreuzzug gegen den Kommunismus“ umsetzen soll.

### Rüstungsexporte

Am 14. April d.J. brachen die vier wegen illegalen Waffenexports angeklagten Rheinmetall-Manager am 29. Verhandlungstag des Prozesses ihr Schweigen. In ihrer Erklärung bestätigten sie im wesentlichen, daß Waffen und Produktionsanlagen in Milliardenhöhe, die für Saudi Arabien, Argentinien und Südafrika bestimmt waren, Umwege über die in den Papieren als „Endbestimmungsländer“ angegebenen Staaten Italien, Spanien und Paraguay genommen hatten.

Das politisch brisanteste Geschäft war der Verkauf einer Munitionsfüllanlage nach Südafrika, gegen das der UN-Sicherheitsrat 1977 ein un-

verbindliches Waffenembargo verhängte. Die Munitionsfüllanlage war nur eine Teillieferung für das komplette NATO-Artilleriesystem FH-70, wofür Südafrika Lieferungen aus einer ganzen Anzahl Staaten erhielt. Als die Anlage in einem südamerikanischen Hafen einlief, stand als „Serviceleistung“ Rheinmetallmanager F.W. Striepke bereit, um über die Weiterverpackung zu entscheiden.

Für illegal halten die Waffenhändler ihre Umweglieferungen übrigens nicht. Die Haftbefehle gegen drei der Manager wurden 2 Wochen später aufgehoben, da das mögliche Ergebnis des Verfahrens ihre Aufrechterhaltung nicht mehr rechtfertigte.

### Türkei-Depesche

Die Schwierigkeiten der Linken in der Türkei gehören zu den Gründen dafür, daß selbst in der BRD, in der fast 1,5 Mio türkische Staatsbürger leben, die Solidaritätsbewegung mit den Demokraten und Revolutionären aus der Türkei recht unterentwickelt ist. Unmittelbar nach dem faschistischen Putsch von 1980 gab es zwar angesichts der verschärften Repressionswelle einen deutlichen Aufschwung, aber die schrittweise Auflösung des Faschismus hat dieser Solidaritätsbewegung etwas den Wind aus den Segeln genommen. Das ist umso bedauerlicher, als die Türkei ökonomisch und durch ihre NATO-Mitgliedschaft militärisch eines der subimperialistischen Zentren gegenüber der sog. Dritten Welt darstellt und von hervorragender Bedeutung gerade für die sensible Region Nahost/Südwestasien ist.

Ein Wiederaufleben der Solidaritätsbewegung setzt eine möglichst umfassende Information über die verschiedensten Aspekte der Entwicklung dieses Landes, und nicht nur der Repression, voraus. Dazu will der seit Jahresanfang monatlich erscheinende Infodienst Türkei Depesche (TD) einen Beitrag leisten. Der TD wird vom „Informationsbüro Türkei“ herausgegeben, einer nicht parteigebundenen Initiative aus Resten der versprengten Solidaritätsbewegung. Die TD stellt unter verschiedenen Rubriken weitgehend unkommentiert Meldungen aus der bürgerlichen türkischen Presse zusammen. Die ersten Nummern enthielten mit unterschiedlichen Schwerpunkten Meldungen über Repression, Gerichtsverfahren, Parteien, Gewerkschaftsbewegung, ökonomische Lage, das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie über die ökonomischen und militärischen Beziehungen zum Ausland, darunter vor allem auch der BRD.

Der Umfang der TD liegt zwischen 12 und 16 Seiten. Ein Halbjahresabonnement kostet 10 DM. Adresse: Informationsbüro Türkei, Rühmkorfstr. 7, 3000 Hannover 1



## Südafrika

Die Gewerkschaftsverbände Südafrikas, darunter der 600.000 Mitglieder zählende Kongress der Südafrikanischen Gewerkschaften (COSATU) und die Anti-Apartheid-Organisationen Vereinigte Demokratische Front (UDF) und Azanische Volksorganisation (AZAPO) führten am 1. Mai d.J. einen Generalstreik durch, um gegen das Apartheidsystem zu protestieren und den 1. Mai als nationalen Feiertag durchzusetzen.

Nach Auskunft der südafrikanischen Handelskammer beteiligten sich an dem Streik in den Industriezentren zwischen 70 und 100%. In den Minen lag die Beteiligung – so ein Vertreter der Anglo American Corporation, dem größten südafrikanischen Konzern – bei 83%. Auch die Schüler und Studenten sowie vielerorts Lehrpersonal beteiligten sich an diesem Streik, so daß von der größten Anti-Apartheid-Aktion in der Geschichte gesprochen werden kann.

Gatsha Buthelezi, Chefminister der Transkei, gab gleichzeitig die Gründung einer Spaltergewerkschaft, der Vereinigten Arbeitergewerkschaft von Südafrika (UWUSA), bekannt. Auf der Gründungsveranstaltung trugen Buthelezi-Anhänger einen Sarg mit der Aufschrift „COSATU“ herum, ein deutliches Signal, daß nun auch im gewerkschaftlichen Bereich der Inkatha-Chef den Kampf gegen die Apartheid-Gegner aufnehmen will.

## Paraguay

In jüngster Zeit haben die Proteste gegen die Diktatur General Stroessners und die Repressionsmaßnahmen zugenommen.

Eine Versammlung von 500 Mitgliedern der Authentischen Radikalen Liberalen Partei (PLRA) wurde am 13. April d.J. durch einen Überfall von Milizen der Diktatur gewaltsam verhindert. 15 Mitglieder wurden verhaftet. Am 24. April d.J. trieb die Polizei eine Versammlung von 2.500 Menschen in der Hauptstadt Asuncion mit Tränengas und Gummigeschossen auseinander. Bei einer zweiten Protestversammlung am 26. April verprügelte die Polizei gar ein anwesendes ARD-Team und

Antidiktatorische Demonstration in der paraguayischen Hauptstadt Asuncion



einen bundesdeutschen Diplomaten. Am 3. Mai schließlich verwüsteten Milizen den unabhängigen Radiosender Nanduti.

Von der katholischen Kirche wurden die Übergriffe scharf verurteilt. Der Erzbischof von Asuncion, Ismael Rolon, verurteilte die blinde Gewalt. Die Kirche könne bei offenen Verstößen gegen die Menschenrechte nicht schweigen.

## Haiti

Auch 3 Monate nach dem Sturz des Diktators Duvalier (siehe AIB 4/1986) haben die neuen Machthaber unter General Henry Namphy bisher keine grundlegenden gesellschaftspolitischen Veränderungen durchgeführt. Sie bieten zudem weiterhin ein Bild der Zerrissenheit.

Nach mehrfachen Regierungsumbildungen trat Mitte April d.J. Wirtschafts- und Finanzminister Marcel Léger zurück. Gesundheitsminister Symphar Bontemps kündigte seinen Rücktritt an, wenn die finanziellen Forderungen seines Ministeriums nicht erfüllt würden. Seine Ankündigung erfolgte vor dem Hintergrund eines Streiks der Angestellten des Krankenhauses in der Hauptstadt Port-au-Prince, die damit gegen die unzulängliche Ausstattung protestierten.

Wie wenig sich seit dem Sturz Duvaliers verändert hat, wurde am 26. April d.J. erneut deutlich. An diesem Tag schossen Soldaten in eine Menge von 10.000 Menschen, die sich friedlich vor dem Gefängnis Fort Dimanche versammelt hatten, um den dort umgebrachten Gegnern der Diktatur zu gedenken. Acht Demonstranten wurden getötet.

## Chile

In Chile stand der diesjährige 1. Mai einmal mehr im Zeichen der Unterdrückung von Kundgebungen der oppositionellen Gewerkschaften durch das Pinochet-Regime.

Starke Polizei- und Militäreinheiten lösten in Santiago gewaltsam eine Demonstration auf, zu der der Gewerkschaftsdachverband Nationalkommando der Werktätigen (CNT) aufgerufen hatte. Nach Angaben von CNT-Präsident Rodolfo Seguel wurden mehr als 700 Personen

festgenommen. Polizei und Militär setzten Tränengas, Schlagstöcke und Wasserwerfer ein. Zahlreiche Demonstranten wurden durch Gummigeschosse verletzt. Unter den Festgenommenen befand sich auch CNT-Vizepräsident Manuel Bustos sowie ein hoher finnischer Gewerkschaftsfunktionär, der zu Besuch in Chile weilte.

Am Vorabend des 1. Mai hatten schwerbewaffnete Polizei- und Militäreinheiten in mindestens vier Armenvierteln von Santiago über 2.000 Personen festgenommen und zum Verhör in ein Fußballstadion gebracht. Über 100 von ihnen sollen wegen „krimineller“ und „politischer Delikte“ weiter in Haft gehalten werden.

Bereits am 26./27. April d.J. hatte die „Versammlung der Bürgerschaft“, ein Zusammenschluß aller sozialen Organisationen Chiles, die Wiederherstellung der Demokratie noch vor dem Mandatsende des Staatspräsidenten im Jahr 1989 gefordert. In der „Versammlung“ sind Gewerkschaften, Berufskammern, Schüler-, Studenten-, Elendsviertel- und Bauernorganisationen, ein Spektrum von den Kommunisten bis hin zu den Christdemokraten, vertreten. Sie ist damit das breiteste oppositionelle Bündnis seit dem Militärputsch 1973.

Sie setzte General Pinochet eine Frist bis zum 30. Mai d.J., um auf ihre Forderungen einzugehen. Danach soll über einen Generalstreik und Aktionen des zivilen Ungehorsams entschieden werden.

## Pakistan

Am 10. April d.J. – 3 Monate nach Aufhebung des Kriegsrechts und einer damit einhergehenden minimalen Handlungsmöglichkeit für politische Parteien – kehrte die pakistanische Oppositionspolitikerin Benazir Bhutto nach 2jährigem Londoner Exil nach Lahore (Pakistan) zurück. Sie ist die Tochter des früheren Ministerpräsidenten Zulfikar Ali Bhutto, der 1977 vom jetzigen Diktator Zia ul-Haq durch einen Militärputsch abgesetzt und aufgrund einer fingierten Anklage zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war.

Millionen Menschen umjubelten die Führerin der Pakistanischen Volkspartei (PPP) bei mehreren Großkundgebungen. B. Bhutto begründete ihre Rückkehr u.a. damit, daß sie die in sich zerstrittene Opposition gegen Zia einigen und aktivieren wolle. Ihr Ziel ist ein gewaltloser Machtwechsel nach dem philippinischen Vorbild von Cory Aquino.

Sie forderte Präsident Zia ul-Haq auf, „umgehend aufrichtige, freie Wahlen mit Zulassung von Parteien“ zu ermöglichen. Dies wurde von Zia mit der Begründung abgelehnt, die Opposition solle sich bis zu den von ihm für 1990 angesetzten Wahlen erst einmal profilieren. B. Bhutto will Anfang Mai d.J. ihr Wahlprogramm vorstellen.

## Indien

Im nordindischen Bundesstaat Punjab ist der Goldene Tempel von Amritsar, das höchste Heiligtum der Sikh-Religionsgemeinschaft, Ende April d.J. zum zweiten Mal von Truppen der indischen Zentralregierung gestürmt worden.

Zuvor hatten Führer militanter Sikh-Organisationen auf einer Pressekonferenz im Goldenen Tempel die Bildung eines unabhängigen Staates „Khalistan“ sowie die Einsetzung einer Nebenregierung im Punjab und den Aufbau

einer eigenen Sikh-Armee angekündigt. Im Innern des Tempels hatten sich etwa 150 militante Sikhs sowie Frauen und Kinder verschanzt, als Polizisten, paramilitärische Verbände und Eliteeinheiten mit dem Sturm auf das Heiligtum begannen.

Nach Mitteilung der Polizei eröffneten die Sicherheitskräfte das Feuer, als schwerer-schwingende Sikhs es ablehnten, den Tempelkomplex zu verlassen. Dabei wurde ein 12-jähriger Sikh getötet. Insgesamt wurden etwa 350 weitere Personen verhaftet. Das eigentliche Ziel der Aktion, die Rädelführer der militanten Sikhs festzunehmen, konnte allerdings nicht erreicht werden, da diese zuvor geflohen waren.

Im Sommer 1984 hatten indische Militäreinheiten den Goldenen Tempel schon einmal gestürmt. Damals sollen mindestens 1.200 Menschen ums Leben gekommen sein.



Der neue DVPA-Generalsekretär M. Najibullah

## Tunesien

Am 30. April d.J. wählte ein „außerordentlicher Kongreß“ der Generalunion der Tunesischen Arbeiter (UGTT) eine neue Führung, die ihre Unterstützung für die regierende Sozialistische Destour Partei (PSD) bekundete. Damit haben die Angriffe der Regierung gegen die UGTT einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Nach dem Scheitern der Lohnverhandlungen im März 1985 und anschließenden Streiks hatten Anhänger der Regierung die regionalen Büros der UGTT gestürmt und die gewählten Organe aufgelöst. Der Generalsekretär der UGTT, Habib Achour, wurde am 31.12.1985 eingekerkert und zu insgesamt 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die 1984 gewählte Führung der UGTT, die am 12.1.1986 Achour als Generalsekretär bestätigte, bezeichnete den jetzigen Kongreß als illegal und statutenwidrig. Sie erklärte, daß sie die UGTT weiter führen werde, forderte die Freilassung der inhaftierten Gewerkschafter und die Rückerstattung der Gewerkschaftsbüros.

Aufgrund der neokolonialistischen Politik der PSD-Regierung hatte sich die UGTT in den 70er Jahren zunehmend von der PSD gelöst und kämpferische Positionen bezogen. Jedoch waren bisher alle Versuche der Regierung, die UGTT durch Spaltung und Verhaftung ihrer Führer zu zerschlagen, gescheitert.

## Afghanistan

Einen Tag vor der Wiederaufnahme der Afghanistanverhandlungen in Genf (5. Mai d.J.) wurde Babrak Karmal (57) als Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) abgelöst. Er bleibt allerdings Präsident des Revolutionsrates (Staatsoberhaupt) und DVPA-Politbüromitglied.

Zu seinem Nachfolger gewählt wurde der Arzt und vormalige Geheimdienstverantwortliche des Revolutionsrats, Mohammed Najibullah (39), ein Paschtune aus der östlichen Grenzprovinz Paktia. Im April d.J. war es dort bei einer Offensive afghanisch-sowjetischer Truppen gelungen, die strategisch wichtige Rebellensbasis Schawar zu erobern – ein neuerlicher Rückschlag für die Contras.

Bei der 7. Genfer Verhandlungsrunde über eine politische Lösung des Afghanistan-Konflikts legte UN-Untergeneralsekretär Diego Cordovez einen kompletten Vertragsentwurf vor (siehe auch AIB 5/1986). Laut Cordovez sollen die Außenminister Afghanistans und

Pakistans auch in Punkt 4, phasenweiser Abzug der sowjetischen Truppen und Nichteinmischung, im Grundsatz zugestimmt haben. Bei seinen vorausgegangenen Gesprächen in Moskau und Washington sei er außerdem auf Bereitschaft gestoßen, Garantien für die Nichteinmischung abzugeben.

## Weltwirtschaftsgipfel

Der Wirtschaftsgipfel der sieben führenden kapitalistischen Industriestaaten (USA, Japan, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada), der vom 6.-8. Mai d.J. in Tokio stattfand, stand ganz im Zeichen der weltweiten Kampagne der Reagan-Administration gegen den „Terrorismus“.

Washington gelang es in einer Resolution zu diesem Thema, Maßnahmen „gegenüber jedem Staat...“, der offenkundig an der Finanzierung oder Unterstützung des internationalen Terrorismus beteiligt ist und insbesondere gegen Libyen“, festzulegen. Dazu gehören u.a. ein Verbot von Waffenlieferungen und Maßnahmen gegen die diplomatischen Vertretungen solcher Staaten. Damit ist es den USA ein Stückweit gelungen, die anderen Westmächte in ihre aggressive Politik gegen antiimperialistische Staaten der Dritten Welt einzubeziehen, auch wenn ein Wirtschaftsboykott gegen Libyen am Widerstand der anderen Gipfelteilnehmer scheiterte.

Wirtschaftspolitisch erschöpfte sich der Gipfel vor allem in einigen Absichtserklärungen zur Erhöhung der Wechselkursstabilität und zur Verringerung der Agrarüberschüsse. Wie bereits bei früheren Gipfeln (siehe Bonner Gipfel in: AIB 6/1985) bekannte man sich auch diesmal zum Kampf gegen den Protektionismus. Das momentane Wirtschaftswachstum wurde als Bestätigung der bisherigen Politik betrachtet.

Den Entwicklungsländern verhiess man erneut eine Lösung ihrer Probleme durch Wirtschaftswachstum, niedrige Zinsen und offene Märkte in den imperialistischen Staaten. Zur Lösung der Verschuldungsprobleme beließ man es bei den alten, erfolglosen Rezepten: Austeritätsprogramme und Gewährung höherer Kredite.

## Sudan

Ein Jahr nach dem Sturz der Diktatur Gaafar Numeiri (6.4.1985; siehe: AIB 5/1985) fanden vom 1.-12. April d.J. Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung statt. Von den 22 beteiligten Gruppierungen erhielt die

von der islamischen Ansar-Sekte unterstützte bürgerliche Umma-Partei die meisten Stimmen. Sie gewann 99 der 301 Sitze. Die Demokratische Unionistische Partei (DUP), deren Anhänger zumeist der zweiten großen islamischen Sekte angehören (Khatmiya), erhielt 63 Sitze.

Überraschend konnte die fundamentalistische reaktionäre Nationale Islamische Front (NIF) 51 Sitze erringen. Sie gewann 23 der 28 für Akademiker reservierten Sitze und wurde stärkste Partei in der Hauptstadt Khartum. Die restlichen Sitze entfielen auf zumeist laizistische Parteien, darunter zwei auf die Sudanesischen Kommunistische Partei (SCP).

Als einzige der kandidierenden Parteien hatte die NIF Numeiri unterstützt. Sie tritt für die Beibehaltung des islamischen Rechts (Shari'a), das auf barbarischen Strafen beruht, ein und fordert die militärische Niederschlagung der antiimperialistischen Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (SPLM), welche im nicht-islamischen Süden des Landes einen Guerillakrieg für größere nationale Autonomie führt. Die SPLM hatte zum Boykott der Wahlen aufgerufen. In 37 der 68 Wahlkreise im Süden fanden keine Wahlen statt. Lediglich 200.000 von 2,3 Mio Wahlberechtigten hatte sich registrieren lassen. Als Bedingung für eine Einstellung des Guerillakampfes und eine Beteiligung an der Regierung fordert die SPLM die sofortige Aufhebung der Shari'a, die Kündigung aller Militärpakte mit dem Ausland und die Einberufung einer Verfassungskonferenz.

Da der neuen Regierung unter dem Ministerpräsidenten Sadek al Mahdi die gemäßigten Parteien Umma und DUP sowie zwei kleinere nichtislamische Gruppen, nicht jedoch die NIF angehören, bestehen Aussichten auf eine Verhandlungslösung.

## Nichtpaktgebundene

Daß die Ministerkonferenz des Koordinationsbüros der Nichtpaktgebundenen, die vom 17.-20. April d.J. in Neu-Delhi tagte, mit einem Protest der iranischen Delegation endete, war nicht mehr als ein Randproblem. Anlaß für den Auszug der Iraner war der Appell des indischen Außenministers Bhagat, die Mitgliedsländer der Bewegung Iran und Irak sollten ihren Krieg beenden, ohne daß letzteren als Aggressor benannte. Im offiziellen Schlußdokument, dem Kommuniké der Konferenz, hatte man ohnehin den Konflikt ausgespart, genau wie auf dem letzten Gipfel der Bewegung der Nichtpaktgebundenen im Jahr 1983 am gleichen Ort.

Tatsächlich im Vordergrund der Delhi-Konferenz stand die Libyenkrise. Im Kommuniké wurden die USA wegen ihrer Luftangriffe auf Libyen scharf verurteilt, „der feigen, dreisten und unprovokierten Aggression“ angeklagt. Eine Delegation wurde beauftragt, Muammar Ghaddafi die Solidarität der Bewegung zu versichern. Ebenfalls auf die Reagan-Administration gemünzt war die Verurteilung „der Finanzierung von subversiven Aktivitäten“ gegen Nicaragua. Gleichzeitig drückte man im Schlußdokument eine „tiefe Besorgnis“ über die jüngste Welle des internationalen und staatlichen Terrorismus aus.

Die Außenminister wandten sich in Neu-Delhi ferner gegen die Versuche, die UNO und ihre Unterorganisationen (UNESCO-Austritte von USA, Großbritannien!) zu unterminieren, und forderten die Westmächte zu einem politischen Dialog über die Verschuldungskrise auf.

*Wegschauen*

**D 7426 E**  
**Postvertriebsstück**  
Zeitungsgebühr bezahlt  
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

# Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Rainer Falk  
**Die heimliche Kolonialmacht**  
Bundesrepublik und Dritte Welt  
Pahl-Rugenstein Verlag  
220 Seiten, 14,80 DM

Nelson Mandela  
**Der Kampf ist mein Leben**  
Weltkreis Verlag  
384 Seiten, 18,00 DM

H. Bahrmann/ P. Jacobs/ C. Links  
**Killerkommando**  
Schwarzbuch: CIA und Contra  
216 Seiten, 16,80 DM